

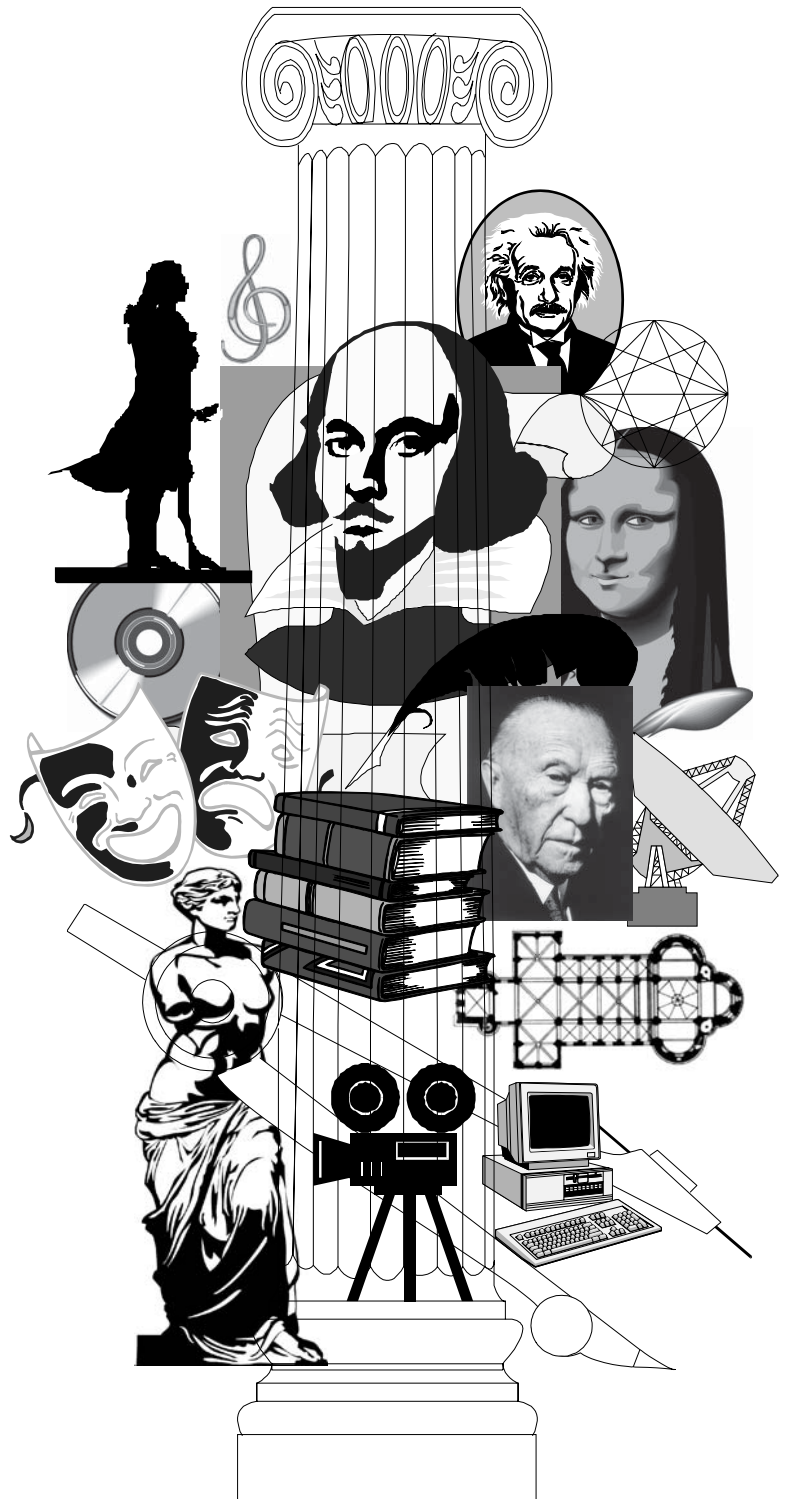
IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE UMSCHAU

ONLINE-ZEITSCHRIFT
HEFT 17 - AUGUST 2005

AUS DEM INHALT

*Beiträge zur
christlich-demokratischen
Kulturpolitik*



Konrad
Adenauer
Stiftung

www.kas.de



IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE UMSCHAU

Heft 17 - August 2005

INHALT

■ Editorial	3
<i>Anton Pfeifer, Staatsminister a.D.</i>	
<i>Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.</i>	
■ Berichte aus der Kulturpolitik:	5
<i>Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i>	<i>5</i>
<i>Grundsatzbeiträge zu Kunst und Kultur</i>	<i>27</i>
<i>Beiträge u. a. von:</i>	
• <i>Angela Merkel</i>	<i>27</i>
• <i>Norbert Lammert</i>	<i>29</i>
• <i>Steffen Kampeter</i>	<i>45</i>
<i>Aus den Landtagsfraktionen und Kommunen</i>	<i>47</i>
■ Kulturpolitik in der Presse	54
<i>Deutschland/Allgemeine Trends</i>	<i>54</i>
<i>Kulturpolitik im Bund</i>	<i>57</i>
<i>Kulturpolitik in den Ländern und Kommunen</i>	<i>68</i>
<i>Finanzierung/Sponsoring allgemein</i>	<i>74</i>
<i>Auswärtige Kulturpolitik</i>	<i>77</i>
<i>Kulturpolitik im Ausland</i>	<i>78</i>
<i>Personalien</i>	<i>79</i>
<i>Zitate</i>	<i>79</i>
<i>Kulturpolitische Beiträge und Veranstaltungen</i>	<i>82</i>
■ Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung	84
<i>Neuerscheinungen</i>	<i>84</i>
<i>Veranstaltungen</i>	<i>88</i>
<i>Stipendien</i>	<i>91</i>
<i>Ausblick</i>	<i>91</i>
■ Letzte Meldungen*	92
<i>Interview mit Angela Merkel</i>	<i>92</i>
■ Hinweis der Redaktion	93

IMPRESSUM

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Tel. (02241) 246-2302 + 246-2441
Fax (02241) 246-2555
E-Mail: barbara.kretschmer@kas.de
Internet: <http://www.kas.de>

Redaktion

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
(verantw.)
Barbara Kretschmer

Satz u. Layout

Barbara Kretschmer

Die Zeitschrift erscheint in unregelmäßiger Folge

ISSN 1439-7188



EDITORIAL

Die vom Bundespräsidenten angeordneten Neuwahlen zum Deutschen Bundestag geben Anlaß, zur Kulturpolitik der rot-grünen Bundesregierung in den vergangenen sieben Jahren eine erste, vorläufige Bilanz zu ziehen. Eine Bilanz, die freilich unterschiedlich ausfällt und je nach Standpunkt auch unterschiedlich ausfallen muss. Naturgemäß rühmen die Vertreter der Regierungsparteien in erster Linie Erfolge. Aber Fakten lassen sich schwerlich wegdiskutieren. Denn rühmendes Eigenlob und auch gelegentliche mediengerecht arrangierte kulturelle Events im Bundeskanzleramt können schwerlich verdecken, dass die letzten sieben Jahre in der Kulturpolitik eher magere Jahre waren.

Das 1998 lautstark angekündigte „neue Verhältnis“, die „neue Offenheit zwischen Politik und Kultur“ sind ebenso ausgeblieben wie die versprochene „größere Effizienz und Transparenz“ oder die „neue Priorität“ für die Kulturpolitik. Vor allem fehlte es die ganzen Jahre hindurch an einer überzeugenden konzeptionellen Leitlinie. Die hohen Erwartungen, die viele mit der Einrichtung eines Kulturbeauftragten der Bundesregierung im Range eines Staatsministers verbunden hatten, haben sich für die meisten im Kulturbereich nicht erfüllt. In Wahr-

heit ist, anders als in der Ära Kohl, die Kultur beim derzeitigen Bundeskanzler fast völlig ausgeblendet: keine Impulse, keine Konzepte, keine Projekte und schon gar keine innovativen Visionen, die dem Kanzler persönlich ein nachhaltiges, persönlich vorangetriebenes Anliegen wären. Die auswärtige Kulturpolitik, die zur unbestrittenen Kompetenz des Bundes gehört, wurde massiv zurückgefahren, und beispielsweise setzte die rot-grüne Koalition gleich am Beginn in der sozialen Absicherung der Künstler mit der Reduzierung der Zuschüsse für die Künstler-sozialversicherung ein zur Regierung von Willy Brandt geradezu konträres fatales symbolisches Zeichen.

Als der erste Kulturbeauftragte der rot-grünen Koalition nach kaum mehr als zwei Jahren zu der Einsicht kam, daß mit verbalem Glanz und Glamour allein kulturpolitisch nichts zu bewegen ist, warf er das Handtuch, und auch sein Nachfolger übte das Amt – wenn auch mit einigen durchaus überzeugenden Ansätzen – nur kurzfristig aus, so dass verlässliche Kontinuität gar nicht erst entstehen konnte. Als schließlich kurz vor dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Amt der erste Staatsminister für Kultur durchsetzte, dass die in der Kulturpolitik ausgesprochen angesehene Vorsitzende des neu

eingerrichteten Kulturausschusses des Bundestags ihre öffentlichen Äußerungen nicht nur mit der SPD-Bundestagsfraktion, sondern auch mit dem Staatsminister für Kultur abzustimmen hat – worauf diese zurücktrat –, war die Chance dieser neuen Einrichtung des Parlaments sichtlich diskreditiert.

Mit dem „großen kulturpolitischen Aufbruch“ wurde es jedenfalls nach 1998 nichts. Sicher, es gibt Bereiche, in denen etwas voranging, das neue Stiftungssteuerrecht, das Stiftungsrecht, die Filmförderung, weniger wohl die Bundeskulturstiftung, die sich zwar der modernen Gegenwartskunst annimmt, aber viel zu wenig um Aufgaben von nationaler Bedeutung kümmert.

Auf der anderen Seite stehen gravierende Defizite. Ganz besonders im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik, die erheblich an Geld- und Bedeutungsmangel leidet und längst keine „dritte Säule der Außenpolitik“ mehr ist. Oder – um ein anderes Beispiel zu nennen – schlichtweg zerschlagen wurde die grenzüberschreitende Kulturarbeit im Verhältnis zu Ostmitteleuropa und den dortigen ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten, ohne daß sinnvoll Neues an die Stelle getreten wäre. Dabei sind gerade bei unseren Nachbarn im



Osten die Erwartungen an die kulturelle Zusammenarbeit mit unserem Land, die Erwartungen auch an die Vermittlung der deutschen Sprache und die damit verbundenen Chancen für die kulturelle Zusammenarbeit nirgendwo größer. Und wenig gelungen ist - zumindest bisher - auch die Förderung der Hauptstadt- und Stadtkultur in Berlin, für die es wirkungsvollere Konzepte gegeben hätte.

Dabei sind die Bereiche, in denen der Bund im Rahmen eines kooperativen Föderalismus in der Kulturpolitik neue Impulse geben und die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur deutlich verbessern könnte, für jeden erkennbar. Das Regierungsprogramm der Unionsparteien nennt dazu einige Stichworte: die Erneuerung der auswärtigen Kulturpolitik, ein Gesamtkonzept für die Förderung von kulturellen Einrichtungen und Projekten, denen eine herausragende nationale Bedeutung zukommt, ein umfassendes Konzept für die nationale Erinnerungskultur, das Urheberrecht, die Filmförderung.

Sehr bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das Interview, welches Angela Merkel am 25. Juli 2005 der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gegeben hat und auf das in dieser Ausgabe besonders hingewiesen wird (s. S. 92 f.). Auch ihr Beitrag zum „Kulturland Deutschland“ in der Zeitung „politik und kultur“ des Deutschen Kulturrats (s. S. 27 ff.) und die kulturpolitische Positionsbestimmung der CDU in Nordrhein-Westfalen (s.

S. 39 ff.) setzen markante Zeichen.

Nüchternes Faktum ist daher: Kulturpolitik hat nach sieben Jahren rot-grüner Koalition keinen Stellenwert mehr, Entwicklungen wie in den sechzehn Regierungsjahren von Helmut Kohl, als wesentliche neue kulturpolitische Akzente und Projekte zu teilweise leidenschaftlichen Auseinandersetzungen führten, aber anschließend auch realisiert wurden und als die Ausgaben des Bundes allein für die Kultur im Inland um ca. 350 % gestiegen sind, solche Entwicklungen kommen einem inzwischen vor wie ein Traum aus undenklicher Vorzeit.

*Anton Pfeifer,
Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*



BERICHTE AUS DER KULTURPOLITIK

Berichtszeitraum 1. Januar bis 15. Juli 2005

Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

a) Anträge und Anfragen

Antrag 25.1.2005: Mauer-Mahnmal im Marie- Elisabeth-Lüders-Haus aufwerten

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Unmittelbar neben der Freitreppe des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses befindet sich ein Rundraum, in dem Teile der Mauer, die einst Ost und West an dieser Stelle teilte, wieder aufgebaut sind. Die originalen Mauerteile sind in die Architektur des Parlamentsgebäudes am authentischen Ort und im ursprünglichen Verlauf einbezogen und schneiden den Raum als schmerzhafter Fremdkörper. Dadurch wird der menschenverachtende Charakter der Berliner Mauer auch räumlich erfahrbar. Die Anbringung der erschütternden Informationen über die Zahl der Toten an der Mauer verstärkt die Wirkung dieses Gedenkortes. Auch im bereits öffentlich zugänglichen Eingangsbereich des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses wurden Mauerreste erhalten und in die Architektur integriert.

Mit der für Mai 2005 vorgesehenen Fertigstellung der nördlichen Spree-Ufer-Promenade und der Übergabe der Promenade an die Öffentlichkeit rückt insbesondere der Gedenkraum

am Ufer in den Blickpunkt. Bisher liegt kein Konzept für die weitere Gestaltung und den ursprünglich geplanten öffentlichen Zugang dieses zentralen Gedenkraumes vor. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Übergabe der Uferpromenade an die Öffentlichkeit und mit Blick auf Initiativen zur Sichtbarmachung des einstigen Mauerverlaufs in der Hauptstadt sowie die angekündigte Neufassung des Gedenkstättenkonzeptes des Bundes und die Erarbeitung eines Gedenkstättenkonzeptes Berlins kann das bestehende Mauer-Mahnmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus nicht unberücksichtigt bleiben.

II. Der Deutsche Bundestag regt an,

ein Konzept zu erarbeiten, um den bestehenden Raum im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus als Gedenkort im Zuge der Fertigstellung der Uferpromenade öffentlich zugänglich zu machen; einen wissenschaftlichen Auftrag zur Erarbeitung eines Totenbuches zur Erinnerung an die Opfer der deutschen Teilung an der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer durch das Land Berlin und/ oder den Bund zu vergeben;

den Gedenkort einzubinden in das Gedenkstättenkonzept Berlins und des Bundes.

Kleine Anfrage (15.2.2005): Koordinierungsstelle für Kulturverluste von Bund und Ländern

Die Koordinierungsstelle für Kulturverluste ist eine von allen Ländern und dem Bund finanzierte Einrichtung beim Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg. Sie hat die Aufgabe, Such- und Fundmeldungen zu NS-verfolgtungsbedingt entzogenen und kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern entgegenzunehmen und zu dokumentieren. Das Auffinden und die Identifizierung gesuchter Stücke sollen damit unterstützt und Rückgaben angebahnt werden. Ihr wichtigstes Instrument ist die Internetdatenbank „lostart.de“, die seit April 2000 online ist. Dokumentiert werden dort Informationen zu Kulturgütern, die aufgrund von Verfolgungen während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ihren Eigentümern entzogen wurden, wegen drohender Repressionen veräußert werden mussten oder bei Flucht und Emigration nicht mitgeführt werden konnten. Das betrifft auch heute in Museen befindliche Kulturgüter, die eine Provenienzlücke aufweisen und bei denen ein unrechtmäßiger Entzug zwischen 1933 und 1945 nicht ausgeschlossen werden kann. Als Reaktion auf die Grundsätze der Washingtoner Konferenz in Bezug auf Kunstwerke, die die Nationalsozialisten beschlagnahmt hatten („Washingtoner Prinzipien“) wurde im Dezember 1999 die „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen



Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz" verabschiedet. Sie sieht u. a. die Einrichtung einer Such- und Fundliste vor, in die Betroffene Informationen zu Kulturgütern eintragen und damit im Internet veröffentlichen können. Als Arbeitsgrundlage für die Erfassung dieser Kulturgüter wurde 2001 eine „Handreichung“ erstellt.

Die Koordinierungsstelle nimmt zudem die Aufgaben der Geschäftsstelle für die „Beratende Kommission für die im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ wahr. Die Kommission übernimmt eine Mediatorenrolle zwischen den Trägern der Sammlungen und den ehemaligen Eigentümern der Kulturgüter bzw. deren Erben. Zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten kann sie Empfehlungen aussprechen. Eine Antragsstellung bei der Beratenden Kommission setzt voraus, dass beide Seiten mit der Befassung ihres Falles durch die Kommission einverstanden sind. Die Kommission hat erst im Januar 2005 ihren ersten Fall beraten.

Die Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte für Kultur und Medien hat den Ausschuß für Kultur und Medien am 26. Januar 2005 über die Arbeit der Koordinierungsstelle unterrichtet. Zahlreiche Fragen sind offen geblieben.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Mit Mitteln in welcher Höhe unterstützt der Bund die Koordinierungsstelle, mit welchen die Länder?

2. Auf welchen Zeitraum ist die Arbeit der Koordinierungsstelle angelegt? Vor welchem Hintergrund könnte eine Nichtverlängerung der Finanzierung von Seiten des Bundes oder der Länder beschlossen werden?

3. Auf welche Weise kann die Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte für Kultur und Medien – vor dem Hintergrund ihrer Äußerung „da diese Dokumentation noch nicht abgeschlossen ist, freue ich mich, dass sich der Bund und alle Länder auf die Fortführung der Koordinierungsstelle auch nach 2004 verständigt haben“ (Presseerklärung der BKM vom 7. Februar 2005)– feststellen, wann und dass diese Dokumentation abgeschlossen ist und eine Aufrechterhaltung der Finanzierung der Koordinierungsstelle nicht mehr erforderlich wäre?

4. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bei der Koordinierungsstelle in welchen Zeiträumen beschäftigt und beschäftigt gewesen, welche Qualifikationen haben sie, wer ist für die Einstellung von Personal zuständig? Wie viele Stellen sieht der Stellenplan der Koordinierungsstelle vor und wie sind sie beschrieben? Wie hoch ist der Sachmittelhaushalt?

5. Wie beurteilt die Bundesregie-

rung die Anzahl von Eintragungen in der Datenbank lostart.de von Seiten der Museen? Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der eingetragenen Kunstwerke in der Datenbank, für die eine lückenlose Provenienz nicht nachgewiesen werden kann im Verhältnis zu der von Fachleuten geschätzten Anzahl solcher in Museen befindlichen Kunstwerken?

6. Wie ergibt sich die von der Bundesregierung in einer Pressemitteilung vom 7. Februar 2005 genannte Zahl von in der Datenbank lostart.de verzeichneten „Such- und Fundmeldungen von über 300 Einrichtungen und 200 Personen des In- und Auslands“ bei tatsächlich nur knapp 40 entsprechenden Eintragungen in der Datenbank?

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Qualität der Daten und die Recherchemöglichkeiten in der Datenbank lostart.de? Welche Auffassung zu dieser Frage sind der Bundesregierung aus Fachkreisen bekannt, wie bewertet sie diese und welche Schlussfolgerungen hat sie daraus gezogen oder wird sie daraus ziehen?

8. Welche Einschätzungen der Arbeit der Koordinierungsstelle liegen der Bundesregierung aus dem Ausland vor? Wie werden die Bemühungen in Deutschland die Kulturgutverluste betreffend im Ausland wahrgenommen?

9. Wie beurteilt die Staatsministerin den Sachverhalt, daß die Koordinierungsstelle nur den ‚virtuellen Raum‘ zur Verfügung stellt, nicht aber selbst inhaltli-



che Arbeit mit kunsthistorischem Hintergrund leisten kann? Bestehen Überlegungen, die Kompetenzen der Koordinierungsstelle auszuweiten, wenn ja, welche, wenn nein, warum nicht?

10. Wie viele Kunstgegenstände wurden in direkter Folge der zur Verfügung stehenden Informationen in der Datenbank lostart.de restituiert? Liegen der Bundesregierung darüber Erkenntnisse vor, wie viele Kunstgegenstände ohne den Bezug auf die Datenbank lostart.de restituiert wurden? Wenn nein, warum nicht?

11. Wer sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Nutzer der Datenbank lostart.de vor allem? Wie häufig wird sie in Anspruch genommen? Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang Museen in Deutschland selbst über die Datenbank nach vermissten Kunstgegenständen forschen?

12. Wie bewertet die Bundesregierung den Sachverhalt, dass öffentliche Institutionen in Deutschland den kriegsbedingten Verlust von zehntausenden in der Datenbank lostart.de gemeldeten Kunstgegenständen beklagen, „welche Werke aus ihren Sammlungen eine ungeklärte Herkunft haben, (...) dagegen kaum eine von ihnen (verrät)“ (Die ZEIT, 10. Juli 2003)?

13. Auf Grundlage welcher Vereinbarungen kann oder muss die Koordinierungsstelle auch Restitutionsansprüchen von Angehörigen früherer Wehrmachts-soldaten nachgehen, wie 2003

geschehen (Süddeutsche Zeitung vom 14. Juli 2003), da sie als Anlaufstelle für die Opfer konzipiert ist?

14. Wie bewertet die Bundesregierung die praktische Umsetzung der „Washingtoner Prinzipien“ von 1998, denen sich Deutschland angeschlossen hat und die die Staaten verpflichten, Kunstwerke zu identifizieren, zu publizieren und die Eigentümer festzustellen, in Deutschland? In welchem Umfang stehen dafür Personal und Mittel von Seiten des Bundes zur Verfügung?

15. Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, dass Museen eine mögliche Rückgabeforderung von in ihrem Besitz befindlichen Kunstgegenständen befürchten, zu deren Klärung sich die Bundesregierung mit Unterzeichnung der „Washingtoner Prinzipien“ aber verpflichtet hat? Welche Modelle für Gegenleistungen an Museen, die Kunstwerke aus ihrem Besitz als Folge der „Washingtoner Prinzipien“ restituieren, bestehen?

16. Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung der Provenienzforschung zu? Wie beurteilt sie die in den USA übliche Praxis, in Museen Provenienzforscher zu beschäftigen? Würde sie ein ähnliches Modell auch deutschen Museen empfehlen, wenn nein, aus welchen Gründen? Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung in dieser Sache bei Einrichtungen in ihrem Zuständigkeitsbereich? Hat sich die Zu-

ständigkeit der Länder oder der Kommunen für die Museen aus Sicht der Bundesregierung als nicht förderlich bei der Identifizierung von Kunstwerken, die möglicherweise restituiert werden müssen, erwiesen und wenn ja, in welcher Weise?

17. Wie bewertet die Bundesregierung den Sachverhalt, dass zahlreiche Staaten Dokumentationszentren für Kulturgutverluste unterhalten, die auf nationaler Ebene vor allem wissenschaftliche Arbeit leisten, nur das „Verursacherland“ Deutschland nicht? Welche Gründe sprechen gegen die Einrichtung einer vergleichbaren Institution in Deutschland?

18. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung in ihrem Zuständigkeitsbereich, um dem von ihr mit unterzeichneten „Appell zur Suche nach NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern in Deutschland“ vom 27. Januar 2005 Folge zu leisten, der dazu auffordert, bei der „Suche nach NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern in den eigenen Beständen nicht nachzulassen“?

19. Aufgrund welcher Erfahrungen mit der Koordinationsstelle, zu deren Aufgaben es doch gehört, in diesem Felde tätig zu sein, fühlte sich die Bundesregierung veranlasst, den „Appell“ vom 27. Januar 2005 mit zu unterzeichnen?

20. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussicht auf weitere Befassungen der Beratenden Kommission mit strittigen Fäl-



len und deren Vermittlungserfolge vor dem Hintergrund des Ergebnisses der bisher einzigen Befassung der Kommission mit einem Fall einerseits und der Konstruktion, dass beide Seiten einer Befassung der Kommission zustimmen müssen, andererseits?

21. Welchen Einfluss hat nach Ansicht der Bundesregierung die Arbeit der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste und der Beratenden Kommission auf die Rückgabeverhandlungen der Bundesregierung v.a. mit Russland und Polen?

Kleine Anfrage (31.5.2005): Einrichtungen für deutsche Künstler im Ausland

Die Bundesrepublik Deutschland ist in Besitz zahlreicher Einrichtungen im Ausland, die eine herausragende Rolle für deutsche Künstlerinnen und Künstler im Ausland spielen. Sie sind für Auslandsaufenthalte und für die Förderung deutscher Künstlerinnen und Künstler im Ausland von großer Bedeutung.

Zu den Einrichtungen gehören die Deutsche Akademie Rom (Villa Massimo), die deutsche Künstler durch Studienaufenthalte fördert, das deutsche Studienzentrum in Venedig, das Künstler- und Wissenschaftsstipendien gewährt, die Villa Romana e.V. in Florenz und die Villa Aurora in Los Angeles, die beide länderübergreifende Künstlerförderung im Ausland betreiben. Diese Institutionen leisten mit vergleichsweise ge-

ringem finanziellem Aufwand international renommierte Arbeit. Sie sind als deutsche Kulturinstitutionen im Ausland Mittler deutscher Kunst und Kultur, hoch angesehene Einrichtungen und frequentierte Treffpunkte, von denen die deutschen Künstlerinnen und Künstlern im Ausland profitieren. Diese Institutionen sind organisatorisch und finanziell bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien angesiedelt. Über die genannten Institutionen hinaus bestehen weitere Einrichtungen, die in die Zuständigkeit verschiedener Bundesministerien und -behörden fallen, wie etwa das deutsche Forum für Kunstgeschichte in Paris, das den Nachwuchs in der Kunstwissenschaft fördert, und das deutsch-italienische Zentrum Villa Vigoni, das den Austausch zwischen Kulturwissenschaftlern und Künstlern ermöglicht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Einrichtungen mit der vorrangigen Aufgabe der Förderung deutscher Künstler und (Kultur-)Wissenschaftler im Ausland werden von der Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragten für Kultur und Medien gefördert und wie hat sich die Förderung in den letzten Jahren entwickelt?

2. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen und welche plant sie, um die Arbeit der Einrichtungen in der Zuständigkeit der Staatsministerin beim Bundeskanzler und

Beauftragten für Kultur und Medien zu stärken und dauerhaft zu sichern?

3. Welche Einrichtungen ähnlicher Art bestehen über die von der Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragten für Kultur und Medien geförderten hinaus? In der Zuständigkeit welcher Behörden liegen sie und wie hat sich die Förderung in den letzten Jahren entwickelt?

4. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen und welche plant sie, um die Arbeit der Einrichtungen, die nicht in der Zuständigkeit der Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragten für Kultur und Medien liegen, zu stärken und dauerhaft zu sichern?

5. Welche Rolle kommt den Einrichtungen im Rahmen der Kultur- und Bildungspolitik des Bundes zu und wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit der Einrichtungen?

6. Wie viele Künstler und (Kultur-)Wissenschaftler konnten durch Aufenthalte in den Einrichtungen im Jahr 2004 von dem Angebot der Häuser partizipieren? Wie hat sich diese Zahl in den fünf Jahren bis 2004 entwickelt?

7. Was unternimmt die Bundesregierung, um Kontakte zu den ehemaligen Stipendiaten an den Häusern sicherzustellen (z.B. Nachbetreuungsprogramme, Ehemaligen-Netzwerke)?

8. Wie bewertet die Bundesre-



gierung den Sachverhalt, dass einige Einrichtungen in der Zuständigkeit einer Behörde (BKM) liegen, Häuser ähnlicher Art hingegen in anderen?

9. Wie begründet und rechtfertigt die Bundesregierung die unterschiedliche Verteilung der Zuständigkeit bei den verschiedenen Einrichtungen für deutsche Künstler im Ausland?

10. Welche Folgen hat die derzeitige Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung und wie wirkt sich die unterschiedliche Trägerschaft auf die internationale Ausstrahlung der Einrichtungen aus?

11. Könnte nach Ansicht der Bundesregierung eine Überführung der unter den Fragen 1 und 3 – und ggf. weiterer in der Antwort – genannten Einrichtungen in die Zuständigkeit nur einer Behörde zu einer klareren Sichtbarmachung der Künstlerförderung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland beitragen und das Engagement des Bundes in diesem Bereich deutlicher machen als es derzeit durch die Ressortverteilungen möglich ist?

12. Hat die Bundesregierung ein Interesse daran, die genannten Einrichtungen in eine Ressortzuständigkeit zu überführen und, wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

Kleine Anfrage (31.5.2005): Zukunft des Hauses der Kulturen der Welt

Das Haus der Kulturen der Welt nahm 1988 in der ehemaligen Kongresshalle in Berlin seine Arbeit als internationale Begegnungsstätte auf und ist inzwischen eine prominente Institution des Kulturaustausches geworden. Es hat sich die Aufgabe gestellt, außereuropäische Kulturen in Bildender Kunst, Tanz, Theater, Musik, Literatur, Film und Medien zu zeigen und sie in den Dialog mit europäischen Kulturen zu stellen. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Hauses der Kulturen der Welt liegt dabei auf den zeitgenössischen Künsten in den Kulturen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Nach der Übernahme des Hauses der Kulturen der Welt durch den Bund und den Zusammenschluss von bundesfinanzierten Einrichtungen zur „Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH“ war das Haus finanziell wie organisatorisch abgesichert. Die überraschende Vakanz der Intendanz und die bevorstehende Grundsanierung des Hauses, die eine länger währende Schließung des gesamten Gebäudes erforderlich macht, werfen Fragen nach der Zukunft der Einrichtung auf.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Rolle kommt dem Haus der Kulturen der Welt in Berlin aus Sicht der Bundesregierung zu?

2. Wie bewertet die Bundesregierung die programmatische Konzentration des Hauses der Kulturen der Welt auf vier Festivals (TranSonic, In Transit, popdeurope, Festival of Sacred Music) sowie durchschnittlich zwei Themen-Veranstaltungen?

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Attraktivität des Hauses der Kulturen der Welt außerhalb der vier Festivals und der jährlichen zwei Themen-Veranstaltungen?

4. Welche signifikanten Synergieeffekte haben sich für das Haus der Kulturen der Welt durch die Einbindung in die „Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH“ ergeben?

5. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Höhe von Sponsorenmitteln für Veranstaltungen des Hauses der Kulturen der Welt vor und wie beurteilt sie die Bemühungen des Hauses der Kulturen der Welt um Sponsorengelder?

6. In welchem Verhältnis stehen eigene Veranstaltungen des Hauses der Kulturen der Welt im eigenen Haus zu Veranstaltungen anderer Organisationen?

7. Welche Einnahmen durch Vermietungen konnte das Haus der Kulturen der Welt in den vergangenen Jahren verzeichnen? Plant das Haus der Kulturen der Welt Maßnahmen, um die Einnahmen durch Vermietungen zu erhöhen?

8. Wie haben sich die Besucher-



zahlen der Festivals und der Themen- Ausstellungen des Hauses der Kulturen der Welt in den Jahren nach Gründung der „Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH“ entwickelt?

9. Welche Zielgruppe(n) erreicht das Haus der Kulturen der Welt mit eigenen Veranstaltungen vor allem?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Publikumsresonanz und die internationale Ausstrahlung des Hauses der Kulturen der Welt?

11. Welche Auslastungszahlen verzeichnen die Festivals?

12. Wie wird eine Kontinuität der inhaltlichen Arbeit des Hauses der Kulturen der Welt nach dem Ausscheiden des bisherigen Intendanten gewährleistet?

13. Auf welche Weise und mit welchem Zeitplan wird die Wiederbesetzung des Leiters des Hauses erfolgen? Welche Gremien werden an der Entscheidung beteiligt?

14. Welche Gesamtsumme ist für die Grundsanierung des Hauses vorgesehen? Aus welchem Haushaltstitel wird die Finanzierung erbracht? Wer ist für die Leitung und die Überwachung der Grundsanierung zuständig?

15. Was hat aus Sicht der Bundesregierung dagegen gesprochen, die notwendig gewordene Grundsanierung des Gebäudes Haus der Kulturen der Welt auf die Zeit nach der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 zu verschieben?

16. Welche speziell auf die Bedürfnisse und Veranstaltungen des Hauses der Kulturen der Welt zugeschnittenen Umbaumaßnahmen sind bei der Sanierung vorgesehen?

17. Werden über die Bedürfnisse des Hauses der Kulturen der Welt hinausgehende Umbaumaßnahmen im Zuge der Grundsanierung des Gebäudes erfolgen? Wenn ja, welche?

18. Sind der Bundesregierung Planungen für die Gastronomie des Hauses mit Blick auf die Er-

öffnung der Spree-Ufer-Promenade bekannt und wenn ja, wie beurteilt sie die Aussichten auf wirtschaftlichen Erfolg? Falls nein, was wird die Bundesregierung unternehmen, um zu einer der prominenten Lage entsprechend angemessenen Lösung zu kommen?

19. Wann wird mit Abschluß der Arbeiten und der Wiedereröffnung gerechnet? Welche Pläne sind der Bundesregierung für die Feier der Wiedereröffnung bekannt? Werden für die Wiedereröffnung zusätzliche Mittel veranschlagt und wenn ja, in welcher Höhe und wer stellt die Mittel zur Verfügung?

20. In welcher Höhe werden dem Haus der Kulturen der Welt in den kommenden Jahren Mittel zur Verfügung stehen (aus dem Ressort BKM, dem Auswärtigen Amt, von anderer Seite)?



b) Aus Reden und Erklärungen

1. Auswärtige Kulturpolitik

1 a) Kulturpolitik auf die abschüssige Bahn gedriftet

(Dr. Klaus Rose, MdB,
24.2.2005)

(In der letztjährigen Debatte) stand in den Medien die Prophezeiung vom „Ende der auswärtigen Kulturpolitik“. Schuld am Exodus gab man den Kochsteinbrück-Plänen mit der Definition von Kulturarbeit als „Subvention“. Man hatte also, ob berechtigt oder nicht, die Schuldigen gefunden. Obwohl von der Subventionsdrohung nichts übrig blieb, ist die Auswärtige Kulturpolitik trotzdem auf die abschüssige Bahn gedriftet. Die deutsche Außenpolitik beraubte sich seiner wichtigen dritten Säule. Die „Kultur“, einst geradezu ein angebliches Privileg der Linken, ist dem heutigen Außenamtsleiter nicht mehr so wichtig. Sowohl finanziell als auch inhaltlich und regional werden die falschen Signale gegeben. Schon die Tatsache, dass wir erst heute eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien vom 27. Mai des letzten Jahres im Plenum debattieren, zeigt den Stellenwert. Allerdings lief die Diskussion in den Ausschüssen sowieso nach dem alten Strickmuster: der Koalitionsantrag wird angenommen, der Oppositionsantrag wird abgeschmettert. Inhaltlich fiel der Koalition nicht viel ein.

Ich greife die Situation einzelner Träger der auswärtigen Kulturpolitik auf.

Da geht es zunächst um die wissenschaftlichen und politischen Stiftungen. Die Alexander von Humboldt-Stiftung oder der Deutsche Akademische Austauschdienst haben zwar eine große Geschichte (Humboldt-Stiftung vor einem Jahr 40 Jahre alt geworden). Doch von einer Ausweitung des Programms in der globalen Welt können sie nur träumen. Wer sich dann mit den Chefs der politischen Stiftungen unterhält, wird ebenfalls Rückgang statt Aufstieg verspüren. Dabei leisten gerade politische Stiftungen Pilotarbeit und bewirken das Zusammenführen politischer Systeme und den Aufbau von Demokratie und freier, dabei sozialer Wirtschaft. Ich fordere von der Bundesregierung, dass sie die Tätigkeit der Stiftungen endlich wieder als Investition in die Zukunft Deutschlands sieht. Nicht ohne Stolz sagen wir immer, dass bedeutende Persönlichkeiten in anderen Ländern Stipendiaten unserer Stiftungen waren. Wir brauchen eine nachhaltige Auslandskulturarbeit, kontinuierliche Verbindungen zu Freunden und Partnern in der Welt. Das Vertrauen in uns darf nicht enttäuscht oder gar zerstört werden.

Ein neues Problem ist die Zukunft der UNESCO. Nicht so wie in den 80er Jahren, als die USA mit ihrem Austritt die Existenz der UNESCO gefährdeten und auch wir das Missmanagement von Generaldirektor M'bow anprangerten. Nein, jetzt geht es um das Spannungsfeld von Kultur und freiem Welthandel, um UNESCO und WTO. Es geht also um die scheinbar ba-

nale Frage der Kunst als Handelsware, um den weltweiten Freihandel im Gegensatz zum Schutz von nationaler Kultur. Da die europäischen Regierungen die Kultur eher als nationale Aufgabe sehen, als nationale Eigenwertigkeit, und nicht als Handelsgut, nehme ich diese Debatte zum Anlass einer Frage an die Bundesregierung: gibt es eine offizielle Haltung zu dieser Entwicklung, gibt es Absprachen zum Beispiel mit der französischen Regierung, die die Grande Nation ohne eigene Kultur gar nicht auszudenken wagt? Die heutige Debatte muss auch dem deutschen Auslandsschulwesen gewidmet sein. Da gab es vor einem Jahr auch noch große Worte. Schaut man sich aber den Schulfonds im Einzelplan des Auswärtigen Amtes an, dann sieht man nichts als absolute und relative Kürzungen (s. S. 61).

Jetzt hat der Weltverband Deutscher Auslandsschulen Alarm geschlagen. Dort befürchtet man nicht bloß Kürzungen, sondern auch die Verlagerung politischer Gewichtung. Ich nenne einige:

- Regional soll 2006 besonders in Westeuropa und in Lateinamerika gekürzt werden.
- Mit der Einbeziehung der Fachberater der Goethe-Institute in den Schulhaushalt werden Gelder wegverlagert.
- Es werden nicht bloß deutsche Auslandsschulen bezuschusst, sondern beispielsweise auch die Europäische Schule in Frankfurt.
- Statt 1.244 Auslandsdienstlehrkräften gibt es ab 2006 bloß noch ca. 960.

Die Einengungen werden also immer verheerender. Die bishe-



rige Methode, statt staatlicher Gelder Sponsoren einzuplanen oder das Schulgeld zu erhöhen, ist ausgelaugt. Anders als in Deutschland, wo es kein Schulgeld gibt, bringen die Eltern mehr als 10 Mio. Euro pro Jahr auf. Das kann nicht so weitergehen. Die Auslandsschulen gibt es nicht aus Vergnügen. Sie sind notwendige und wertvolle Einrichtungen. Etwa 60.000 Schüler bekommen hier ihre Ausbildung und ihre Schulabschlüsse, ihre Bildung und ihre Deutschlandkenntnisse. Ich fordere deshalb vom Auswärtigen Amt und seinem Schulreferat, diese neuen Zwänge mit neuen Konzepten aufzufangen. Die Schulen brauchen Planungssicherheit, sie brauchen Flexibilität bei den Schulleiterverträgen, sie brauchen neue Finanzierungsmodelle.

Wir müssen also, gemeinsam mit den Fachleuten, an eine Reform des Auslandsschulwesens herangehen. Sonst sind die Qualität der deutschen Schulen im Ausland und die Wirkung unserer auswärtigen Kulturpolitik erheblich gefährdet. Klassischer und drastischer als die „Süddeutsche Zeitung“ kann man die Misere der gegenwärtigen Auswärtigen Kulturpolitik nicht beschreiben: am 23. Dezember 2004 zog ein Kommentar aus dem Auf und Ab beim Goethe-Institut - drei Generalsekretäre in vier Jahren, gute Programme in der arabischen Welt oder auch Westeuropa, aber ständig fehlendes Geld - den Schluss: Sowohl dem Auswärtigen Amt wie seinem Chef ist „das Kulturelle im Grunde fremd“. „So wird die Kulturvermittlung bürokrati-

siert“. Die Grünen haben zwar eine neue Ausländerpolitik versucht, mit dem Ergebnis eines Scherbenhaufens. Aber bei dem wichtigen Instrument „Auswärtige Kulturpolitik“ haben sie keinerlei Impulse gegeben. FAZ 15/02/05: „Wir beginnen zu begreifen, dass die Grünen und ihr Außenminister durch Visapolitik Kulturpolitik im großen Stil betreiben, obwohl sie im eigenen Hause die Mittel für auswärtige Kulturpolitik unbarmherzig immer weiter kürzen? Man kann nur von einer Politik des Hasards reden.“ Hasardeure haben in Deutschland schon genug Unheil angerichtet. Entweder die Vertreter der Bundesregierung ändern ihre Politik oder sie werden auch wegen dieser Misere in der Auswärtigen Kulturpolitik verändert.

1b) Kein Bereich der auswärtigen Politik ist so beschämend vernachlässigt worden wie die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

(Günter Nooke, MdB, 25.2.2005)

Bei der Debatte zur Einbringung unserer Anträge habe ich Vorbemerkungen gemacht, von denen ich zwei in Kurzform wiederholen möchte.

Erstens. In keinem Bereich der Politik haben die Ansprüche so Schwindel erregende Höhen erreicht wie in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Zweitens. Kein Bereich der auswärtigen Politik ist so beschämend vernachlässigt worden wie die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

Ich füge heute eine weitere Bemerkung hinzu: Die Koalition ist nicht fähig, die Grundlagen und Ziele der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik - ich nenne gleich ein paar Details - zu formulieren. Den daraus resultierenden Kompetenzverlust mag man aus Sicht der Opposition vielleicht sogar begrüßen. Da wir uns aber einig darüber sind, wie wichtig dieses Thema ist, sage ich: Der Kompetenzverlust ist für die Mittlerorganisationen fatal. Der Außenminister hat im Ausschuss für Kultur und Medien vor einem Jahr tränentreibend erklärt, es würden weitere Einschnitte „ins Mark“ der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik folgen. Er sagte, dass er leider nichts dagegen tun könne. Man könnte denken, er fühlte sich schon damals als Außenminister entmachtet; aber ich glaube, er hat es anders gemeint. Wir alle kennen - darüber ist schon geredet worden - die finanzielle Situation. Hier ist aber nicht das große Bedauern angezeigt, sondern es sind Ideen gefragt. Im Antrag der Koalition findet sich keine einzige Idee, auch nicht im Bericht für das Jahr 2003, den wir hier vorgelegt bekommen haben. Herr Rose hat die „FAZ“ zitiert, wo die Visapolitik als „Kulturpolitik im großen Stil“ bezeichnet wurde. Es wäre gut, wenn das Auswärtige Amt im großen Stil Kulturpolitik betreiben würde - genau das wünschen wir uns -, jedoch nicht mit ungesetzlichen Visaerlassen, sondern entsprechend dem gesetzlichen Auftrag des Auswärtigen Amtes für die Kulturpolitik. Bei der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik



geht es um Kultur aus Deutschland, um deutsche Kultur und um Deutschland als Kulturnation. Es geht um Interesse an Deutschland und um deutsches Interesse. Es tut uns allen gut, wenn wir uns in den Beziehungen zu unseren Partnern in der Welt um Vertrauen bemühen. Das Handeln des Außenministers und zusätzlich der vorliegende Antrag machen es aber enorm schwierig, dies Vertrauen bei den Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und vor allem auch bei den Partnern zu gewinnen.

Ich möchte auf den vorgelegten Bericht über das Jahr 2003 eingehen, der übrigens erst sieben Tage vor Weihnachten 2004 - deshalb reden wir erst heute über unsere Anträge - vorgelegt wurde. Im Bericht lernen wir als Erstes, dass der Anteil der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik am Gesamthaushalt kontinuierlich gesunken ist. Wir lernen auch, dass ein Potenzial, diese Kürzungen durch „Optimierung“ - so heißt es in dem Bericht - aufzufangen, nicht mehr vorhanden ist. Man muss das nicht dramatisieren; denn im Kulturaustausch macht sich das nicht notwendig stärker bemerkbar als in anderen Bereichen der Kulturpolitik und den Kulturinstitutionen. Es besteht jedoch ein gravierender Unterschied: Die Auswirkungen werden überall auf der Welt sichtbar. Sie werden uns von den Mittlern im Ausland immer wieder vor Augen geführt. Die Äußerung von Unverständnis für das, was wir im Bereich der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik machen, ist dabei noch die freund-

lichste Form des Gesprächs. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, was im Ausland von der deutschen Kultur- und Bildungspolitik erwartet wird. Der Bericht zeigt weiter, dass die größte Teilsumme der Mittel - das ist schon gesagt worden - im „Europa der 15“ ausgegeben wird. Man hat den Eindruck, als sei die EU-Osterweiterung für das Auswärtige Amt zufällig gekommen. Angesichts der wachsenden Bedeutung auch asiatischer Länder müssen wir darauf achten, dass die Entwicklung, die wir als Deutschlands auswärtige Kultur- und Bildungspolitik formulieren, der weltweiten Politik in diesem Bereich nicht gleich zwei Schritte hinterherhinkt. Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik muss dort vor Ort sein, wo es um deutsche Interessen geht; auch das muss sie leisten.

Ich wiederhole gern folgenden Satz, der im Bericht steht: Die deutsche auswärtige Kultur- und Bildungspolitik - so heißt es dort - dient der „Förderung deutscher kultur- und bildungspolitischer Interessen“. Das ist immerhin gut gemeint. Im Antrag der Koalition findet sich dieser Satz bezeichnenderweise nicht. Auch im Rückblick auf das Jahr 2003 findet sich hinsichtlich der Umsetzung dieses Ziels nicht viel. Das hat damit zu tun, dass dieser Satz der jetzigen Haltung des Auswärtigen Amtes widerspricht. Beim Lesen des Berichts wird deutlich, dass es nicht darum geht, die deutsche Kultur zum Exportschlager zu machen und das Angebot, die deutsche Sprache zu lernen, auszubauen. Vielmehr wird in zunehmendem

Maße unter dem Mantel des Dialogs der Kulturen gut gemeinte Vermittlungsarbeit angeboten. Aber das ist nicht ausreichend und erst recht nicht gut: weder für unser Land noch für andere Länder. Abschließend noch eine Bemerkung zum Bericht. In der Rubrik „andere Einrichtungen der AKBP“ - so heißt es dort in unschöner Sprache - wird nun auch die Kulturstiftung des Bundes genannt. Sie leiste einen „wichtigen und wertvollen Beitrag“ zum kulturellen Austausch. Im Ergebnis ist das sicherlich richtig und nicht zu beanstanden. Als Einrichtung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik haben wir sie allerdings nicht gegründet, Frau Griefahn. Als Kulturpolitiker sollten wir diese freundliche Übernahme durch das Auswärtige Amt daher auch nicht mitmachen.

Nun komme ich zum Antrag der Koalition (...) Ihr Text steht total im Gegensatz zu dem Eindruck, den Sie durch die vonseiten der Koalition gehaltenen Reden zu erwecken versucht haben. Bezeichnend ist, dass die Koalition das Wort „Bildungspolitik“ nicht einmal in den Titel ihres Antrags aufgenommen hat. Dieser Begriff ist schlichtweg vergessen worden. Vor diesem Hintergrund erstaunt es dann nicht mehr, dass Sie in Ihrem Antrag auch die Auslandsschulen vergessen haben, obwohl Sie jetzt über sie gesprochen haben. Sind Sie doch mal ehrlich! So gesehen ist das nur konsequent. Aber so kann man keine auswärtige Kultur- und Bildungspolitik machen. Das ist geschludert und grob fahrlässig. Ich hoffe - das



will ich allerdings nicht behaupten -, dass das nicht auch bedingt vorsätzlich geschehen ist. Die Lehrenden und Lernenden an fast 120 deutschen Auslandsschulen jedenfalls werden Ihnen das nicht nachsehen. Die in Ihrem Antrag formulierten Ziele bleiben weit hinter dem zurück, was selbst auf der Homepage des Auswärtigen Amtes für jedermann nachzulesen ist. Hätten Sie Ihren Antrag dort doch wenigstens abgeschrieben. Es ist grotesk, dass Sie mit Ihrem Antrag Ihre eigene Regierung, die - zumindest verbal - schon weiter ist, als Sie es sind, auffordern wollen, mehr zu tun. Was sollen zum Beispiel die Mittler von Ihrer Forderung halten - ich zitiere -, „die Haushaltsmittel für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nachhaltig zu gestalten“? Nachhaltig in Erinnerung geblieben ist mir die Tatsache, dass sich die Mittel in ungebremstem Sturzflug befinden. Die Mittlerorganisationen wissen, dass sie jetzt völlig im Stich gelassen werden: nicht nur vom Außenminister - das war schon bekannt -, sondern auch - das ist neu - von der Koalition. Bisher waren die Mittler - wie auch ich - der Auffassung, die Kolleginnen und Kollegen würden für die Stärkung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik kämpfen (...) Von einer Stärkung gibt es aber keine Spur. Sie fordern die Regierung allen Ernstes auf - auch das ist ein Zitat -, „die Funktions- und Arbeitsfähigkeit der Mittlerorganisationen zu erhalten“. Ich betone: zu erhalten. Das ist wirklich blanker Hohn und gleichbedeutend mit Untätigkeit.

Wie groß Ihre Zweifel an der Arbeit des Auswärtigen Amtes wirklich sind, zeigt Ihre dritte Forderung auf eindrucksvolle Weise: Man möge bitte arbeiten - Zitat - „ohne dabei den umfassenden Ansatz der AKP zu gefährden“.

Ich wiederhole: ohne zu gefährden. Das lässt ja noch schlimmere Ahnungen zu: Offenbar müssen Sie davon ausgehen, dass das, was das Auswärtige Amt in die Wege leitet, schon per se eine potenzielle Gefährdung darstellt. Zu dieser Lagebeschreibung haben nicht einmal wir von der Opposition uns in unserem Antrag (...) verleiten lassen. Mit Rücksicht auf die Mittler und die Rezeption im Ausland hielten wir es für wenig hilfreich, hier gemeinsam zu schimpfen. Ich möchte gar nicht wissen, wie Ihr Antrag im Ausland wahrgenommen wird. Ich kann Ihnen nur raten, die Finger von diesem Text zu lassen; er hilft keinem. Im Gegenteil: Ihr Antrag enthält keine einzige konkrete, in die Zukunft weisende Idee. Ich vermute, dass den Mittlern das Lesen Ihres offenkundig hilflosen Textes eher Angst einjagt (...).

Der Katalog unserer Forderungen ist lang, aber alle richten sich an das Auswärtige Amt, das für die Rahmenbedingungen zuständig ist, mit denen erfolgreiche Politik gemacht werden könnte. Sie zeigen, dass wir mit der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im besten Sinne noch viel vorhaben. Wenn wir es mit der Investition in Köpfe ernst meinen, sollten wir baldmöglichst

eine andere Debatte über dieses Thema führen und im deutschen Parlament etwas wirklich Substantielles dazu sagen; mit Ihrem Antrag haben Sie das jedenfalls nicht getan. Deshalb werden wir ihn wieder ablehnen.

2. Baukultur

Bundesstiftung Baukultur - ungünstiger Zeitablauf

(Renate Blank, MdB, 10.3.2005; *zwischenzeitlich wurde die Stiftung „Baukultur“ im Bundesrat gestoppt; s. S. 60*)

Wir waren uns parteiübergreifend im Ausschuss einig, dass sich das Thema „Baukultur“ keinesfalls für einen parteipolitischen Streit auf Bundesebene eignet.

Das Thema Baukultur ist eine Daueraufgabe, auch um die gute Leistung von deutschen Architekten und Ingenieuren weltweit bekannt zu machen. Der Antrag der Koalitionsfraktion „Die Qualitätsoffensive für gutes Planen und Bauen voranbringen“ fand deshalb unsere einhellige Zustimmung. Alle im Antrag enthaltenen 10 Punkte haben nach wie vor Gültigkeit. Gemeinsam wurde die Bundesregierung aufgefordert, den Klärungsprozess so weit voranzutreiben, dass die Stiftung Baukultur konkrete Gestalt annehmen und über ein Stiftungsgesetz beraten werden könne, und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachverbänden, Hochschulen, Institutionen und Persönlichkeiten ein Konzept für den Aufbau einer Stiftung Bau-



kultur zu erarbeiten. Das Anliegen ist also richtig. Allerdings ist der Zeitablauf nicht gerade günstig gewählt, denn die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt in die politische Arena geworfen. Den Gesetzentwurf jetzt dem Bundesrat zur Stellungnahme zu übermitteln, war nicht hilfreich. Es war doch erkennbar, dass der Bundesrat zum gleichen Zeitpunkt die künftige Finanzierung der Akademie der Künste in Berlin als Anlass für Grundsatzdebatten über die Kompetenz des Bundes in Kulturfragen nutzt. Die Bundesregierung hat damit den Bundesrat geradezu genötigt, den Gesetzentwurf zur Bundesstiftung Baukultur jetzt grundsätzlich abzulehnen, auch wenn die Fachausschüsse zustimmend votierten.

Am 15. Dezember 2004 wurde im Bundeskabinett der Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer „Bundesstiftung Baukultur“ beschlossen. Minister Stolpe führte damals anlässlich der Befragung der Bundesregierung u. a. sinngemäß aus, „dass wir in Deutschland allen Grund hätten, die Leistungen der deutschen Planer, der Ingenieure und der Architekten stärker zu beachten und dafür Sorge zu tragen, dass sie Unterstützung erfahren und auch im Ausland wahrgenommen werden. Man habe gelegentlich den Eindruck, dass diese Leistung weithin unterschätzt wird, wir uns aber durchaus mit anderen messen können. Nach Ansicht der Bundesregierung brauche die Baukultur wie die Bereiche Kultur, Denkmal- und Umweltschutz neue Formen

der Motivierung und der Mobilisierung“.

Gerade bei dem Thema Kultur ist der Bundesrat sehr sensibel, denn seit dem Scheitern der Föderalismus-Kommission achten die Bundesländer noch stärker auf die Wahrung ihrer Verfassungsrechte - das hätte die Bundesregierung beachten müssen. Wenn der Bundesrat der Auffassung ist, dass der Bund für die Errichtung einer „Bundesstiftung Baukultur“ in Deutschland keine verfassungsrechtliche Kompetenz habe, dann ist dies nachvollziehbar, denn der Gesetzentwurf geht vor allem in seinen Bestimmungen über den „Konvent der Baukultur“ davon aus, dass Baukultur ein Teilbereich der Kultur ist. Baukultur ist jener Bereich, der über die bloße Bautechnik, Baustatik, Materialanalyse und Materialverwendung sowie über die bloße Funktionalität von Bauwerken hinausweist und Ausdruck künstlerischen Schaffens ist. Dementsprechend wird zu Recht auch in der Gesetzesbegründung ausgeführt, dass die gebaute Umwelt in besonderer Weise Selbstverständnis und Werthaltungen unserer Gesellschaft, ihre Modernisierungsbereitschaft und ihre Leistungsfähigkeit widerspiegeln und Baukultur einen Beitrag für attraktive Städte und Gemeinden leisten müsse, in denen die Bürger sich wohl fühlen. Dies sind aber kulturpolitische Zielsetzungen, deren Förderung, Entwicklung und Repräsentation allein in die Verantwortung der Länder fällt - so die Aussage der Mehrheit des Bundesrates, die auch verständlich ist. Und weiter führt

der Bundesrat aus: „die Kulturhoheit liegt grundsätzlich bei den Ländern. Sie ist ihr verfassungsrechtlicher Auftrag und Kernstück ihrer Eigenstaatlichkeit. Ungeschriebene Kompetenzen des Bundes bedürfen mit Blick auf die grundsätzliche Zuständigkeit der Länder als Ausnahme daher einer besonderen Rechtfertigung. Die Gesetzesbegründung enthält jedoch keinerlei Hinweis darauf, welche Kompetenzgrundlage die Bundesregierung für die Errichtung dieser neuen rechtsfähigen Stiftung des öffentlichen Rechts heranzieht. Nach Auffassung des Bundesrates ist die Förderung der Baukultur als staatliche Aufgabe der Bundesgesetzgebung entzogen.“ In seiner Stellungnahme vom 18. Februar hat der Bundesrat insbesondere die Fragen nach der dem Gesetzentwurf zur Errichtung einer Bundesstiftung Baukultur zugrunde liegenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes gestellt. Nach Ansicht des Bundesrates hat die Bundesregierung diese Frage in ihrer Gegenäußerung nur unzureichend beantwortet. Ausdrücklich bekräftigt der Bundesrat jedoch die Notwendigkeit, die Baukultur in Deutschland zu fördern und das Bewusstsein für ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit und bei den Bauherren zu stärken. Nur müssen diese Zielsetzungen in verfassungsrechtlich gebotener Weise realisiert und unter Bewahrung der verfassungsrechtlichen Verantwortlichkeiten durchgeführt werden. Wenn ich jedoch am 15. Dezember 2004 auf meine Frage „wie verhalten sich die Länder zu einer Bundeskultur-



stiftung“ als Antwort erhalte, dass sich die Bundesregierung von Anfang an sehr intensiv zu dem Vorhaben mit den Ländern ausgetauscht habe, weil der Bundesregierung auch klar ist, dass die Länder in diesem Bereich ganz klar definierte Kompetenzen haben. Und als Aufgabenstellung kommt all das infrage, was länderübergreifend oder von internationaler Bedeutung ist. Das kann natürlich nur in Übereinstimmung mit den Ländern gestaltet werden. Diese damaligen Aussagen des Ministers lassen nach der ablehnenden Haltung des Bundesrates nur den eindeutigen Schluss zu, dass Minister Stolpe mit den Ländern nicht richtig verhandelt hat! Zugegebenermaßen hat sich der Bundesrat mit seinem sehr kurzfristig eingebrachten Antrag nicht gerade kooperationsfreudig gezeigt! Die Bundesregierung muss aber dafür Sorge tragen, dass der Start der Stiftung Baukultur nicht durch einen handfesten Verfassungsstreit begleitet wird. Wir sind bereit, die parlamentarische Beratung im Zeitablauf so zu gestalten, dass die Bundesregierung im Gespräch mit den Ländern nach Lösungen suchen kann, bevor der Konflikt im Bundesrat weiter eskaliert. Dem gemeinsamen Anliegen ist nicht geholfen, wenn die Koalition den Gesetzesentwurf nun mit ihrer Mehrheit durch den Bundestag gegen den Willen des Bundesrates peitscht und am Ende der Stiftungsstart im Schatten einer Verfassungsklage steht. Das Thema Baukultur und eine Stiftung Baukultur wurde in den vergangenen Jahren viel diskutiert. Es war die

Rede davon, dass die Stiftung von privatem Kapital getragen werden sollte. Es sollten sich zum Beispiel Architekten, Ingenieure und weitere beteiligen. Das ist ja nun gründlich schief gegangen, denn es hat sich gezeigt, dass die finanzielle Beteiligung der betroffenen Berufsstände nicht eingetroffen ist. Der jährliche Finanzbedarf der Stiftung wird auf bis zu 2,5 Millionen Euro geschätzt. Dass dieser Betrag allein von der Bundesregierung aufgebracht wird, war so in den Vorgesprächen nicht vorgesehen. Eine Anmerkung zum Deutschen Kulturrat kann ich mir allerdings nicht verkneifen. Der Deutsche Kulturrat führt aus, dass das vom Bund vorgeschlagene Stiftungskapital von 250.000 Euro in keinem vernünftigen Verhältnis zu dem vom Bund geschätzten Finanzbedarf der Stiftung von jährlich bis zu 2,5 Mio. Euro stehe. Der Deutsche Kulturrat muss sich schon fragen lassen, ob er der Meinung ist, dass Geld unendlich zur Verfügung steht. Vielleicht fürchtet er aber auch, nicht beteiligt zu werden, weshalb er auch bezweifelt, dass der Minister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und der Finanzminister zuständig seien - wer denn sonst? Zurück zur Baukultur: man sollte auch beachten, dass die betroffenen Berufsstände in vielen Bundesländern bereits ein Umfeld vorfinden, in dem sie ihre Vorstellungen von Baukultur durchaus verwirklichen können. Die Aufgaben einer Stiftung Baukultur, unter anderem die Qualität von gebauter Umwelt, wie sie sich in Gebäuden und Infrastrukturanlagen sowie de-

ren Einordnung in Landschaft und Siedlungsbild und im öffentlichen Raum zeigt, werden in vielen Bundesländern bereits seit vielen Jahren realisiert. Qualitätsvolles Planen und Bauen bestätigt diejenigen Bundesländer und Kommunen, die auf diesem Gebiet seit langem traditionell erfolgreich handeln. Denn Baukultur kann nicht von oben verordnet werden. Sie muss als konstruktiver und kreativer Dialogprozess in den Städten und Gemeinden unter Einbeziehung aller Verantwortlichen entwickelt werden. Bauen ist nicht nur eine Angelegenheit von Bauherren und Architekten. Immer sitzt ein öffentliches Interesse mit am Tisch. Baukultur bewegt sich immer im Spannungsfeld zwischen individueller Nützlichkeit und sozialer Brauchbarkeit. Baukultur ist daher keine Nebensache und schon gar nicht gefällige Verpackung. Nachdem die grundsätzlichen Aufgaben der Stiftung Baukultur - kontinuierlich eine Standortbestimmung zur Baukultur in Deutschland vorzunehmen, - den öffentlichen Dialog über Baukultur in Deutschland in vielfältiger Weise anzuregen und zu fördern, - ein Kommunikationsnetzwerk der Akteure im Bereich der Baukultur aufzubauen, - die Leistungen deutscher Architekten, Ingenieure und anderer am Planen und Bauen Beteiligter vor allem international darzustellen und bekannt zu machen Übereinstimmung findet, fordern wir die Bundesregierung auf, mit den Ländern unverzüglich in Gespräche über die Lösung des Problems einzutreten. Nach der heutigen ersten



Lesung könnte bei gutem Willen bis zur endgültigen Verabschiedung des Gesetzentwurfs mit den Ländern nach verhandelt werden.

3. Erinnerungskultur

3.1 Brandenburger Tor als Ort des Erinnerns und Gedenkens

(Werner Kuhn, MdB, 10.3.2005)

Es ist eine Ehre für mich, heute den Gruppenantrag für die CDU/CSU-Fraktion mit über 100 Unterstützern im Deutschen Bundestag einbringen zu können. Ich hätte in meinen kühnsten Träumen nie daran gedacht, dass ich eines Tages im Reichstag einen solchen Antrag für meine Fraktion einbringen kann. Ich glaube, dass diese Debatte gerade für uns Ostdeutsche, die in der DDR groß geworden sind, mit sehr starken Emotionen verbunden ist. Ich habe das auch bei den Kollegen Meckel und Hilsberg gespürt. Wenn man als Nordlicht gefragt wird, was einen an diesem Antrag berührt oder was einen dazu bewegt, eine solche Initiative in Angriff zu nehmen, die bewundernswerterweise vom Kollegen Thiele initiiert worden ist, dann antwortete ich: Auch wir an der Ostseeküste haben letztendlich die Teilung schrecklich erfahren müssen. Dort durfte man sich nach Sonnenuntergang nicht mehr am Ostseestrand aufhalten. Das Meer wurde mit großen Lampen nach denjenigen abgeleuchtet, die den Weg in die Freiheit suchten. Wenn wir das eine oder an-

dere Mal mit unserem Trabbi nach Berlin gekommen sind, dann war die Wilhelmstraße Endstation. Wir haben das Brandenburger Tor, das mit Sichtblenden versperrt war, in der Ferne sehen können. Dann hat man sich schon gefragt, ob dieses Tor wohl eines Tages in die Freiheit geöffnet wird. Viele haben dazu beigetragen, dass das passiert ist. Wichtig waren auch der Mut, die Besonnenheit und der unbändige Wille zu Freiheit und Demokratie der Bürgerbewegung in der DDR. Viele von uns haben dabei mitgeholfen und etwas gewagt. Auch mit den Friedensgebeten, die wir gemeinsam gestaltet und durchgeführt haben, als die Mauer noch stand, war ein gewisses Risiko verbunden. Niemand wusste genau, wie das ausgeht. Wir müssen uns nun gemeinsam Gedanken darüber machen, wie wir auf der einen Seite derer gedenken können, die um der Freiheit willen ihr Leben gelassen haben, und wie wir auf der anderen Seite unsere Freude darüber zum Ausdruck bringen können, dass diese widerliche Vernichtungsmauer am 9. November 1989 niedergerissen werden konnte. Dazu haben wir gemeinsam Ideen entwickelt, von denen Frau Eichstädt-Bohlig einige angerissen hat. Ich denke, es ist wichtig und notwendig, dass wir diejenigen, die dort umgekommen sind, verlässlich bei ihren Namen nennen können, wie es auch in der Bibel steht. Frau Kulturstaatsministerin Weiss - ich finde es angemessen, dass auch Sie an dieser Debatte teilnehmen; es ist sehr gut, dass Sie uns unterstützen wollen -, in diesem Zusam-

menhang sollten wir einen Auftrag zur wissenschaftlichen Fundierung der Aufarbeitung der Geschichte erteilen. Wir müssen darüber nachdenken, wo wir unserer Toten bzw. derjenigen, die an der Mauer Menschen verloren haben, letztendlich am besten gedenken können. Ich könnte mir vorstellen, dass die Möglichkeit besteht, in unmittelbarer Nähe zum Brandenburger Tor eine Tafel zu errichten. Dort gibt es bereits den „Raum der Stille“. Die Freude darüber, dass die Mauer niedergerissen wurde, wird durch die Bilder, die um die Welt gegangen sind, dokumentiert, auf denen Menschen zu sehen waren, die auf den Mauerresten und Panzersperren tanzten. Damit werden wir identifiziert. Auch Ministerpräsident Juschtschenko, der die orangene Revolution vorantrieb, sagte: Da haben wir gesehen: Wir sind das Volk bzw. wir sind ein Volk. Die gleichen Probleme, die wir in der Ukraine haben, habt auch ihr in Angriff genommen und bewältigt. - Es macht einen stolz und froh, dass diese Bürgerbewegung ganz Europa erfasst hat, dass es den Eisernen Vorhang und die sich feindlich gegenüberstehenden Blöcke nicht mehr gibt und dass wir gemeinsam in Freiheit und Demokratie leben können. Ich glaube, ein anderer interessanter Ort für eine Dokumentation wäre die U-Bahn-Station, die sich gerade im Bau befindet. Dort bestünden Möglichkeiten, um zu dokumentieren, wie diese menschenverachtende Anlage, die Berliner Mauer, konzipiert war. Wenn wir die Rahmenbedingungen für eine Ausschreibung herausge-



ben, würde sicherlich ein gutes Ergebnis erzielt werden. Wir sollten schon in unserer Gruppe die eine oder andere Idee formulieren, damit wir im Nachhinein über das Ergebnis einer künstlerischen Bearbeitung nicht unnötig enttäuscht sind. Ich denke, das können wir im Rahmen des gesamten Gedenkstättenkonzeptes in Angriff nehmen. Wir müssen unsere eigenen Ideen dazu entwickeln, wie wir sowohl das Gedenken an die Opfer, die es an der Berliner Mauer gab, als auch die Freude darüber, dass die Mauer niedergerissen wurde - ich erinnere noch einmal an die Bilder von den tanzenden Menschen, die um die Welt gingen -, am besten zum Ausdruck bringen können.

Ich freue mich sehr, dass wir so viele Unterstützer gewonnen haben, und ich glaube, dass wir gemeinsam mit dem Berliner Abgeordnetenhaus und dem Senat eine gute Lösung finden werden. Die Unterstützung der Kulturstaatsministerin ist uns gewiss. Daher bin ich sehr froh und optimistisch gestimmt.

3.2 Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen (s. auch S. 5)

*(Günter Nooke, MdB,
zur Debatte zum Gedenken an
die deutsche Geschichte,
18.3.2005)*

Heute ist ein historischer Tag in der deutschen Geschichte. Die demokratische Revolution März 1848 war nicht erfolgreich. Aber die vom Herbst 1989, die wir die

Friedliche Revolution nennen, fand heute vor 15 Jahren ihren erfolgreichen Abschluss. Die Wahl am 18. März 1990 zu Volkskammer der DDR war die erste freie und einzige freie Wahl in der DDR. Nach der erfolgreichen Freiheitsrevolution ging es in den folgenden 6 Monaten bis zum 3. Oktober 1990 um die Organisation der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands. Es war wichtig, dass wir heute Morgen schon in der Plenardebatte an dieses historische Ereignis erinnern haben. Und auch der jetzt zu debattierende Antrag betrifft die deutsche Geschichte: die Teilung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg, die in besonders perfider Weise sich in dieser Stadt durch Mauer und Stacheldraht manifestierte. In der vergangenen Woche haben wir hier einen Gruppenantrag behandelt, der ein ganz ähnliches Anliegen hat wie unser Antrag heute. Es geht uns um das Erinnern an die Zeit der Deutschen Teilung aber auch um die Erinnerung an die Überwindung der Deutschen Teilung. Dass wir die beiden Anträge nicht gemeinsam beraten konnten, bedaure ich. Denn es wird der falsche Eindruck vermittelt, der Deutsche Bundestag habe sich nicht nur mit der Frage des nationalen Erinnerns und Gedenkens zu beschäftigen, sondern müsse das auch von Ort zu Ort jeweils separat tun. Das Gegenteil ist richtig.

Aus diesem Grund fordert der Antrag der CDU/CSU-Fraktion, den wir vor einem Jahr eingebracht haben und der sich mit der Gedenkstättenförderung befasst, auch ein „... Gesamtkonzept für

ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“. Und auch der heute zu behandelnde Antrag fordert die Einbindung „in das Gedenkstättenkonzept Berlins und des Bundes“. Der Grund dafür, dass wir uns heute dennoch mit einem einzelnen Ort zu beschäftigen haben, ist ein Versäumnis. Es besteht darin, dass wir als Abgeordnete es bisher vernachlässigt haben, den bestehenden authentischen Mauer-Gedenkort in unserem eigenen Hause als Gedenkort zu gestalten und öffentlich zu machen. Es handelt sich um den Raum unter dem Leseraum der Bundestagsbibliothek im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, gegenüber den sieben Kreuzen am Spreeplatz, die an die Mauertoten an dieser Stelle erinnern.

Ich war einigermaßen überrascht, als ich beim Verfassen des Antrags feststellen musste, dass viele Kolleginnen und Kollegen, auch solche, die vorige Woche ein Gedenken an zentralem Ort forderten, den Raum bisher gar nicht bewusst wahrgenommen haben. Bei dem mit großer öffentlicher Begleitung vorgetragenen Wunsch nach einem „zentralen“ Ort zum Gedenken an die Teilung und auch bei dem so genannten Expertentreffen zum Mauergedenken am 2. und 3. Februar dieses Jahres wurde immer wieder übersehen, dass es auch diesen Ort schon gibt und sich die Baukommission mit Architekt und Künstler darauf verständigt hatten. Wir als Parlamentarier sollten das nicht vergessen. Und wir sollten dafür sorgen, dass der Gedenkraum



im Zuge der für Mai 2005 vorgesehenen Übergabe der nördlichen Spree-Ufer-Promenade an die Öffentlichkeit für diese auch zugänglich wird. Die originalen Mauerteile, für deren Erhaltung der Künstler Ben Wargin gekämpft hat und die auch noch mit dem „Parlament der Bäume“ zwischen Bundespressekonferenz und dem Lüders-Haus zu sehen sind, wurden in die Architektur des Parlamentsgebäudes am authentischen Ort und im ursprünglichen Verlauf einbezogen. Die Anbringung der erschütternden Informationen über die Zahl der Toten an der Mauer verstärkt die Wirkung dieses Gedenkortes. Zur öffentlichen Zugänglichmachung gehört selbstverständlich ein Konzept, das mit entsprechender Sorgfalt gewährleistet, dass der Ort auch wahrgenommen und verstanden werden kann. Mit dem Status quo ist das nicht erfüllt. Der Raum ist jetzt ein düsterer Abstell-Keller, und der Eindruck wird auch nicht besser, wenn aus Versehen mal Licht brennt.

Es geht in der heutigen Debatte nicht darum, die Arbeit einer Berliner Kommission für ein Mauergedenkstättenkonzept zu leisten. Aber ganz sicher muss das in ein Konzept zur Erinnerungskultur insgesamt eingepasst sein und ganz sicher wäre es gut, wenn Anträge, wie dieser von voriger Woche, in Berlin nicht schon als Beschlusslage des Deutschen Bundestages missverstanden werden und der von heute, der schon am 20. Januar vorlag, in den Diskussionen berücksichtigt würde. Vermutlich werden wir als Bundestag spätestens dann wieder gefragt

werden, wenn es um die Finanzierung Berliner Ideen geht. Doch auch unsere Diskussion im Bundestag muss dafür sorgen, dass wir unsere Hausaufgaben machen. Das ist bisher nicht geschehen. Wer es anders oder besser wissen will, dem sei ein Gespräch mit den zuständigen Planern empfohlen. Einen von Anfang an beabsichtigten Gedenkraum sollten wir jetzt nicht unterbewerten. Dazu liegt der Ort schon bald viel zu exponiert. Und dazu gibt es auch keinen Grund.

Ich möchte daran zwei Gedanken anschließen, die mir in den Diskussionen der jüngeren Zeit etwas zu sehr in den Hintergrund geraten zu sein scheinen.

Der erste Aspekt betrifft das Erinnern allgemein. Wir sollten uns als Deutsches Parlament nicht nur um ein angemessenes das Totengedenken bemühen. Erinnern meint nicht nur die Passiva deutscher Geschichte. Gerade an einem Tag wie heute muss festgehalten werden: Es gibt auch Aktiva in der Geschichte der deutschen Nation! Die Ereignisse von 1989/90 sind allemal dazu angetan, auch einen Gedanken von mir aus der letzten Legislaturperiode für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal wieder aufzunehmen.

Der zweite Aspekt, den ich ansprechen möchte - und damit komme ich zum Ende - betrifft die Frage nach der staatlichen Verantwortung. Bei den zahlreichen Diskussionen über den Umgang mit den Orten des Gedenkens - zuletzt bei der Anhörung über das von der Bundes-

regierung geplante Stiftungsdach für die authentischen Orte aus der NS-Zeit in Berlin - spielt es eine große Rolle, auf welche Weise der Staat die Arbeit der Gedenkstätten organisieren sollte. Patrick Bahners hat das in seinem Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gestern thematisiert und eine neue Tendenz bemerkt. Mit Blick auf Vorschläge für Berlin schreibt er: „Eine Behörde soll entstehen, ein Amt für nationales Gedächtnis.“ Und weiter: „Der Oberaufseher über das gesamte Gedenkstättenpersonal spräche (. . .) auch mit politischer Autorität.“ Er warnt davor, dass „Geschichte zum Material der Politik“ wird. Ich sage das - anders als es uns der Autor der FAZ vermuten lassen will - nicht mit Blick auf die Bundesregierung, sondern mit Blick auf unseren Konsens im Deutschen Bundestag, den wir betonen sollten:

Um es in einem einfachen Satz zu sagen: Der Staat ist in der Verantwortung, er ist aber nicht Eigentümer des Gedenkens. Geschichte wird immer unter Historikern und in der Gesellschaft umstritten bleiben. Mir ist diese Feststellung wichtig. Und ich denke, wir sollten uns auch weiterhin darauf verständigen können. Im Falle des Gedenk-Raumes im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, um den es uns im vorliegenden Antrag geht, ist der Staat sogar Eigentümer. Hier sind wir in der Verantwortung, die öffentliche Debatte dazu und mit den verantwortlichen Planern in Berlin zu führen, um ihn angemessen und passend zu anderen Orten zu gestalten.



3.3 Erinnerungsvermögen gemeinsam hochhalten

(Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, MdB, zum Mauermahnmal im Bundestag, 18.5.2005)

(...) Wenn es eine Übereinstimmung gibt, dass wir das Denkmal erstens zugänglich machen und zweitens mit weiteren Informationen versehen wollen, dann ist das ungemein wichtig. Nun kann man darüber streiten, ob der Bundestag, der für ein Gesamtdenkmalkonzept letztlich verantwortlich ist - auch beim Mauergedenken -, auch in seinem Antrag ein Gesamtdenkmalkonzept einfordert oder nicht. Natürlich kann man sagen, dass dieses Denkmal unter einer besonderen Obhut des Bundestages steht. Darauf können wir uns gerne einigen. Ich finde aber schon, dass es wichtig ist - das haben Sie, Herr Barthel, in Ihrer Rede auch zum Ausdruck gebracht -, dass wir endlich zu einem anderen Mauergedenken in Berlin kommen.

In meinem Landkreis - ich komme aus Helmstedt in Niedersachsen - ist in Hötensleben ein Stück der Grenze erhalten worden. Ich finde, dass dieser Ort ungemein authentisch das Grenzregime der DDR wiedergibt und dass man das Gespenstische und Totalitäre der Grenze dort im Besonderen erfährt. Man erfährt auch, dass die Bevölkerung der DDR einen ungeheuren Beitrag geleistet hat, um diese Grenze zu überwinden. Das muss man auch einmal sagen. Denn an dem Mauergedenken und dem Gedenken an die Grenze kann man deutlich machen, dass Geschichte in

Mitteleuropa zumindest im zweiten Teil des letzten Jahrhunderts geglückt ist. Darauf können wir Mitteleuropäer stolz sein.

Deshalb finde ich es gut, dass wir uns gemeinsam aufraffen, der Mauer und der Grenze zu gedenken.

Dafür ist es wichtig, dass die Mauer mit authentischen Mauerstücken wieder hergestellt wird. Man ist mit dem Abriss leider zu weit gegangen. Ich will das nicht kritisieren - es war in der Euphorie 1990 nicht anders möglich -, aber ich glaube, dass man es übertrieben hat und dass die Erinnerung an die Mauer jetzt wieder notwendig ist. Es geht um die Erinnerung an das Grenzregime der DDR, damit nicht geleugnet werden kann, was dort für ein gespenstisches Regime existiert hat. Wer im Schatten dieser Grenze gelebt hat, der weiß, wovon ich spreche (...) Insofern halte ich es für richtig, dass mit unserem Antrag darauf hingewiesen wird, dass im Bundestag noch ein Stück Mauer vorhanden ist und dass sich der Bundestag diesem Stück Mauer auf besondere Weise zu widmen hat.

Seit die Uferpromenade an der Spree zugänglich ist, ist die Möglichkeit dafür gegeben. Wenn tatsächlich ein Zugang geschaffen werden sollte - das soll durch die Kunstkommission abgesichert worden sein; Herr Nooke bestreitet das zwar zum Teil; ich weiß nicht, ob das stimmt - und wir heute den Antrag beschließen würden, dann haben wir, glaube ich, genug Kraft, um dieses Vorhaben zu

verwirklichen und letztlich den Zugang zu dem Grenzdenkmal zu schaffen.

Ich halte es jedenfalls für positiv, wie wir uns heute in dieser Diskussion eingelassen haben. Es zeigt doch, dass hier sachgerecht diskutiert werden kann, ohne dass die Diskussion in eine parteipolitische Auseinandersetzung mündet, die ich für falsch halten würde. Denn letztlich haben wir alle als Demokraten dazu beigetragen, Diktaturen in Deutschland zu überwinden. Dessen sollten wir uns erinnern und dieses Erinnerungsvermögen sollten wir auch gemeinsam hochhalten. Ich halte einen Tag wie den 18. März, an dem die ersten demokratischen Wahlen in der DDR stattgefunden haben - die auch die letzten waren, denn danach kam es zur Wiedervereinigung -, für einen positiven Anlass, um der Mauer zu gedenken.

Ich hoffe, dass wir uns hier auch in Zukunft bei Gedenkkonzepten in derselben Gemeinsamkeit einlassen, wie es bisher der Fall gewesen ist.

4. Breitenkultur

4.1 In Deutschland gibt es eine Massenbewegung jenseits des Medienspektakels

(Dr. Wolfgang Bötsch, MdB, 17.3.2005)

In Deutschland gibt es eine Massenbewegung jenseits des Medienspektakels. Sie schwingt den Taktstock, singt im Kirchenchor, probt in der Aula, malt in der Bildungsstätte. Sie sucht nicht den



ganz großen Auftritt, sondern lebt mitten unter uns. Keiner von uns kommt an ihr vorbei, an den Chorproben, Heimatabenden und Theateraufführungen, an den Jubiläumsveranstaltungen, die jahraus, jahrein in unseren Wahlkreisen stattfinden. Ein Beispiel dafür sei nur die gut organisierte und regional oft tief verwurzelte Laienmusikkultur mit einer weltweit einmalig großen Zahl an Chören, Bläserorchestern und Spielmannszügen.

Dabei ist das, was bei uns zu Hause als Breitenkultur gelebt und weiter gegeben wird, in keiner Weise amateurhaft oder oberflächlich. Im Gegenteil: für außerordentlich viele Menschen sind künstlerisches Gestalten und musikalischer Ausdruck zu Grundbedürfnissen geworden. Sie gewinnen durch ihr Tun Selbstvertrauen, entwickeln ihre geistigen, schöpferischen und auch sozialen Fähigkeiten. Wer sich in dieser Weise engagiert, kreist nicht um sich selbst. Das kann einer Gesellschaft nur gut tun. Deshalb muss es das ureigenste Interesse ihrer Vertreter sein, möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen, sich in das kulturelle Angebot vor Ort aktiv einzubringen, möglichst von klein auf. Die Existenz so vieler auf Musik, Kunst und Traditionspflege ausgerichteter Vereine und Verbände ist schützenswert und nicht selbstverständlich. Sie sind der Humus, aus dem in unseren Städten und Dörfern Lebensqualität und Bürgersinn entsteht. Wir sollten deshalb alarmiert sein, wenn von Unterrichtsausfall an den Schulen zuerst die musischen Fächer betroffen sind, Musikschulen,

Bibliotheken und kleine Orchester mit finanziellen Einbußen zu kämpfen haben. Kulturelles Schaffen sozusagen „vor der Haustür“ ist nicht selbstverständlich und leider auch kein Selbstläufer. Wir müssen die Entwicklungen im Auge behalten.

Deshalb ist die vorliegende große Anfrage auch so wichtig und die letzte Bestandsaufnahme vor 29 Jahren schon viel zu lange her. Es muss klar sein, dass der Wert einer lebendigen Breitenkultur in ihrer ganzen, regional ausgeprägten Vielfalt aktiv vermittelt und politisch begleitet werden muss. Ohne sie hätte es z. B. nie Musikerfamilien wie die Bachs oder die Trapps gegeben und auch keine Avantgarde. Ohne die Arbeit der vielen, regional verwurzelten Orchester und deren Leistungen in der musikalischen Fortbildung hätte sich in der kulturellen Landschaft nie eine solche Vielfalt entwickelt. Kultur, die nur aus den eigenen Ressourcen schöpft, gelangt bald ans Ende ihrer Kräfte. Kulturpolitik muss dort ansetzen, wo diese Kultur ihre Wurzeln hat: bei den Menschen, in den Gemeinden, bei Vereinen und Verbänden. Sie muss denen Mut machen, die einen großen Teil ihrer Zeit und Arbeitskraft ehrenamtlich für Schaffung und Erhalt von Kultur in ihrem unmittelbaren Umfeld aufwenden.

Verödet das kulturelle Leben eines Landes, dann geht auch die Erinnerung an Tradition und Brauchtum, dann geht ein großes Stück religiöses und regionales Bewusstsein und damit ein Teil seiner Geschichte verloren.

4.2 Wer ‘Kultur für alle’ fordert, der muss auch ‘Kultur von allen’ fördern (Gitta Connemann, MdB, 17.3.2005)

Kurz nach meiner Wahl zur Vorsitzenden der Kultur-Enquete gab ich einer großen Tageszeitung ein Interview und sah mich mit folgender Frage, die übrigens völlig ernst gemeint war, konfrontiert: „Frau Connemann, Sie kommen doch vom Land. Gibt es denn da überhaupt Kultur?“ Es stimmt: Ich lebe in einer ländlichen Region, wie 16 Millionen Menschen in Deutschland. In meiner ostfriesisch-emsländischen Heimat gibt es keine kulturellen Leuchttürme. Bei uns zu Hause gibt es keine feste Bühne. Das nächste Staatstheater ist mehr als 60 Kilometer entfernt. Von einem Opernhaus können wir nur träumen. Doch deshalb diesem Raum, meiner Heimat, die Kultur abzusprechen zeugt entweder von Unkenntnis oder von einem verengten Kulturbegriff. Unkenntnis wäre es, nicht zu wissen, dass sich die bedeutendste Orgellandschaft Europas in meiner Heimat befindet. Unkenntnis wäre es, nicht zu wissen, wie viele Menschen sich kulturell vor Ort engagieren, sei es in Chören, in plattdeutschen Theatergruppen, in Spielmannszügen oder in Heimat- und Kulturvereinen. Eine Nachfrage ergab, dass dies dem Reporter durchaus bewusst war. Für ihn waren diese Aktivitäten aber keine Kultur. Sein Kulturbegriff beschränkte sich auf die institutionalisierte und professionelle Kultur, die so genannten kulturellen Leuchttürme. Das ist



ein verengter Kulturbegriff, mit dem er leider nicht alleine steht. Deshalb bin ich auch für das Bekenntnis unseres Bundespräsidenten Köhler zur Laienkultur anlässlich der Verleihung der Zelter Medaille sehr dankbar. Der Bundespräsident hat erkannt, dass das ehrenamtliche Engagement von nahezu 7 Millionen Menschen unverzichtbar für die Pflege der Kultur in unserem Land ist. In Chören, Orchestern, Schauspielgruppen und Kulturvereinen wird tagtäglich gelebt, was sich die Gesellschaft wünscht und die Politik in ihren Sonntagsreden einfordert: Engagement, Leistungsbereitschaft, Teamgeist, Disziplin, Zuverlässigkeit und vieles mehr, verbunden mit einem hohen Zeitaufwand, und das alles ohne Entgelt. Im Gegenteil: Chorsänger, Amateurschauspieler und Musiker zahlen Beiträge und finanzieren Konzerte und Veranstaltungen aus eigener Tasche. Aber damit nicht genug: Vereinsvorsitzende müssen unter anderem im Sozialversicherungs-, Gemeinnützigkeits- und Urheberrecht Detailkenntnisse besitzen. Bei Verstößen haften sie mit ihrem privaten Vermögen. Das ist für Ehrenamtliche nicht zu schaffen und schreckt Menschen davon ab, sich zu engagieren. Die vielen Menschen, die im Bereich der Breitenkultur Außergewöhnliches leisten, haben es verdient, ernst genommen zu werden. Trotzdem haben sie bisher nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die ihnen angemessen wäre. Deshalb haben wir von der CDU/CSU die Große Anfrage eingebracht. Wir wollen mit dieser Anfrage Aufmerksamkeit er-

zeugen und die Erstellung eines Berichts über die aktuelle Situation der Breitenkultur in Deutschland erreichen. Wir geben damit der Bundesregierung die Chance, Stellung zu beziehen. Wie steht die Bundesregierung zur Breitenkultur? Was wird sie zukünftig für sie tun? Gründe, sich zu engagieren, gibt es genug:

Erstens. Wer „Kultur für alle“ fordert, der muss auch „Kultur von allen“ fördern. Hochkultur und Breitenkultur dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie stehen nicht im Gegensatz zueinander, sondern ergänzen sich.

Zweitens. Wer eine Spitze will, muss auf eine breite Basis bauen. Wir brauchen eine lebendige Breitenkultur. Wir brauchen sie, um unseren talentierten Nachwuchs zu entdecken und ihn fördern zu können. Wir brauchen sie, um Kultur für viele zu öffnen.

Drittens. Kultur stiftet Identität; Breitenkultur sichert Pluralität. Unsere kulturelle Zugehörigkeit wächst aus regionalen, nationalen und europäischen Kontexten. Es gilt, die Vielfalt und damit die Breite des Angebotes zu bewahren. Zu dieser Breite zählt auch die Laienkultur.

Viertens. Breitenkultur war und ist Bürgerkultur. Nirgendwo kommt der Geist der Selbstbestimmung und der Solidarität so gut zum Ausdruck wie im kulturellen Engagement. Wenn wir die Bürgergesellschaft wirklich stärken und beleben wollen, dürfen wir nicht die kulturellen Quellen des bürgerschaftlichen Engagements versiegen lassen. In letzter Zeit mehren sich aber

gegenteilige Anzeichen. Es droht uns ein Generationenbruch. Die Folgen nachlassender Förderung in Schulen, Musikschulen, Chören, Vereinen und Freizeiteinrichtungen sind überall spürbar. Wir brauchen deshalb Informationen darüber, wo der Schuh drückt, wo gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Gegenwärtig haben wir es leider noch immer mit einer Terra incognita zu tun. Deshalb gibt es unsere Große Anfrage. Wir brauchen verlässliche Zahlen über Umfang und Art des Engagements in der Breitenkultur. Wir brauchen Auskunft über Ausmaß und Ursache von Nachwuchsproblemen. Wir brauchen Erfahrungswerte in Fragen des Einkommensteuerrechts, beispielsweise zur Praxis der Übungsleiterpauschale. Frau Kollegin Griefahn, ich bin froh, dass Sie mir insoweit zustimmen. Wir brauchen Auskunft über Reformbedarf im Vereinsrecht, beispielsweise über Regelungen zur vereinfachten Erlangung des Status der Gemeinnützigkeit. Wir brauchen Informationen über die Praxis des derzeitigen Haftungsrechtes, beispielsweise über positive Effekte einer Ausnahmeregelung für kleine Vereine. Die Liste ließe sich verlängern. Wir sind uns aber sicherlich im Grundsatz einig. Der Staat wird keine flächendeckende Kulturversorgung leisten können. Wir sind uns, so hoffe ich, auch in einem Punkt der Problemlösung im Grundsatz einig. Wollen wir unserer Kultur auch in Zukunft Ehre machen, brauchen wir eine neue Kultur des Ehrenamtes. Mit den Bürgerinnen und Bürgern kann man, so



haben wir zu lernen, nicht nur Staat, sondern auch Kultur machen. Deshalb lautet meine Aufforderung an Sie, die Damen und Herren von der Koalition, und an die Bundesregierung: Nehmen Sie unsere Große Anfrage zur Breitenkultur ernst! Nehmen Sie die Breitenkultur in Deutschland ernst! - Gemeinnützigkeitsrecht, Steuerrecht und Urheberrecht sind Bundesangelegenheit, liebe Frau Kollegin Griefahn. Das dürfte selbst Ihnen nicht entgangen sein.

Wir wissen, dass die Beantwortung unserer Großen Anfrage mit Arbeit verbunden ist. Aber insoweit geht es frei nach Valentin: Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit. Wir hoffen, dass sich die Bundesregierung endlich an diese Arbeit macht.

5. Werte

Der Berliner SPD sind die Maßstäbe für Werte abhanden gekommen

*(Günter Nooke, MdB,
zum staatlich verordneten
Werteunterricht in Berlin,
13.4.2005)*

Was am vergangenen Wochenende auf dem Parteitag der Berliner SPD passierte, war ein Rückfall in die ideologischen Grabenkämpfe der 70er-Jahre: staatlich verordneter Werteunterricht ab der 7. Klasse, Verbannung des Religionsunterrichts an den Rand der Stundentafel und die Einheitsschule bis zur 10. Klasse als bildungspolitische Perspektive für das 21. Jahrhundert. Der Schaden für Berlin und für Deutschland kann

nicht dadurch eingegrenzt werden, dass im Plenum die SPD kneift und sich Herr Schmidt irgendwie ein bisschen davon distanziert. Man könnte fast Mitleid mit Ihnen haben. Am Samstag gab es in der Tat einen gefährlichen Rückschritt. Es waren keineswegs wertneutrale Sozialdemokraten, sondern weltanschauliche Atheisten - schlimmes antikirchliches und antireligiöses Fußvolk der SPD, zu dem wohl inzwischen auch der Regierende Bürgermeister Wowereit gehört -, die sich im Hinblick auf diesen Beschluss durchgesetzt haben. Ihre SPD ist außer Rand und Band geraten. Es ist beschämend, welche Leute sich dort durchsetzen konnten, gegen den versammelten Sach- und Fachverstand des zuständigen Bildungssenators, des katholischen Bundestagspräsidenten, des Kanzlers, des SPD-Bundesvorsitzenden, der ehemaligen Bundesministerin für Familie und Jugend und viele ehrlich besorgte christliche Sozialdemokraten.

In was für einer Partei, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, sind Sie eigentlich? Was sind denn nun die Inhalte Ihrer Partei? Es geht doch völlig an den Interessen, die Sie hier vertreten, vorbei, wenn es dort drunter und drüber geht. Es gibt in Ihrer Partei keine Führung, keine Autorität, keinen Anstand. Sie sind schlicht orientierungslos und haben - so könnte man sagen - die Werte vergessen. - Hören Sie einmal zu! Jetzt geht es inhaltlich weiter. - Das kommt heraus, wenn man versucht, die Frage, wie Werte in die Gesellschaft kommen, ohne

Transzendenz und persönliches Glaubenszeugnis zu beantworten. Dann geht es in der Partei drunter und drüber. Der - noch - Regierende Bürgermeister Wowereit hat gesagt: Wertevermittlung ist nicht nur eine Aufgabe der Kirchen. Es ist auch eine wichtige Aufgabe des Staates. Dafür erhielt er großen Beifall. Doch genau darin liegt der Irrtum Ihrer Partei.

Welche Lehrer sollen denn diese „staatliche Weltanschauungsdiktatur“, wie die „FAZ“ schrieb, unterrichten? Wenn der Staat Werte vermitteln und dafür Lehrer einstellen soll, dann müssen Sie sagen, wie Sie diese Lehrer auswählen. Sind es Christen, sind es Religionskundler oder sind es die überzeugten Atheisten vom Humanistischen Verband, der vor kurzem sein 100-jähriges Jubiläum im Willy-Brandt-Haus der SPD hier in Berlin feierte? Oder sind es sogar die Staatsbürgerkundler der DDR, die reaktiviert werden, wie Wolfgang Thierse auf dem Parteitag befürchtete? Der Beschluss der Berliner SPD zur Schulpolitik geht weit über das bekannte Maß an politisch-ideologischer Anmaßung hinaus. Er greift in den Kern unserer europäisch gewachsenen deutschen Kulturnation ein. Was uns im Innersten zusammenhält, ist nicht im Synkretismus der Religionen, nicht im Idealismus eines „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ und erst recht nicht im Karneval der Kulturen zu finden.

Meine Damen und Herren von der Koalition, der Beschluss der Berliner Parteifreunde ist sogar



beängstigend für mich; denn sie glauben, man könne ernsthaft und glaubhaft über Werte reden, ohne selber welche zu haben. Unser Grundgesetz lässt uns mit dem Gottesbezug in der Präambel nicht im Unklaren. Wir haben für den Gottesbezug auch in der europäischen Verfassung gekämpft, weil die jüdisch-christliche Tradition für unsere Kultur konstitutiv ist. Im Wertepflichtfach der Berliner SPD wird ein allgemeines Palaver angestimmt und jeder muss daran teilnehmen. Sie wollen ein gesellschaftliches Miteinander und verleugnen zugleich den religiösen Kern des Christentums, der unser Land immer noch zusammenhält, auch wenn das viele vergessen haben. Wer aber Religion wirklich verstehen will, muss Glauben existenziell erfahren können. Man muss ihn erfahrbar machen. Die Berliner SPD verdrängt den Religionsunterricht aus den Schulen - und das in einer Zeit, in der wir beim Begräbnis von Papst Johannes Paul II. erleben, welche Anziehungskraft gelebter Glaube und damit Religion heute wieder verstärkt haben. Papst Johannes Paul II. hat deshalb so viele Menschen und Vertreter aller großen Religionen nach Rom gezogen, weil er als gläubiger Christ überzeugte. Der Berliner SPD sind aber nicht nur die Werte, sondern - das ist noch schlimmer - auch die Maßstäbe für die Werte abhanden gekommen. Nur vor diesem Hintergrund ist solch ein Beschluss zu verstehen und in seiner zerstörerischen Wirkung für die Gesellschaft richtig zu bewerten.

Sie wollen integrieren; aber sie

wissen nicht, wo hinein sie integrieren wollen. Sie wollen tolerant sein; aber sie merken gar nicht mehr, dass es ihnen deshalb so leicht fällt, tolerant zu sein, weil sie nichts mehr zu verlieren haben. Wenn sich der Mensch keiner Wahrheit verpflichtet weiß, geht er in die Irre. Wenn sich der Staat einer Wahrheit verschreibt, wird er totalitär. Denn Wahrheit ist an sich intolerant; aber sie muss tolerant vertreten werden. Der Beschluss der Berliner - im Grunde: Westberliner - SPD ist der deutschen Hauptstadt unwürdig. Das alte Westberlin konnte als Frontstadt des freien Westens als vorgeschobenes Bollwerk im Sowjetblock nur deshalb überleben, weil der Westen zu seinen Werten der Freiheit und Selbstbestimmung stand. Das freie Berlin wurde von außen materiell am Leben erhalten und militärisch verteidigt. Dagegen wurden die Werte des Westens schon zu Mauerzeiten von der Berliner SPD verraten. Jetzt knüpfen die Berliner Sozialdemokraten an diese Verleugnung der eigenen Werte an. In der Konfrontation zum Kommunismus, der christliche Werte ablehnte und bekämpfte und im Grunde ja eine Heilslehre war, wurde das eigene Wertefundament immer mehr vergessen.

Mit dem Einzug der 68er-Ideologen in die Schulen wurde das dann weiter beschleunigt. Jetzt sind Sie wieder dort angekommen, wo Sie in den 70er-Jahren schon einmal waren. Ich kann Ihnen nur empfehlen - sagen Sie das bitte den Berliner Parteifreunden -, dieses Vorha-

ben fallen zu lassen. Es schadet uns allen. Wenn Ihnen das egal sein sollte, dann sage ich Ihnen noch etwas anderes: Dieses Vorhaben, auch das Vorhaben der Einführung einer Einheitsschule bis zur zehnten Klasse, schaden Ihrer Partei; das wird Sie im nächsten Wahljahr viele Tausend Stimmen kosten.

Ich glaube, das ist nicht in Ihrem Interesse.

6. Künstlersozialversicherung

Rot-Grün verdeckt eigene Untätigkeit

(Vera Lengsfeld, MdB, zur KSV, 14.4.2005)

Es entsteht zuweilen der Eindruck von Selbstbeweihräucherung, der sich Rot-Grün mit dem Antrag zur Stärkung der Künstlersozialversicherung unterzieht. Stehen wir nicht im fraktionsübergreifenden Konsens in dieser Sache? Wenn Sie also schon Initiative zeigen, dann bitte nicht mit leerem Aktionismus. Ich glaube, Sie wollen mit diesem Antrag Ihre eigene Untätigkeit verdecken. Diese ist wiederum Resultat Ihrer offensichtlichen Ratlosigkeit, die Probleme Deutschlands zu lösen. Nicht nur die Künstlersozialkasse ist in ihrer Existenz bedroht, unsere gesamten sozialen Sicherungssysteme müssen einen Wandel erfahren, vor dem Sie sich offenbar scheuen. Es ist kein Geheimnis, dass in der KSV jetzt die Rentenansprüche der ersten Jahrgänge bestehen. Auch die steigenden Zahlen der Versicherten sind im digitalen Zeitalter, wo viele Künstlerberufe gerade



auch im Bereich des Internets entstanden sind, eine logische Schlussfolgerung. Das hat natürlich zur Folge, dass sich auch der Bereich der Verwerter vergrößert. Hier bestehen derzeit enorme definitorische Mängel. Wer ist heute ein Künstler? Wer ist Verwerter und profitiert von der Kunst? Lange schon findet Kunst nicht mehr nur in Galerien, Verlagen oder Opernhäusern statt. Doch durch Nichtstun wird das System nicht besser. Was wollten Sie uns sonst mit Ihrem Antrag mitteilen, wenn nicht von dieser Tatsache abzulenken?

Ich erinnere Sie gerne nochmals an Ihre Pflicht: Die Bundesregierung unterliegt dem Handlungszwang bei der Reform der Künstlersozialversicherung. Mit fragwürdigen Anträgen ist dem sicher nicht geholfen. Ich ermahne Sie deshalb, Vorhaben umzusetzen, die der Reform dienlich sind: Definieren Sie Berufe, zu denen Künstler heute gehören. Im Zeitalter des Internets entstehen auch hier neue Berufssparten, die sich zum Beispiel mit Webdesign beschäftigen und bisher kein Anrecht auf Zugehörigkeit zur Künstlersozialkasse haben. Definieren Sie den Begriff des Verwerters. Auch die Textil- oder Automobilbranche profitiert von Kunst. Verwerter müssen stärker in ihre Pflichten eingebunden werden. Den gesenkten Bundeszuschuss von 20 Prozent wieder zu erhöhen, lehne ich ab. Obwohl in der Presse zu lesen ist, dass sich das neue Grundsatzprogramm der SPD jetzt wieder stärker am Staat orientiert, weil die Ursache allen Übels in der „totalen Öko-

nomisierung kurzatmigen Profithandelns“ liegen soll, betone ich die Notwendigkeit der Eigenvorsorge. Dem Staat dürfen keine weiteren finanziellen Lasten aufgebürdet werden. Ebenso sollte er sich aber auch aus bestimmten Feldern zurückziehen und Kontrolle zurücknehmen. Im Prinzip ist heute jeder Einzelne dazu aufgefordert, eine eigenständige Vorsorge zu treffen. Das gilt auch für Künstler. Dass deren Einkommen so niedrig ist und sie ihre Vorsorge mit einem durchschnittlichen Gehalt von 11.100 Euro im Jahr kaum bewältigen können, ist nicht Sorge des Staates. Wir müssen eine stärkere Eigeninitiative der Versicherten fordern.

7. Hartz

Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Reformen werden Anforderungen im Kulturbereich nicht gerecht

(Günter Nooke, MdB, zur Anhörung der Enquete-Kommission, 17.5.2005)

Die Anhörung hat gezeigt, dass von wichtigen Kulturverbänden und Kulturschaffenden die arbeitsmarktpolitischen Reformen von Rot-Grün durchgängig abgelehnt werden. Vor allem handwerkliche Defizite bei der Umsetzung sind es, die gravierende Hemmungen auf den Kulturbereich zur Folge haben. Die spezielle Situation der Kunst-, Film-, Musik- oder Museumsbranche ist offensichtlich nicht bedacht worden. So ist zum Beispiel die regelmäßige Meldepflicht von

kurzzeitig Beschäftigten im Filmbereich höchst problematisch, da dieser Bereich fast ausnahmslos von Kurzzeit-Werkverträgen lebt. Modelle aus der Schweiz oder Frankreich zeigen angemessenere Lösungen. Die Unkenntnis über ein Arbeitsfeld mit annähernd 1 Million Beschäftigten wird allzu deutlich, wenn selbst in der Bundesagentur für Arbeit laut Aussage der dortigen Bereichsleitung eine Kompetenz auf dem Kultursektor kaum zu verzeichnen ist.

8. „Hauptstadtkultur“

Kulturprojekte mit internationaler Ausstrahlung in der Hauptstadt sichern Abgrenzung der Aufgaben und die Profilierung schwierig

(Günter Nooke, MdB, zum Gespräch über die Förderung der Kultur in der Hauptstadt mit den Leiterinnen der Kulturstiftung des Bundes, der Kulturstiftung der Länder und des Hauptstadtkulturfonds im Ausschuss für Kultur und Medien, 1.6.2005)

Es ist gut, dass der Bund in Berlin - neben seinen Institutionen - Kulturprojekte in der Hauptstadt fördert. Bei genauerem Hinsehen fallen aber die Schwachpunkte auf: Zum ersten besteht der Verdacht, dass mit den Projektförderungen Löcher der Berliner Kulturförderung gestopft werden.

Zum zweiten ist es den Projektträgern einerlei, bei wem ihre Bewerbung erfolgreich ist - einreichen werden sie ihre Projekte



ohnehin bei allen drei Stellen.

Das macht drittens die Abgrenzung der Aufgaben und die Profilierung schwierig. Deshalb war es Konsens, dass diese Parallelförderung beendet werden sollte. Auch war Konsens, dass der Berliner Martin-Gropius-Bau als Ausstellungshaus mit eigenem Kurator aufgewertet und entsprechend ausgestattet werden sollte. Die derzeitige Praxis Projekte für den Gropius-Bau auf Zuruf von einer der Stiftungen oder dem Fonds zu fördern, habe zu einem unklaren Profil geführt und dazu, dass besonders größere kulturhistorische Ausstellungen nicht realisiert würden. Neben der Unterstützung innovativer und experimenteller Kunstprojekte muss der Bund ein großes Interesse daran haben, dass Ausstellungen und Kulturprojekte von nationalem Rang und mit internationaler Ausstrahlung in der Hauptstadt stattfinden und dass sie Teil einer kulturpolitischen Strategie des Bundes sind.

9. Filmförderung

Bundesregierung hält Versprechen gegenüber Filmwirtschaft nicht ein

(Bernd Neumann MdB, Obmann für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, anlässlich der Beratung im Ausschuss für Kultur und Medien über die Folgen der Rot/Grünen Steuerpolitik für den deutschen Film, 12.5.2005)

Die von Kulturstaatsministerin Weiss angekündigte Absicht, im

Hinblick auf die von der Bundesregierung geplante Streichung von Steuerabzugsmöglichkeiten bei Filmfonds einen so genannten Risikokapitalfonds für die deutsche Filmwirtschaft einzurichten, muss man als Ablenkungsmanöver von eigenen Versprechungen und als unzulängliche Beruhigungsspielle für die Betroffenen bezeichnen.

Die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene De-facto-Abschaffung der Medien- und Filmfonds zur Gegenfinanzierung der Senkung der Körperschaftssteuer hat katastrophale Auswirkungen auf die Filmwirtschaft, denn Medienfonds sind inzwischen zu einem unverzichtbaren Instrument für die Finanzierung deutscher und auch europäischer Film- und Fernsehproduktionen geworden. Natürlich ist es zu bedauern, dass aus diesen Fonds zuviel Kapital in Filmproduktionen im Ausland fließt.

Deshalb hatte die deutsche Filmwirtschaft große Hoffnungen in die Versprechungen der Kulturstaatsministerin gesetzt, ein steuerliches „Sale-and-Leaseback-System“ einzuführen, dass Produktionen in Deutschland besonders begünstigen sollte. Nun kommt nichts dergleichen; wenn die Pläne von Eichel realisiert werden, würde Deutschland der einzige Standort in Europa sein, wo es noch nicht einmal indirekte steuerliche Präferenzen für die Filmwirtschaft gäbe.

Das Versprechen der Bundesregierung, die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Filmwirtschaft zu verbessern, zer-

platzt wie eine Seifenblase. Dass die geplante Streichung von Steuerabzugsmöglichkeiten bei Filmfonds ohne Übergangsregelung, also sofort erfolgen soll, ist ein Skandal, ist eine „Gesetzgebung per Überfall“ und muss das Vertrauen in die Politik völlig erschüttern. Eine Vielzahl von beabsichtigten Filmproduktionen wird unterbleiben.

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, bei der Mindestbesteuerung - die schon jetzt die überwiegend mittelständischen Unternehmen gerade im Filmbereich schwer belastet - den Verlustabzug weiter zu reduzieren.

Zusammenfassend kann man feststellen: Die vorgesehenen steuerlichen Maßnahmen der Bundesregierung sind ein massiver Schlag gegen den deutschen Film. Die Bundesregierung lässt die Filmwirtschaft im Regen stehen. Der von der Staatsministerin angekündigte mit staatlichen Mitteln finanzierte Risikokapitalfonds (90 Mio. Euro für 3 Jahre) kann in keiner Weise als Kompensation akzeptiert werden. Es ist bisher völlig unklar, wie diese staatliche Förderung vergeben und an welcher Stelle sie im Haushalt verankert wird.

Aber Folgendes steht bereits jetzt fest: - Es ist kein marktwirtschaftliches Modell, sondern ein rein staatliches, in der Summe nach oben begrenztes Instrument, das neue Bürokratie auslösen wird. Auf die Mobilisierung privaten Kapitals durch Steueranreize wird verzichtet. - Die Summe ist viel zu gering



(jährlich ca. 30 Mio. Euro); Großproduktionen werden deshalb in Deutschland größtenteils unterbleiben. - Es erfolgt eine Begrenzung auf 3 Jahre, so dass von vornherein Unsicherheit durch die Frage, was danach passiert, ausgelöst wird. -

Im Übrigen wird zu klären sein, ob die EU diese Förderung als unzulässige Beihilfe ansieht. Die CDU/CSU-Fraktion wird dazu eine Anhörung von Experten im zuständigen Ausschuss für Kultur und Medien beantragen.

Information:

Günter Nooke, MdB, Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Tel. (030) 227-52 71 2, e-Mail: guenter.nooke@bundestag.de

Grundsatzbeiträge zu Kunst und Kultur

Kulturland Deutschland*

(Dr. Angela Merkel, MdB, Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Zeitung „politik und kultur“ des Deutschen Kulturrates, 13. April 2005; dazu die FR vom 28.5.2005)

Gäbe es einen PISA-Test für Kultur, dann gehörte die Bundesrepublik Deutschland zweifellos zur Spitzengruppe. Kaum ein Land auf der Welt hat in solch hohem Maß Opernhäuser, Theater, Orchester, Chöre und Plattformen für die literarischen und bildenden Künste auf engstem Raum versammelt wie unser Land. Trotz aller Sparmaßnahmen der letzten Jahre konnte insgesamt dieser hohe Standard gehalten werden. Die Nachfrage nach Kunst und Kultur wächst, wie die Besucherzahlen ausweisen. In einigen Bereichen - man denke nur an die Events, Festspiele oder 'Kultursommer' - haben Marketing und Marktorientierung verstärkt Einzug gehalten. Aber der Großteil der Anstrengungen, auch unter veränderten Bedingungen kulturelle Standards aufrecht zu erhalten, liegt jetzt und in Zukunft bei Bund, Länder und Kommunen - und zunehmend bei der Bürgergesellschaft. Kultur prägt einen eigenständigen Freiheitsraum aus. Er ist essentiell für eine Freiheitsgesellschaft, die auf Tradition und Fortschritt, auf staatli-

che Förderung und Selbstentwicklung gleichermaßen beruht. Auch für die Zukunft gilt: Diese föderal organisierte Kunst und Kultur ist ein Erbe, das auf keinen Fall verspielt werden darf. Denn Kunst und Kultur sind untrennbar mit der Identität der Deutschen als Nation verbunden. Die deutsche Nation hat sich noch vor territorial-staatlicher Einigung und demokratischer Verfassung als Bildungs- und Kulturnation verstanden und sich darüber definiert. Was den Deutschen im Hinblick auf die alte „deutsche Frage“ eines freiheitlich-demokratischen und geeinten Staates so viele Probleme und politische Auseinandersetzungen bescherte, beförderte umgekehrt die kommunale und regionale Entwicklung von Kunst und Kultur. Denn die politisch beklagte Kleinstaaterei in den deutschen Ländern war in Bezug auf Vielfalt und Förderung von Kunst und Kultur ein Glücksfall. Nun ist Identität nicht alles, aber ohne Identität ist alles nichts. Das gilt für Personen, das gilt auch für ein Land.

Fragt man heute, worauf die Deutschen stolz sind, dann werden neben den Leistungen deutscher Forscher und Ingenieure sowie dem Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre vor allem die Errungenschaften von Kunst und Kultur genannt. Es kommt nicht vorn ungefähr, dass die Kulturnation historisch gesehen



alle politischen Systeme überdauert hat. Sie hat auch geholfen, die vierzigjährige Trennung in zwei deutsche Staaten nicht zu einer Teilung des Volkes werden zu lassen. Der Artikel 35 des Einigungsvertrages hat diese gemeinsame Identität als Kulturnation und als Kulturstaat ausdrücklich angesprochen. Kultur versteht und entfaltet sich nicht von selbst. Sie bedarf der Pflege und Fortentwicklung. Gerade weil die Kulturnation bei uns in hohem Maß Zugehörigkeit dokumentiert und sozialen Zusammenhalt fördert, bedarf sie der hohen Aufmerksamkeit und Sorge von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gleichermaßen. Nun wäre es weltfremd, Kunst und Kultur losgelöst von den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen zu betrachten. Globalisierung, Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union, wissenschaftlich-technologische Innovationen und der Wandel in der Arbeitswelt erfordern mehr denn je Umdenken und Reformen der gewohnten Strukturen. Haushaltssanierung, Umbau des Sozialstaates, steuerliche Mindereinnahmen und die Notwendigkeit höherer Mittelbereitstellung für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung erfordern Einsparungen, Um- und Neuverteilungen in den Etats. Aber trotz wachsender finanziellen Zwänge und Engpässe, die im Einzelnen zu durchaus schmerzlichen Einschnitten im Kunst- und Kulturbereich führen, droht kein allgemeiner Kulturnotstand oder gar das kulturelle Aus. So sind die öffentlichen Kulturausgaben von 29 Euro (1975) auf 99 Euro je Ein-

wohner (2003) gestiegen. Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen - Arbeitswelt, Rente, Gesundheit, Pflege, Bildung - geht es auch im Kultursektor insgesamt um Umbau und Weiterentwicklung. Kunst und Kultur behalten ihren Stellenwert auch in der entstehenden Wissensgesellschaft. Die biblische Einsicht bleibt gültig: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Aber: eben auch vom Brot. Notwendig ist deshalb, dass Deutschland in einer nationalen Kraftanstrengung wieder wirtschaftliche Dynamik entfaltet. Mehr Wachstum, mehr Menschen in Arbeit und mehr Innovation sichern die gesellschaftliche Wohlfahrt der Zukunft - und damit von Kunst und Kultur. Es gilt also, vor dem Hintergrund gewandelter Verhältnisse die materiellen Voraussetzungen auch für die Kulturnation und den Kulturstaat wieder neu zu sichern. Auf dieser Basis steht dann die Politik vor der Aufgabe, eine zukunftsorientierte Ordnungspolitik für den Kunst- und Kulturbereich zu entwickeln.

Ich möchte fünf wichtige Punkte dafür nennen:

Erstens: Der föderale Bundesstaat bleibt als Kulturstaat Hüter und Pfleger deutscher Kultur. Sein Auftrag bleibt die kulturelle Grundversorgung als Daseinsvorsorge. Dazu gehört auch weiterhin die entsprechende Grundfinanzierung. Allerdings geht es dabei auch um Evaluation von Zielen und Mitteln, attraktive Angebote, neue Konzepte der regionalen Förderung - Beispiel Sachsen - und Netzwerkbildungen

mit Unternehmen und Bürgern.

Zweitens: Regionen und Kommunen müssen gestärkt werden, damit sie weiterhin in der Lage sind, Kultur in der Breite zu fördern. Denn in den „kleinen Einheiten“ wird der Sinn von Kunst und Kultur für die Menschen am ehesten erfahrbar.

Drittens: Es geht um eine deutliche Revitalisierung der aktiven Bürgergesellschaft. Hier liegen viele Unterstützungsmöglichkeiten in finanzieller wie ehrenamtlicher Hinsicht brach. Die Potentiale einer aktiven Bürgergesellschaft werden noch immer dramatisch unterschätzt. Der Staat muss nicht alles selber machen. Es geht deshalb um ein neues Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Kulturbereich brauchen wir einen Staat, der ermuntert und aktiviert, Unternehmen, die gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen, und eine aktive Bürgerschaft, die von sich aus Aufgaben übernimmt. Es geht um die stärkere Entwicklung von ehrenamtlichem, freiwilligem Engagement, von Mäzenatentum, privaten Stiftungen und jüngst den Bürgerstiftungen. Neben dem ökonomischen Effizienzdenken brauchen wir auch die nichtökonomischen Motivationsquellen von Solidarität, Selbstorganisation und Eigeninitiative. Patriotismus und aktive Bürgerschaft sind zwei Seiten einer Medaille. Die Entfaltung der bürgerschaftlichen Potentiale schafft für Kunst und Kultur eine breitere Finanzbasis, erbringt mehr Kreativität für die Lösung anstehender Probleme und sorgt für grö-



berer sozialen Zusammenhalt. Gerade Kunst und Kultur brauchen Bürger, die in guten wie in schlechten Zeiten für die gemeinschaftlichen Ziele einstehen.

Viertens: Kunst und Kultur leben von der Bildung und bedürfen der Bildung. So wichtig beruflich nützliche Fertigkeiten sind - es geht um die Bildung der gesamten Persönlichkeit. Dazu gehört die Vermittlung von Geschichte, Wissenschaft und Sprachen, und ebenso von Literatur, Musik und Kunst. Es gibt keine „Randfächer“. Allgemeinbildung ist und bleibt Kulturaneignung - erst recht in der Wissensgesellschaft.

Fünftens: Kunst und Kultur ist nicht nur nationale Aufgabe, sondern Teil der europäischen Identität. Wir dürfen die Europäische Union nicht nur als gemeinsame supranationale Administration ansehen. Die EU ist zu einem gemeinsam geteilten Raum der Freiheit, des Rechts, der Demokratie und der Kultur geworden. Das historische Fundament Europas liegt in einer die Bürger verbindenden, historisch über Jahrhunderte gewachsenen Kunst und Kultur. Hier liegt die Seele Europas, von der Jacques Delors gesprochen hat. Europaweite Ausstellungen, musikalische Vorführungen oder Museumsverbände sind Ausdruck kultureller Gemeinsamkeiten - einer Einheit in Vielfalt. Auch die Kür zur jeweiligen „Kulturhauptstadt Europas“ hat neue Energien freigesetzt.

Für die produktive Ausgestal-

tung einer solchen Ordnungspolitik von Kunst und Kultur muss man jetzt die Bestandsaufnahme und konkreten Vorschläge der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ abwarten. Aber unabhängig davon geht es um den Beitrag zur Reform Deutschlands: Kunst und Kultur sichern mit die mentalen Voraussetzungen, die zur Erneuerung Deutschlands von hoher Bedeutung sind: Selbst- und Mitverantwortung, eigenständige Urteilskraft, intrinsische Motivation, Mut zu Neuem, Wertebewusstsein und kulturelle Offenheit. Es gehört zu den fatalen Fehlern der rot-grünen Bundesregierung, dass sie nicht nur ein klares Konzept, sondern auch eine Politik der Mentalitäten als Voraussetzung für Reformen vermissen ließ. Weil Kunst und Kultur geistige Fähigkeiten und Einstellungen für gesellschaftliche Teilhabe und Reformbereitschaft unterstützt, muss Kulturpolitik breit angelegt sein. Als Querschnittsaufgabe muss sie nicht nur die Förderung der Künste und Kultureinrichtungen umfassen, sondern sich auch auf Bildung, Wissenschaften, Familie, Kommunen und die vielfältigen Formen der aktiven Bürgergesellschaft beziehen. Umbrüche bieten große Chancen.

Wie in der Wirtschaft können wir auch in der Kultur zu einer zweiten Gründerzeit kommen. Das bedeutet größere Veränderungsbereitschaft, mehr Kreativität für unkonventionelle Lösungen und vor allem erhebliche Anstrengungen materieller und nichtmaterieller Art.

Aber mit diesen Anstrengungen kommen wir voran - in den Worten Bertolt Brechts:

*Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand*

*Daß ein gutes Deutschland
blühe*

Wie ein andres gutes Land.

Das ist das Ziel - und zu diesem können Kunst und Kultur einen zentralen Beitrag erbringen.

Was will die Union in der Kultur?

Ein Gespräch mit dem Kulturpolitiker Norbert Lammert (Berliner Zeitung vom 3. Juni 2005; s. auch Interview mit Norbert Lammert in der FAS vom 29. Mai 2005; Kölner Stadtanzeiger, 21. Juni 2005)

Herr Lammert, wird es unter Angela Merkel einen Kulturstaatsminister geben, ein Amt, wie es Gerhard Schröder 1998 eingeführt hat?

Ganz sicher wird es eine auch personell und institutionell herausgehobene Verantwortung für Kultur geben. Ob sie präzise der jetzigen Konstruktion entspricht oder ob die Zuständigkeiten modifiziert werden, ist noch nicht entschieden.

Plädierten Sie nicht schon vor Jahren für ein Bundesministerium für Kultur oder für Kultur und Wissenschaft?

Da bin ich nicht dogmatisch, es geht um Zweckmäßigkeit. Ein Eifer für diese oder jene Konstruktion ist eigentlich unnötig. Allerdings hielt ich es immer für



ein bedauerliches Versäumnis der letzten Unions-Regierungszeit, dass wir die kontinuierlich ausgeweiteten Aufgaben des Bundes im Bereich der Kulturpolitik so unkenntlich verwaltet haben.

Die Länder haben schwere Geschütze aufgefahren in der Akademie-Frage, in der Föderalismus-Debatte überhaupt, so als würden sie jede Form von Bundeskulturpolitik verhindern wollen.

Ich habe den Eindruck, dass sich der Streit zwischen Bund und Ländern inzwischen beruhigt hat. Er dürfte wegen der Frage, ob es sich um ein Bundesministerium handelt oder um eine herausgehobene Position im Kanzleramt, auch nicht neu entfacht werden. Würden sich der Bund wie die Länder wieder stärker um ihre jeweils originären Aufgaben in der Kulturpolitik kümmern, wäre das erspriesslicher als der fruchtlose Streit um abstrakte Zuständigkeiten.

Aber um Zuständigkeit geht es gerade. Welchen Zuschnitt braucht ein Bundeskulturamt? Wofür ist es verantwortlich? Wofür die Länder? Wo ist Gemeinsamkeit zwingend?

Die Situation ist ja kurios: Während der Bund unter besonders kritischer Beobachtung der Länder seine Kultur-Zuständigkeit in erstaunlichem Maß ausweitete, schränkte er sie selber und grundlos dort ein, wo diese völlig unstrittig ist - in der auswärtigen Kulturpolitik. Hier wird man sicher neu justieren müssen.

Sie würden auswärtige und na-

tionale Kulturpolitik in einem Ressort bündeln?

Das habe ich nicht gesagt, doch weise ich auf die Notwendigkeit angemessener Proportionen hin. Zu den Kuriositäten gehört doch auch, dass sich die Kulturstiftung der Länder um die Sicherung von nationalen Kulturgütern kümmert, was eigentlich eine klassische Aufgabe des Bundes wäre, während sich die Kulturstiftung des Bundes wesentlich um die Förderung der zeitgenössischen Kunst kümmert, eine typische Aufgabe der Länder und Kommunen. Auffällig ist ferner, dass der Bund eine überragende Rolle in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz übernehmen konnte, ein Feld, das ihm die Länder recht kampflos überlassen haben.

Begrüßen Sie das Engagement in der Berliner Kulturpolitik?

Ich habe immer dafür plädiert, dass der Kulturstaat Deutschland gerade in der Hauptstadt erkennbar sein muss. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung des Bundes. Doch es fehlt bis heute an konzeptioneller Klarheit. Berlin hat nach der Wiedervereinigung eine seriöse Eröffnungsbilanz versäumt. Sie hätte ergeben, dass das Land sicher keine drei Opernhäuser unterhalten kann. Seitdem schiebt es die Opernfrage mit einer Mischung aus Hartnäckigkeit und Verzweiflung vor sich her. Beim bislang letzten Versuch des Bundes, bei der Lösung der Berliner Probleme durch die Idee der Opernstiftung zu helfen, übernahm der Bund eine Reihe weiterer Berliner Einrichtungen. Das Ziel der Operation aber,

eine Stabilisierung der Opernszene, wurde wieder nicht erreicht.

Sie hätten es vorgezogen, dass der Bund die Berliner Mitte übernimmt, auch das Konzerthaus und die Staatsoper in die Stiftung Preußischer Kulturbesitz eingliederte.

Die Staatsoper war nie eine städtische Gründung, das Land mit drei Häusern immer überfordert. Berlin hätte heute ein gewaltiges Problem weniger.

Das beste am Hauptstadtkulturvertrag ist seine Befristung, bemerkten Sie vor drei Jahren. Jetzt gilt er unbefristet, lediglich beim Hauptstadtkulturfonds könnte sich noch Spielraum ergeben.

Dass sich der Bund an herausragenden Kulturereignissen beteiligt, ist vernünftig. Aber der Bund fördert auch Berliner Aktivitäten, die mit Bundeszuständigkeit beim besten Willen nichts zu tun haben, die in jeder anderen deutschen Stadt stattfinden, ohne dass jemand auf die Idee käme, dafür Bundesmittel zu reklamieren.

Die SPD hat das Kulturamt geschaffen, den Kulturausschuss, die Enquete-Kommission zur Kultur-Bestandsaufnahme. Was bleibt für die CDU? Gibt es Reformbedarf?

Wir brauchen mindestens so sehr verlässliche Rahmenbedingungen wie pausenlose Reformanstrengungen. Im übrigen gibt es keinen Bereich, der so veränderungsfreudig und innovationsträchtig ist wie der von Kunst und Kultur, der Reformeifer der Politik sollte



sich hier in Grenzen halten.

Worauf müssen sich sozial ohnehin schlecht abgesicherte Künstler künftig einstellen? Die Künstlersozialkasse ist in Bedrängnis geraten, auch, weil die rot-grüne Koalition den Bundesanteil gesenkt hat.

Was damals gegen unsere dringende Empfehlung geschah. Das sollte korrigiert werden. Wobei wir nicht bestreiten, dass es durchaus Konsolidierungsbedarf in der Künstlersozialversicherung gibt. Aber der kann nicht auf so „billige“ Weise gelöst werden, dass der Bund seinen Anteil senkt. Die Überstrapazierung der Kasse hat sich aus einer Explosion der Mitgliederzahlen ergeben, die möglicherweise nicht nur aus der Vermehrung von Künstlern resultiert. Da muss neu sortiert werden. Aber die Künstlersozialversicherung steht keinesfalls zur Disposition.

Nun konnten wir also doch noch einen kleinen Dissens zwischen der Kulturpolitik von SPD und CDU ausgraben. Ansonsten betrachten Sie ja die derzeitige Bundeskulturpolitik mit viel Wohlwollen.

Es gehört zu meinen erfreulichen Erfahrungen, dass das Maß an Übereinstimmung zwischen den Parteien in allen prinzipiellen Fragen der Kulturpolitik deutlich ausgeprägter ist als die Meinungsverschiedenheiten. Wir streiten nicht über Richtungsfragen, sondern über Zweckmäßigkeit. Kultur ist eine besonders empfindliche Pflanze, die eine behutsame Behandlung braucht.

Kann Kultur im Wahlkampf überhaupt eine Rolle spielen?

Ich zweifle nicht, dass die Bewältigung der Arbeitslosigkeit und die Wiederherstellung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit den meisten Menschen derzeit mehr Sorgen machen als die Justierung von Bund-Länder-Fragen.

Sie sind für viele der aussichtsreichste Kandidat als Kulturminister. Haben Sie das in Ihrer Lebensplanung berücksichtigt? Nein.

Auch als künftiger Bundestagspräsident werden Sie gehandelt.

Ich habe in 25 Parlamentsjahren so unterschiedliche Aufgaben in Regierung und Parlament wahrgenommen, dass ich mir abgewöhnt habe, mögliche Ämter zum Gegenstand meiner Lebensplanung zu machen.

Alles nur Theater? Wie sich Politik inszeniert

(Dr. Norbert Lammert, MdB, Rede vor der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg am 12. Februar 2005)

Es ist relativ schwierig, sich darauf zu einigen, was denn Theater sei. Denn Theater ist keineswegs nur Stadttheater. Also, wenn ein betrunkenener Ehemann nach Hause kommt und die Haustür einschlägt, und die Ehefrau einen riesigen Zirkus veranstaltet und sagt: was hast du denn bloß angerichtet, dann sagt er: hör doch auf mit dem Theater um so eine Kleinigkeit. Peter Stein.

Die Schwierigkeiten des Themas beginnen schon mit dem Begriff, wie Peter Stein in einem Vortrag im mecklenburgischen Staatstheater in Schwerin aus Anlaß der 158. Zusammenkunft des Bremer Tabak-Kollegiums am 28. September 2004 verdeutlichte: „Theater ist etwas, was wir alle machen können. Wir alle stehen auf der Bühne, das ganze Leben, diese ganze Welt ist eine Bühne“. Der bedeutende deutsche Regisseur bestätigt damit einen Befund, der zwei Jahre zuvor noch hohes Aufsehen erregt und beachtliche Wellen der Empörung erzeugt hatte, als der saarländische Ministerpräsident Peter Müller in einem Vortrag im Staatstheater Saarbrücken am 24. März 2002 die Inszenierung von Politik am konkreten Beispiel der kurz zuvor stattgefundenen Ereignisse im Bundesrat bestätigt hatte: „Ist Politik Theater? Antwort: Ja! Politik ist Theater. Das ist gut, solange das politische Theater ein Beitrag dazu ist, Aufmerksamkeit zu erreichen für die vertretenen Inhalte und für die vertretenen Konzepte. Es ist schlecht, wenn dadurch von den vertretenen Inhalten und den Konzepten abgelenkt werden soll. Ohne Theater werden sie keine erfolgreiche Politik in dieser Gesellschaft gestalten können“. Der exemplarische Vorgang und seine Wahrnehmung lassen ein doppeltes Problem erkennen: zum einen die Vermutung, daß Politik und Theater miteinander zu tun haben, zum anderen die Erwartung, das eine müsse sich vom anderen deutlich unterscheiden. Ich will über Zusammenhänge und Unterschiede einige Beob-



achtungen und Bewertungen formulieren, die weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Allgemeingültigkeit erheben.

1. Politik hat mit Theater, Theater mit Politik zu tun – manchmal subtil, manchmal substantiell, subversiv oder rituell, gelegentlich anspruchsvoll, manchmal platt. Prinzipiell sind Politik und Theater zwei grundsätzlich unterschiedliche Formen der kreativen Auseinandersetzung mit individuellen und sozialen Herausforderungen und Problemen: Politik mit den Mitteln der Macht, Theater mit den Mitteln der Kunst – zwei extrem unterschiedliche, verfeindete und zugleich benachbarte Substanzen, deren Spannungsverhältnis der dichtende Staatsminister Goethe in seinem „Torquato Tasso“ besonders eindrucksvoll auf die Theaterbühne gebracht hat.

2. Theater erschöpft sich nicht in seiner politischen Funktion, die es auch hat, die Politik nicht in ihren Riten und Inszenierungen, die sie auch braucht: Politische Absichten allein legitimieren das Theater ebenso wenig wie theatralische Inszenierungen die Politik.

3. Die typische, klassische Wirkung des Theaters ist die große Emotion, der Denkanstoß, die Reflexion, manchmal die Verbindung des einen mit dem anderen. Die typische Wirkung der Politik ist das Gesetz, die Verordnung, die verbindliche Entscheidung – nicht zuletzt über die Erhebung von Steuern und

deren Verwendung für Straßenbau, Landesverteidigung, Schulen oder Theater. „Jede Art von Stetigkeit ist eigentlich dem Theater zuwider. Das Theater besteht darin, daß Menschen mit bestimmten Texten im Mund in einem Raum-Zeit-Koordinatensystem handeln, allerdings nach einem bestimmten Plan und ohne schwerwiegende Konsequenzen... eigentlich für einen Abend gemacht“ (Peter Stein). Politik ist weder für den Tag gemacht noch für den Abend, sondern mit dem Anspruch der Geltung bis auf weiteres, gelegentlich für künftige Generationen.

4. Theater und Politik sind aufeinander angewiesen: Theater materiell, Politik kulturell. Die faktische Abhängigkeit des Theaters von politischen Entscheidungen über den Einsatz von Steuermitteln ist in Deutschland ausgeprägter als irgendwo sonst. 150 Stadt- und Staatstheater erhalten jährlich über 2 Mrd. Euro aus öffentlichen Haushalten, die über 80 Prozent ihrer Gesamtausgaben bestreiten.

5. Die Neigung zur Inszenierung mit der Verwechslung von Verpackung und Inhalt ist eine gemeinsame Versuchung von Politik und Theater. Nicht nur für Parteitage, Wahlkampf-Kundgebungen, „Krönungsmessen für Spitzenkandidaten“ gilt diese Beobachtung, sondern auch für manche Theaterproduktion, die weder den Anspruch einer „moralischen Anstalt“ (Friedrich Schiller) noch einer „Denkwerkstatt“ (Berthold Brecht), sondern vor allem sich selbst genügt. „Der Regisseur wurde

immer wichtiger, der Regisseur selbst erklärte sich zum Autor. Da er aber zu blöd ist, ein Stück selbst zu schreiben, benutzt er bestehende Stücke und montiert die in irgendeiner Weise zusammen, so wie es ihm gerade sein mehr oder weniger ausgeprägter Genius eingibt“ (Peter Stein).

6. Politik und Theater sind jeweils auf Ihre Weise Anstrengungen zur Konfrontation der Wirklichkeit mit ihren Möglichkeiten. Für Carl Hegemann, den Dramaturgen der Berliner Volksbühne, sind „Kunst und Politik beides Produktionen von Illusionen, an die man glaubt“ („Die Theatralisierung der Politik oder die Chance des Scheiterns“). Wenn dies denn die Gemeinsamkeit von Politik und Theater wäre, was ich nicht glaube, markiert diese vermeintliche Gemeinsamkeit zugleich auch den entscheidenden Unterschied: Politik scheitert an eigenen Illusionen am Ende immer, die Kunst lebt von ihnen. Sie muß sich jedenfalls nicht um eine Umsetzung eingebildeter oder tatsächlicher Möglichkeiten in Wirklichkeit bemühen. Dies nämlich ist Aufgabe der Politik, nicht der Kunst.

Nationales Gedächtnis und Kultur der Erinnerung: Geschichtliche Orientierung und staatliche Verantwortung

(Dr. Norbert Lammert, MdB, 31. März 2005)

„Deutschland hat einerseits Angst vor dem Neuen, und andererseits ist es völlig ge-



schichtlos. Das Gestern hat in Deutschland keine Anwälte, nicht erst seit Hitler. Die Deutschen haben sich stets in irgendwelche Zukünfte hineingeträumt, aber die sind ihnen durch den Zusammenbruch der Ideologien und Utopien genommen. Jetzt leben sie nur noch in der Gegenwart. Und das Bezeichnende ist, keine der Parteien hat ein realistisches, zur Wirklichkeit taugendes Konzept.“ Joachim Fest.

Jede Nation hat ihre eigene Geschichte. Die Art und Weise, wie sie damit umgeht, verdeutlicht ihr Selbstverständnis. Deutschland ist ein Land mit einer schwierigen Geschichte. Aufstiege und Abstürze, Kontinuitäten und Brüche begünstigen eine weithin selektive Wahrnehmung, die häufig durch das Bedürfnis nach Distanz noch mehr geprägt ist als durch den Wunsch nach Identifikation. „Die Deutschen wissen ja gar nicht, wie gut sie es haben“, vergleicht die österreichische Autorin Eva Menasse die Befindlichkeiten der beiden Nachbarländer 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges: „Daß ihnen jegliche kollektiven Glücksgefühle seit 1945 ausgetrieben wurden, hat sie über Jahrzehnte zum manierlichsten, reflektiertesten und selbstkritischsten Volk Europas gemacht“. Leider gelinge es den Deutschen nicht einmal, darauf stolz zu sein. (in: „Cicero“, März 2005) Es gibt kein staatliches Handeln ohne historischen Kontext.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in ihrem Selbstverständnis und in ihrer weltweiten

Wahrnehmung geprägt durch eine jahrhundertealte Nationalgeschichte Deutschlands, die 1945 weder begonnen hat noch zu Ende war. Die Gegenwart besonders geprägt haben das Scheitern der ersten Demokratie sowie die beiden Diktaturen im 20. Jahrhundert. Verantwortliches politisches Handeln kann diese unmittelbare Vergangenheit nicht ausblenden, darf ihre Orientierung und ihre Perspektiven aber nicht darauf reduzieren. Zum Bewußtsein und zur Auseinandersetzung mit der ganzen deutschen Geschichte müssen neben der Politik auch Wissenschaft und Kunst beitragen, die ihrerseits wesentlich die Kulturnation Deutschland ausmachen. Deutschland ist ganz sicher nicht geschichtlos, und auch der Vorwurf, es fehle an Anwälten zur Bewahrung der Erinnerung, ist unbegründet, jedenfalls übertrieben. Die Neigung, durch Gedenktage, Festakte und Denkmale an bedeutende Persönlichkeiten und Ereignisse zu erinnern, ist in Deutschland mindestens so ausgeprägt wie anderswo.

Auf das „Kant-Jahr“ 2004 folgt das „Schiller-Jahr“ 2005, das zugleich ein „Einstein-Jahr“ ist, dem sich dann unverzüglich das „Mozart-Jahr“ 2006 anschließen wird. Dabei geht es nie um die Zufälligkeit eines Datums, auch nicht um die Würdigung herausragender Philosophen und Wissenschaftler, Dichter und Komponisten, sondern in der Regel um die Bedeutung einer Persönlichkeit oder eines Ereignisses für die Gegenwart oder die Entwicklung zwischen damals und heute.

Besonders geprägt wird das Gedenkjahr 2005 durch den 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, dessen politische Bedeutung zwischen Vergangenheit und Zukunft zu Recht von den staatlichen Institutionen wie von den Medien in auffälliger Weise wahrgenommen wird – wie übrigens vor zehn und vor 20 Jahren auch. Die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Deutschen Bundestag 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein herausragendes Beispiel nicht nur für das demonstrative Aufgreifen solcher Anlässe durch Regierungen und Parlamente zur politischen Kommunikation mit einer interessierten nationalen und internationalen Öffentlichkeit, sondern auch für die Interpretationswirkung, die damit verbunden sein kann.

Die Würdigung des 8. Mai 1945 durch das Staatsoberhaupt als Tag der Befreiung war ebenso umstritten wie nachhaltig. Für Millionen Menschen war das Ende des Krieges mit der Kapitulation Deutschlands die Grundlage neuer Hoffnung und Zuversicht, für viele andere war damit neues Leid und neues Unrecht durch Flucht und Vertreibung verbunden. Was vor zwanzig Jahren vielen als Provokation erschien, ist inzwischen fast zur verbindlichen Lehrmeinung geworden, wie der gemeinsame Aufruf zum 8. Mai dieses Jahres von allen maßgeblichen politischen und religiösen Organisationen des demokratischen Deutschland belegt. Abweichende Auffassungen bleiben erlaubt, gelten aber als rechtfertigungs-



bedürftig oder werden als politisch unkorrekt abgewiesen. Gedenktage und Gedenkjahre sind immer auch eine Chance zur Reflexion, zur Identitätsprüfung und Identitätsfindung, wobei der Staat und seine Institutionen weder ein Informationsmonopol noch eine Deutungshoheit für sich beanspruchen dürfen. Das nationale Gedächtnis läßt sich weder amtlich formulieren noch durch eine Behörde regeln.

Gleichwohl sind Erinnern und Gedenken nicht nur Privatsache, sondern auch eine öffentliche Angelegenheit. Wie sehr das eine mit dem anderen zusammenhängt und wie schwer gelegentlich allein der angemessene Umgang mit Persönlichkeiten fällt, die sowohl unter den Bedingungen einer Diktatur als später auch für die freiheitliche deutsche Demokratie in Diensten des Staates standen, zeigt die zu Recht umstrittene Änderung der Gedenkpraxis des Auswärtigen Amtes, wonach allein die frühere Parteizugehörigkeit zur NSDAP ein „ehrendes Andenken“ verdienter Diplomaten der Bundesrepublik Deutschland ausschließt: mit der eigenen Biographie geht die Amtsleitung großzügiger um. Kollektive Erinnerung ist mehr als die Summe persönlicher Erlebnisse, überlieferter Erzählungen, aber auch staatlich und gesellschaftlich organisierter Auseinandersetzung mit bedeutenden Ereignissen und Erfahrungen. Das nationale Gedächtnis sollte auf historischen Fakten beruhen und mit wissenschaftlicher Fundierung Geschichtsklitterungen, Legendenbildungen, unzulässige Ver-

kürzungen und Vereinfachungen verhindern. Deshalb muß in einem demokratischen Gemeinwesen das staatliche Erinnern und Gedenken politische Konkurrenz in der Würdigung historischer Ereignisse sowie die mißbräuchliche Funktionalisierung des Erinnerns vermeiden und zugleich unterschiedliche Wahrnehmungen vor allem Betroffener ertragen sowie den Pluralismus unabhängiger wissenschaftlicher Analysen und publizistischer Auseinandersetzungen ermöglichen. Erinnern und Gedenken umfaßt immer und zwangsläufig negative wie positive geschichtliche Ereignisse und damit verbundene Erfahrungen einer Nation. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Freiheits- und Widerstandstraditionen und damit verbundener Ereignisse ist nicht nur für einen ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar, sondern auch konstitutiv für das Selbstverständnis der Nation und ihre demokratische Traditionsbildung.

Dazu gehören ganz gewiß die „Weiße Rose“ und der 20. Juli 1944, der 17. Juni 1953 und die friedliche Revolution von 1989/90, aber auch zeitlich weiter zurückliegende Freiheits- und Widerstandserfahrungen: von der Erringung der mittelalterlichen Städtefreiheiten, der Reformation und den Bauernkriegen über die Stein-Hardenberg'schen Reformen, die Befreiungskriege gegen Napoleon, den Vormärz und die Revolution 1848, die Gründung des deutschen Nationalstaates 1871 bis zur Novemberrevolution 1918 und der ersten parlamentarischen Demo-

kratie nach der Weimarer Nationalversammlung. Die Bundesrepublik Deutschland trägt das Erbe zweier Diktaturen, die eben nicht die ganze deutsche Geschichte ausmachen, sondern nur verständlich werden in der Auseinandersetzung mit den Ereignissen, Bedingungen und Zusammenhängen ihrer Vorgeschichte. Die Geschichte der DDR ist wie die NS-Geschichte Teil der deutschen Nationalgeschichte und nicht lediglich ein ostdeutsches Ereignis. „Die NS-Verbrechen dürfen durch die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus nicht relativiert werden. Die stalinistischen Verbrechen dürfen durch den Hinweis auf die NS-Verbrechen nicht bagatellisiert werden.“ (Schlußbericht der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ v. 10.6.1998, BT-Ds. 13/1100, S. 240). Der Respekt vor den Opfern verbietet eine Aufrechnung von Leiderfahrungen wie eine Hierarchisierung totalitärer Gewalt. Damit tut sich Deutschland schwer – wie andere Länder auch.

Nach Auffassung des ungarischen Historikers Krisztián Ungváry „fehlt bisher in Deutschland wie in Osteuropa eine Kultur, die es uns ermöglicht, über Opfer und Täter ohne Verdächtigungen zu sprechen. Die deutschen Debatten der letzten Jahre zeigen jedoch, daß es für die deutsche Gesellschaft ein zentrales Problem darstellt, eine Sprache zu finden, die Trauer über die eigenen Opfer ermöglicht. Diese Trauer kann nicht



allein den Betroffenen überlassen werden, sie muß Teil der nationalen Erinnerungskultur werden“. Noch immer sucht Deutschland nach einer angemessenen Form des notwendigen Gedenkens an die Erfahrung des Bombenkriegs, die Geschichte der Vertreibung und den Verlust der Heimat Millionen Deutscher jenseits von Oder-Neiße. „Die Erinnerungskultur ist eine der großen moralischen, politischen und gesellschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland. Zu ihr zählt die fortgesetzte Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur – aber auch die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Bewußtseins wie der rechtsstaatlich-demokratischen Kultur in den Einzelstaaten, zu denen unverzichtbare Menschenrechte gehören: Sie müssen für alle gelten und deshalb muß auch an alle erinnert werden, die zu Opfern des ideologischen Fanatismus, aber auch der technisch unbegrenzten Zerstörungswut des 20. Jahrhunderts wurden.

Diese Erinnerungsarbeit kann keiner Nation abgenommen werden, die Deutschen haben die schmerzliche Erfahrung gemacht, sich dauerhaft und kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzen zu müssen, dies war die Voraussetzung für den demokratischen Neuanfang nach 1945 und bleibt auch in Zukunft die fundamentale politische Ethik.“ (Horst Möller, Institut für Zeitgeschichte, 26.1.2005) Die Entscheidung des deutschen Bundestages vom 25. Juni 1999, mitten in der alten und neuen Hauptstadt Ber-

lin ein Mahnmal für die ermordeten Juden Europas zu errichten und damit eine bürgerschaftliche Initiative aufzugreifen und umzusetzen, verdeutlicht die Wahrnehmung dieser Herausforderung als Verantwortung des Staates wie der Gesellschaft. Ob mit dem zweifellos gut gemeinten Versuch der besonderen Würdigung einzelner Opfergruppen durch je eigene Mahnmale das Bewußtsein von der Universalität der Menschenrechte geschärft worden ist, bleibt allerdings fraglich. Eher scheinen das Problem einer Segmentierung des Gedenkens und die immanente Gefahr einer Relativierung von Leid und Trauer gewachsen. Nicht von ungefähr gab es um die richtige Widmung in dem exzeptionellen Fall des Denkmals für die ermordeten Juden Europas einen notwendigen Streit, auch im Deutschen Bundestag. Der erfolglose Alternativantrag, das Mahnmal den ermordeten Juden Europas und allen Opfern nationalsozialistischer Terrorherrschaft zu widmen, hätte nicht nur die Serie der Nachfolgemahnmale, sondern auch die Serie der Peinlichkeiten erspart, die sich mit deren Errichtung nun verbinden. Die in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte und von staatlichen wie gesellschaftlichen Institutionen getragene Erinnerungs- und Gedenkkultur zur NS-Zeit ist in vergleichbarer Form für die Zeit der sowjetischen Besatzung und der nachfolgenden SED-Herrschaft weder in Ost- noch in Westdeutschland erreicht. Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur muß ebenso fest im öffentlichen Bewußtsein ver-

ankert und staatlich gefördert werden wie die der nationalsozialistischen Diktatur. Die öffentliche Förderung von Gedenkstätten muß sich am antitotalitären Grundkonsens orientieren und für die authentischen Orte, Denkmale, Museen und Forschungsstätten beider Diktaturen gelten. Beide totalitäre Systeme mit ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden haben gesamtstaatliche Bedeutung, beide gehören zur kollektiven Erinnerung aller Deutschen.

Um das kollektive Gedächtnis der jüngeren Geschichte über die Zeit der Erlebnisgeneration hinaus zu sichern und gegenüber jeder politischen Instrumentalisierung zu schützen, bedarf staatlich organisierte Erinnerungskultur der Ergänzung durch bürgerschaftliches Engagement (Fördervereine, Stiftungen, Geschichtswerkstätten etc.), das durch professionelle Wissenschaft und durch eine bloß symbolische Politik weder verdrängt werden darf noch ersetzt werden kann. Gedenkstätten, ob sie Terror und Leid, insbesondere an authentischen Orten des Geschehens, oder Freiheits- und Widerstandereignisse verdeutlichen, müssen von wissenschaftlicher Forschung sowie entsprechender Bildungsarbeit begleitet werden, die den Kontext des Ortes erläutert, ihn in den größeren historischen Zusammenhang einordnet und somit sowohl vor unzulässiger Verallgemeinerung als auch Verabsolutierung schützt.

Diese Bildungsarbeit und die Förderung von Wissenschaft und Forschung sind vor allem



Aufgabe von Ländern und Kommunen – eine Aufgabe, die zuerst einmal Geld kostet. In dieser Zeit knapper Kassen hat die aktuelle Diskussion um die richtige Prioritätensetzung unter den Fachleuten zu der Frage geführt, ob nicht der Aufwand für Gedenkstätten, Mahnmale und damit verbundene Einrichtungen inzwischen in einem unverhältnismäßigen Maße höher sei als die finanzielle Ausstattung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die mit vergleichsweise sehr bescheidenen Mitteln für Personal, Literatur und Recherche auszukommen haben. Diese Frage ist berechtigt, denn die Quellen fundierter öffentlicher Erörterung historischer Ereignisse sind eben die Universitäten und Forschungseinrichtungen. Besser als die wissenschaftliche Kreativität von Forschung und Lehre können Gedenkstätten mit ihrem Informationsstand nicht sein; das eine kann das andere nicht ersetzen, vernachlässigt werden dürfen beide nicht.

2005 – ein Jahr des Gedenkens in Deutschland und Europa: Vor 2000 Jahren stieß das römische Weltreich bis zur Elbmündung vor. Vor 1200 Jahren erließ Kaiser Karl der Große eine Hofordnung, die beispielgebend für das ganze europäische Mittelalter wurde. Vor 850 Jahren wurde Barbarossa in Rom zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gekrönt. Vor 600 Jahren schlossen sich 17 schwäbische Reichsstädte zum Marbacher Bund zusammen, um ihre Freiheiten vor königlichem Zugriff zu schützen. Vor 550

Jahren wurde die erste Gutenberg-Bibel gedruckt. Vor 500 Jahren wurde Martin Luther Augustinermönch. Vor 450 Jahren endeten die Glaubenskriege der Reformationszeit mit dem Augsburger Religionsfrieden. Vor 250 Jahren ist das erste deutsche bürgerliche Trauerspiel erschienen, Lessings Tragödie „Miß Sara Sampson“. Vor 190 Jahren wurde Deutschland zum Deutschen Bund mit dem Bundestag in Frankfurt neu geordnet.

Diese willkürliche Chronologie könnte ohne Schwierigkeiten weiter komplettiert und verlängert werden, denn jedem „runden“ Jahr unserer Geschichte ließe sich eine besondere Bedeutung beimessen, will man unserer Nation als einer Kulturnation erinnern und gedenken. Dagegen steht eine Traditionsignoranz und Indifferenz gegenüber unserer Nationalkultur, wie sie uns der Schweizer Autor Adolf Muschg, der amtierende Präsident der Berliner Akademie der Künste, vorhält: „Neben den achtbaren Gründen, die Selbstachtung nach außen klein zu halten, gibt es auch weniger ansehnliche. Hitler und das Dritte Reich haben leider den nachhaltigen Erfolg gehabt, daß nicht nur die vorausgegangene deutsche Geschichte rückwirkend hinter dem Grandguignol der NS-Zeit aus dem Bewußtsein (und aus dem Lehrstoff) verschwindet, sondern auch das deutsche Kulturangebot an die Welt, das epochal zu nennen ein Understatement ist.“ (in: „WELT“ vom 20.12.2004).

Vielleicht muß man Schweizer

sein, um formulieren zu dürfen: „Ich schäme mich der Indifferenz, mit welcher Deutsche ihren spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation behandeln. Für seine Anerkennung wäre eine Rehabilitation der nationalen Spezialität nötig, die inzwischen von Selbstgratulation weit genug entfernt sein dürfte.“ Nein, besonders selbstbewußt ist das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte nicht, ganz unbefangen kann es wohl auch nicht sein. Aber unser nationales Gedächtnis gründet tiefer und unsere Kultur der Erinnerung bleibt wichtiger, als vielen bewußt und manchen lieb sein mag.

Wir denken selbst Die CDU und die Intellektuellen.

*Eine Replik auf Jens Jessen
von Dr. Norbert Lammert
(Zeit 26/2005)*

Dass die Union Probleme mit den Intellektuellen und Künstlern habe, diese jedenfalls mit ihr, gehört seit Jahrzehnten zu den scheinbar gesicherten Erkenntnissen der inneren Verfassung dieser Republik – ähnlich stabil wie die Gewissheit, dass die Arbeitnehmer sich von der SPD am besten vertreten fühlen. Die zweite Vermutung ist zuletzt immer stärkeren Zweifeln ausgesetzt, umso hartnäckiger wird die andere Behauptung verteidigt.

„Nehmen wir einmal an, die Unionsparteien stellten nach der Wahl die Regierung. Wie wäre das Verhältnis der Politik zur Kultur?“, fragt Jens Jessen (Wer



denkt für die CDU?, ZEIT Nr. 23/05). Seine Antwort verbindet richtige Beobachtungen mit vorläufigen Schlussfolgerungen. Tatsächlich kann man sich kaum vorstellen, dass Schriftsteller „spontane Aufrufe zur Unterstützung der CDU oder gar CSU unterzeichneten“. Ludwig Erhards Beschimpfung kritischer Autoren als „Pinscher“ hatte verheerende Wirkungen, nicht zuletzt die selbstverständliche Erwartung, dass solche despektierlichen Bemerkungen zwar Künstlern gegenüber Politikern jederzeit erlaubt sein müssen, nicht aber umgekehrt Politikern gegenüber Künstlern. Tatsächlich gibt es „keine CDU-Schriftsteller“, die sich wie Günter Grass oder Peter Rühmkorf immer wieder gerne (?) für die SPD ins Zeug legen und in Wahlkämpfen von ihr in Anspruch nehmen lassen. Aber ist diese Vereinnahmung der Kulturszene für SPD-Wahlkampfzwecke, angeführt von Klaus Staeck oder Johanno Strasser, nicht genau jene Instrumentalisierung, die nicht nur die ZEIT zu Recht verurteilt?

Tatsächlich sind die Literaturpreisträger der Konrad-Adenauer-Stiftung „parteilich auffällig“. Aber ist es nicht Ausweis politischer Souveränität und eines nicht instrumentellen Kulturverständnisses, wenn sich die Auswahl von Autoren für den auch deshalb inzwischen renommierten Literaturpreis eben nicht am Maßstab ihrer CDU-Nähe, sondern allein ihres künstlerischen Niveaus orientiert? Die richtige Beobachtung spricht also weder gegen die Schriftsteller noch gegen die Stiftung. Und wieso taugt sie dann als Nach-

weis der Kulturferne der Union, mindestens aber der CDU-Ferne der Dichter und Denker? Tatsächlich gibt es von Sarah Kirsch bis Wulf Kirsten, von Hilde Domin über Walter Kempowski, Thomas Hürlimann bis Herta Müller gewiss keine Parteiennähe, wohl aber ein geistiges Band, das mit den Stichworten Erinnerungskultur, Diktaturerfahrung, Antitotalitarismus und Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung beschrieben werden kann.

Allen anders lautenden Befürchtungen oder Hoffnungen zum Trotz gibt es eine eindrucksvolle Reihe von Künstlern und Intellektuellen im Inland wie im Ausland, die sich im Umfeld der Union oder der ihr nahestehenden Stiftung, aber weder in ihrem Namen noch in ihrem Auftrag, mit den Herausforderungen unserer Zeit auseinandersetzen.

Würde es für das Wahlverhalten von Intellektuellen und Künstlern ähnlich seriöse Analysen geben wie für Jungwähler, Arbeitnehmer, Frauen oder ältere Menschen, würde sich möglicherweise eine ganz andere Parteienpräferenz ergeben, als sie gemeinhin vermutet, jedenfalls regelmäßig behauptet wird. Die wenigsten Künstler und Intellektuellen sind konservativ – selbst diejenigen unter ihnen, die es tatsächlich sind, würden sich schwerlich so charakterisiert sehen wollen, aber erstaunlich viele fühlen sich bei unionsgeführten Landesregierungen durchaus gut aufgehoben: von Bayern im Süden bis Hamburg im Norden und demnächst bei einer Bundesregierung unter Führung von

Angela Merkel nicht schlechter als bei Gerhard Schröder und ähnlich gut wie unter Helmut Kohl. Als Michael Naumann, der erste Kulturbeauftragte einer Bundesregierung mit Ministertitel, wenn auch ohne eigenes Ressort, der Kohl-Regierung nachrief, sie habe eine „kulturpolitische Sahelzone“ hinterlassen, hatte diese gerade in ihrer Amtszeit die Kulturausgaben des Bundes von zunächst weniger als 400 Millionen auf zuletzt rund 1,3 Milliarden D-Mark gesteigert, die seitdem sehr viel auffälliger verwaltet werden, nach einer weiteren Steigerung auf umgerechnet 1,9 Mrd. D-Mark nun aber leider seit Jahren stagnieren und in der auswärtigen Kulturpolitik sogar faktisch gesunken sind.

Das Interesse der Kanzler an Kunst und Kultur war durchaus unterschiedlich, aber zumeist begrenzt. Der gegenteilige Eindruck, den sie selbst gerne erzeugten, entsprach nicht immer der Wirklichkeit. Hilmar Hoffmann, eine der großen Figuren unter den Kulturpolitikern der SPD, der alle Kanzler, und ganz besonders die letzten, persönlich gut kannte, weiß in seiner Autobiografie Erstaunliches darüber zu berichten.

Unter Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl hat die Union die Bundesrepublik Deutschland im Westen und seiner demokratischen politischen Kultur verankert, auf eine soziale Marktwirtschaft verpflichtet, in der europäischen Gemeinschaft neu aufgestellt und die deutsche Einheit vollendet. Wäre die CDU auf diesem Weg



den mal mehr, mal weniger deutlich artikulierten Empfehlungen der intellektuellen Bedenkenträger gefolgt, sähe das Land heute anders, aber nicht besser aus. In der Frage der deutschen Einheit war Günter Grass ein Apologet des Stillstands, von der Vernünftigkeit des Status quo, dem historischen Sinn und der Notwendigkeit der deutschen Teilung zutiefst überzeugt: gegen „ein Selbstbestimmungsrecht, das anderen Völkern zusteht, spricht Auschwitz“, begründete er sein politisch wie moralisch gewaltiges Urteil (ZEIT Nr. 9/90). Damit mag er Oskar Lafontaine beeindruckt haben, Helmut Kohl glücklicherweise nicht. Der Sozialdemokrat Richard Schröder, der im Unterschied zu Grass über konkrete Erfahrungen mit der DDR verfügt, attestiert dem „SPD-Schriftsteller“ kurz und bündig: „Der Mann leidet an konfuser Gespensterfurcht.“ Der Nobelpreisträger sei ein bedeutender Geschichtenerzähler, der sich zu Unrecht auch für einen großen

Geschichtsdeuter halte. „Grass interessiert sich nicht wirklich für uns. Er instrumentalisiert uns bloß für den Gestus des gnadenlosen Richters.“ (ZEIT Nr. 20/05).

Gerade wegen der intellektuellen Versuchungen zum virtuellen Umgang mit der Wirklichkeit ist die von Jens Jessen beschriebene, historisch begründete traditionelle „Skepsis gegenüber Theorien und Utopien, ein nüchterner Pragmatismus und Humanismus, der schon weiß, dass sich der alte Adam nicht in den Neuen Menschen verwandeln lässt“, kein übles Merkmal des politischen Konservatismus und keine schlechte Grundlage konservativer Politik. Dazu gehört nicht zuletzt der Respekt vor der Autonomie der Kunst, der jede politische Vereinnahmung ausschließt, schon gar den „leninistischen Wunsch nach Kulturschaffenden, die das Land fit machen für eine neue ökonomische Politik“ (Jessen).

Ob die SPD tatsächlich ein „eigenes Kulturmilieu“ hat, mö-

gen andere entscheiden. Die CDU hat es jedenfalls nicht und muss sich dafür auch gewiss nicht entschuldigen.

Wir denken selbst. In der Regel zumindest. Nicht immer gründlich genug, nicht immer überzeugend, aber mit dem bescheidenen Mut, sich des eigenen Verstandes zu bedienen und nicht andere aus Bequemlichkeit oder geborgter Autorität für eigene Absichten in Anspruch zu nehmen. Und wenn bei Neuwahlen, vorzeitigen oder regulären, tatsächlich die Regierungsverantwortung wechseln sollte, dann werden weder die Arbeitnehmer noch die Intellektuellen dies ausdrücklich begrüßen, aber beide bedeutenden Wählergruppen werden gewiss dazu beigetragen haben.

Information:

Dr. Norbert Lammert, MdB,
Vizepräsident des Deutschen
Bundestages,
Vorsitzender des „Gesprächskreises
Kultur“ der CDU,
Tel. (030) 227-77 02 8
e-mail: norbert.lammert@bundestag.de*



Grundsatzpapier der CDU-NRW zur Kulturpolitik Für einen kulturellen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen

A. Grundsätze der Neuorientierung

I.

Die Verfassung unseres Landes lebt von Voraussetzungen, die sie nicht selbst schafft. Sie sind entweder in unserer Kultur verankert, oder es gibt sie nicht mehr. In Zeiten des Umbruchs greift diese Einsicht heute wieder um sich. Das stimmt zuversichtlich. Es ist eine Wiederkehr des Verdrängten, die alle Unterstützung verdient. Gibt es gültige Werte, die deshalb allgemeine Anerkennung verdienen, oder gibt es sie nicht? Gibt es verbindliche, mit Argumenten begründbare Maßstäbe zur Unterscheidung richtigen und falschen Lebens, oder gibt es sie nicht? Dies sind einheitsstiftende Grundfragen der europäischen Kultur. Es geht um die Rückgewinnung unserer Kultur mit ihren nicht dem Belieben anheimgestellten dealen der gewissenhaften Freiheit, des Rechts, der Vernunft, der Menschenwürde. Es gibt Werte, die allgemeine Anerkennung verlangen.

Im Mittelpunkt der abendländischen Kultur, die spannungsvoll gespeist ist aus ihrer christlich-jüdischen Quelle, ihrer griechisch-römischen Quelle und dem Befreiungsakt der Aufklärung, steht der Gedanke eines Fortschrittes der Geistigkeit des Menschen als eines Fortschrittes der Humanität. Die Kultivierung der Geistigkeit des Menschen: Das waren seine Fortschritte auf dem Weg zu einem angemesse-

nen Selbst- und Weltverständnis, seine Fortschritte in der Moralität, seine Fortschritte in der Bildung der eigenen Person, seine Fortschritte in der Nutzbarmachung der Natur, seine Fortschritte in der Zivilität, Sozialität und Gerechtigkeit.

Die Fortschritte in der Geistigkeit des Menschen wurden in der europäischen Geschichte teuer erkauft. Es gab Niederlagen, Rückschritte und immer wieder eine Renaissance. Es gab Rückfälle in die Barbarei. Der größte war die Nazi- Barbarei mit ihrem menschenverachtenden Nihilismus und mörderischem Zynismus. Aber es gab ein kulturelles Gedächtnis, in dem aufbewahrt war, was nicht preisgegeben werden darf, wenn das Projekt der europäischen Kultur Kraft und Wirksamkeit behalten soll. Aufbewahrt in diesem kulturellen Gedächtnis ist die Überzeugung des Christentums und des Judentums, des Humanismus und der Aufklärung, durch gewissenhafte Freiheit, Solidarität und wissenschaftlichen Geist einer humanen Gesellschaft den Boden zu bereiten und den Menschen die technischen und zivilisatorischen Mittel zur Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle an die Hand zu geben. Der Verzicht auf den kritischen Anspruch, Richtiges von Falschem zu scheiden und Werte zu begründen sowie die Annahme, alles kulturelle „Orientierungswissen“ sei prinzipiell

gleichgültig, sind die Grundpositionen, mit denen die sogenannte „Postmoderne“ die Axt an die Wurzeln der europäischen Kultur gelegt hat. Der Impetus war aufklärerisch und humanistisch; insoweit steht die Postmoderne in der Tradition dieser Kultur. Das Ergebnis ist jedoch ein Pyrrhussieg. Wer bestreitet, dass zwischen Wahrem und Falschem, zwischen Gut und Böse, zwischen Bedeutendem und Belanglosem mit Argumenten unterschieden werden kann, erklärt das Beliebige zur unvermeidbaren Normalität. Diese Einstellung findet ihren Ausdruck in den postmodernen Devisen „Erlaubt ist, was gefällt“ oder „anything goes“. Die Postmoderne hat vergessen, dass unsere historisch gewachsene Kultur sich wichtig nehmen muss. Die Postmoderne brüskiert das Bedürfnis der Menschen nach Sinn, indem sie den Kampf um eine richtige Antwort kurzerhand für sinnlos erklärt.

Das hat politische Folgen. Wer im Sinne solcher Postmoderne denkt, nimmt Abschied von einer Politik, die sich normativen Ansprüchen verpflichtet fühlt. Das ist der tiefere Grund für das Fehlen politischer Zukunftsentwürfe. Deshalb ist die Rede vom „Ende der Utopie“, von der „Impllosion der Zukunft“. Mit einem im Kern technokratischen Politikverständnis, das keine Wertpräferenzen mehr riskiert,



ist keine Zukunft zu machen. Wenn uns die Rückgewinnung unserer Kultur nicht gelingt, wächst die Gefahr, dass in fernerer Zukunft die Wogen von Irrationalismus, Fundamentalismus und Fanatismus die Humanität unter sich begraben und mit ihr die soziale Demokratie, die der politische Ausdruck des christlichen Fundamentes Europas ist. Das geschieht nicht zwangsläufig, sondern nur, weil wir selbst bequem geworden sind und das Ringen um unsere Kultur aufgegeben haben. Unsere durch die Antike, durch die christlich-jüdische und die aufklärerische Tradition und nicht zuletzt durch die Ideale der französischen Revolution geformte Kultur ist ein Bollwerk gegen Dogmatismus, Fanatismus und Fundamentalismus in jeglicher Erscheinungsform. Aufklärung und christlicher Humanismus sind ein kostbares Erbe der Menschheit.

II.

Eine demokratische Kulturpolitik, die sich der kennerschaftlichen und wertenden Anteilnahme an der Kultur, die sie fördern will, grundsätzlich enthält, ist falsch. Diese Enthaltensamkeit ist selbst Ausdruck postmoderner Beliebigkeit. Das heißt selbstverständlich nicht, dass Politiker zu Kunstrichtern werden sollen. Aber es heißt, dass demokratische Politik die Angewiesenheit der Menschen auf Kultur und Kunst anerkennen und die Beratungen und Entscheidungen der Expertengremien mit gleicher Leidenschaft begleiten soll wie die Details unserer Sozial-

staatlichkeit. Und selbstverständlich muss die Kulturpolitik das Neue, das Experiment, das Suchende fördern, auch wenn es sie selbst und ihren Kulturbegriff in Frage stellt. Je wichtiger die eigene historisch gewachsene Kultur genommen wird, desto fruchtbarer und förderlicher wird der Austausch mit Neuem und Anderem. Die Frage, ob der Staat die Kultur braucht, ist entschieden mit „Ja“ zu beantworten.

Schließlich sind wir alle darin einig, ein Kulturstaat zu sein, wenn auch unscharf bleibt, was das heißt. Die weitaus interessantere und für die Kulturpolitik entscheidende Frage, der in unserem Land heute gerne ausgewichen wird, ist eine andere: Braucht dieser Staat, nämlich unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat, diese Kultur, nämlich diese europäische Kultur der Geistigkeit, der Aufklärung und Humanität? Die Antwort ist: Ja. Dieser Staat muss ein höchstes Interesse an der Lebendigkeit der Kultur haben, in der er sein Fundament hat. Deutsche und europäische Identität gibt es nicht ohne diese Kultur. Ihre konstitutiven Elemente in allen Bereichen zu pflegen, zu erhalten und – auch auf dem Wege ihrer intellektuellen und künstlerischen Infragestellung – weiter zu entwickeln, muss für die Politik Priorität haben. Die Selbstbeschränkung der Politik, sich aus den Inhalten der Kultur herauszuhalten, ist grundsätzlich richtig. Sie wird dann falsch, wenn sich die staatliche Kulturpolitik nicht mehr als Sachwalter unserer eigenen Kultur ver-

steht und wenn sie der Qualitätsfrage ausweicht. Der Staat entscheidet in Kunst und Kultur nicht über richtig oder falsch, bedeutend oder unbedeutend. Der Staat dirigiert nicht in den Konzerthäusern, malt nicht in den Künstlerateliers der Akademien, entwirft keine Gebäude. Aber er soll ein eindeutiges Bekenntnis zu unserer Kultur ablegen und Strukturen erhalten oder schaffen, die ihrem hohen Qualitätsanspruch Rechnung tragen und ihrer Pflege und Fortentwicklung dienen. Er soll den angemessenen Rahmen setzen für eine erweiterte und vertiefende künstlerische und kulturelle Bildung an den Schulen, Hochschulen und Akademien. Er soll den Qualitätsmaßstäben bei der Gestaltung von Landschaften, Stadträumen und Gebäuden besondere Aufmerksamkeit widmen. Er soll dafür Sorge tragen, dass Kulturdenkmäler, Archive, Bibliotheken, Museen und alle Orte der lebendigen Kunstausbübung wie auch des geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Erinnerens als wesentliche Fundamente einer lebenswerten Zukunft gepflegt werden.

Der Staat wird dazu mit umso größerem Erfolg beitragen, je besser es gelingt, die Bürger zur Übernahme einer größeren Verantwortung für Kultur zu bewegen. Dazu müssen Freiräume und Anreize geschaffen werden. Jeder einzelne soll sich, seinen Möglichkeiten und Interessen entsprechend, zu kultureller Verantwortung ermuntert sehen. Wir brauchen mehr Beispiele des kulturellen bürgerschaftlichen Engagements, nicht um zu sparen, sondern um die Kenntnis,



die Vielfalt und Lebendigkeit und die Pflege unserer Kultur in der Gesellschaft und bei den Menschen besser zu verankern.

III.

Die qualitative Neuausrichtung der Kulturpolitik muss sich vor allem auf fünf Bereiche konzentrieren: Die Schulen, die Hochschulen, den öffentlichen Raum, die öffentlichen Kultureinrichtungen und die freie Szene. Schulen Die qualitative Neuausrichtung der Kulturpolitik betrifft zuallererst den Bildungsbereich. Die für die Kenntnis und die Lebendigkeit unserer Kultur wichtigen Inhalte müssen in der Form eines neuen Bildungskanons wieder Eingang in den Schulunterricht finden. Die Auseinandersetzung mit zentralen künstlerischen, literarischen, geschichtlichen, religiösen und wissenschaftlichen Zeugnissen, Leistungen und Ereignissen unserer Kultur muss verbindlich werden.

Die Wahlmöglichkeit zwischen Musik und Kunst ist falsch. Beides muss Pflichtfach sein. In der Reform der Lehrerbildung muss gewährleistet sein, dass die Kenntnis der fachlichen Inhalte und die Auseinandersetzung mit ihnen das Niveau wissenschaftlicher Hochschulen behält und nicht zugunsten der für erforderlich gehaltenen Didaktisierung nach unten nivelliert wird. Die Fähigkeit von Lehrerinnen und Lehrern, Schüler für eine Sache zu begeistern, kommt aus der Kenntnis dieser Sache und dem Enthusiasmus für sie.

Unsere Kultur hat große Kunstwerke hervorgebracht. Die Beschäftigung und die Auseinandersetzung mit ihnen sind Königswege zum Verständnis unserer Kultur. Beides verlangt allerdings ästhetische Bildung und Urteilskraft. Die ästhetische Bildung ist in einem katastrophalen Ausmaß verloren gegangen. Sie muss wieder Teil der Allgemeinbildung werden. Der künstlerisch-musische Unterricht an den Schulen muss gestärkt werden mit dem Ziel der Bildung ästhetischer und kunstgeschichtlicher Urteilskraft und der Einübung künstlerischer Fertigkeiten. Künstler (Musiker, Schriftsteller, bildende Künstler, Architekten, Schauspieler und Regisseure) sind in die Gestaltung des Unterrichts einzubeziehen. Dafür sind unbürokratische Modelle der Vertragsgestaltung und Bezahlung zu entwickeln.

Hochschulen

Die Hochschulen sind Kultureinrichtungen par excellence. Sie brauchen mehr Freiheit und Autonomie. Das kulturelle Gedächtnis Europas hat seinen ausgezeichneten Ort in den Universitäten. Sachwalter der Kultur sind in besonderem Maße die Geisteswissenschaften. Sie müssen ihren Beitrag für ein angemessenes Selbst- und Weltverständnis des Menschen selbstbewusst leisten und hervorheben. Sie werden das nur können, wenn sie auch die an sie gerichtete Erwartung der argumentativen Erarbeitung von Orientierungswissen wieder ernst nehmen.

Der Staat muss gewährleisten,

dass die erforderlichen Hochschulreformen nicht zur Schwächung der Geisteswissenschaften führen, die im Wettbewerb um Drittmittel nicht mit den Naturwissenschaften und den technischen Disziplinen konkurrieren können. Eine neue, an Qualität ausgerichtete Kulturpolitik misst den Geisteswissenschaften eine höhere Bedeutung zu als der jetzige Verwaltungsstaat, der den Wert von Hochschulen faktisch am Verhältnis des finanziellen Inputs zum Output von qualifizierten Arbeitskräften misst.

Eine herausragende Rolle bei der Entwicklung von Künstlerpersönlichkeiten spielen die Kunst- und Musikhochschulen. Sie sind eigenständige Einrichtungen, die nicht dem sonst geltenden Hochschulgesetz unterliegen. Damit wird den besonderen Anforderungen an Freiheit und Unabhängigkeit Rechnung getragen. Im Mittelpunkt steht die Reifung der Künstlerpersönlichkeit, die wesentlich davon abhängt, dass sich das Verhältnis von Lehrer und Schüler völlig unabhängig von staatlichen Reglementierungen entwickeln kann. Die Kunstförderung im Rahmen einer neuen Kulturpolitik wird diese Eigenständigkeit der Kunsthochschulen respektieren und stärken, damit Kunst auch in Zukunft auf höchstem Niveau gelingen kann. Für Nordrhein-Westfalen heißt das konkret: Das Kunsthochschulgesetz darf nicht in das erforderliche neue Hochschulgesetz integriert werden.

Öffentlicher Raum

Wir brauchen eine Wiederbelebung der Architektur und Stadt-



baukunst. Um wieder einen Begriff davon zu bekommen, dass Architektur Kunst ist, sind die Anschauung und das Studium historisch gewachsener Stadtbilder hilfreich: Sie werden ohne Probleme als harmonisch und „schön“ empfunden. Unsere modernen Stadtbilder beweisen dagegen häufig, dass unser Schönheitsbegriff in eine Krise geraten ist und wir nicht mehr in der Lage sind, ein ästhetisch befriedigendes Stadtbild zu entwickeln. In fast allen Epochen unserer Kulturgeschichte standen bei der Gestaltung von Bauwerken die Gesetze der Schönheit im Vordergrund. Heute werden sie häufig zugunsten von Funktionalität und Rentabilität zur Seite geschoben. Wir benötigen daher eine Intensivierung des Dialogs über Ästhetik und Stadtbaukunst zwischen Architekten, Stadtplanern, Investoren, Denkmalschützern, Bauindustrie, Bauverwaltung und Bürgern zur Weiterentwicklung unserer Baukultur.

Denn das Bild unserer Städte ist das öffentlichste Bild vom Zustand unseres kulturellen Niveaus.

Öffentliche Kultureinrichtungen

Die qualitative Neuausrichtung der Kulturpolitik betrifft in besonderer Weise den Bereich der klassischen Kulturförderung: Theater, Konzertsäle, Opernhäuser, Museen und Bibliotheken sind öffentliche Einrichtungen unseres kulturellen Lebens. Der Reichtum, den sie darstellen und erzeugen, ist nicht in ökonomischen Kategorien messbar. Ihre

Erhaltung darf nur sehr begrenzt von ökonomischer Profitabilität abhängen.

Die öffentlichen Kultureinrichtungen werden immer auf Zuwendungen angewiesen sein. Der Staat muss ein hohes Interesse an den öffentlichen Kultureinrichtungen, an ihrem Erhalt, ihrer organisatorischen Effizienz und ihrer Fortentwicklung haben. Er muss ein hohes Interesse daran haben, dass diese Kultureinrichtungen ein breites Publikum erreichen und es zu einer lebendigen Auseinandersetzung mit unserer Kultur animieren, gegebenenfalls auch provozieren.

Freie Szene

Das Land Nordrhein-Westfalen besitzt eine vielfältige und lebendige freie Szene. Hierzu gehören nicht nur die von gemeinnützigen Vereinen und GmbHs getragenen Kulturinstitute und soziokulturellen Zentren, sondern auch die zahlreichen kulturellen Vereine und Gruppen – und nicht zuletzt jeder freiberuflich tätige Künstler und jeder künstlerisch aktive Laie. Hier kann und sollte sich das Land nicht überall finanziell beteiligen. Aber das Land kann und muss mehr als bisher zur Profilierung und Professionalisierung der freien Szene beitragen.

IV.

Die Kulturförderung ist keine Aufgabe, die der Freiwilligkeit und damit dem Belieben der öffentlichen Hand anheim gestellt sein darf. Sie kann nicht nach Kassenlage zur Disposition ste-

hen. Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass diese Pflicht erfüllt wird. Angesichts der Notlage der öffentlichen Haushalte ist davon auszugehen, dass der Staat allein aus eigenen Mitteln dieser Aufgabe nicht dauerhaft und verlässlich genügen kann. Deshalb trägt er Verantwortung für die Entwicklung von Finanzierungs- und Trägermodellen mit privater Beteiligung. Die Bürger müssen sich zu kulturellem Engagement durch Anreize und durch Wertschätzung ermuntert fühlen. Die Verantwortung von Unternehmen für das Gemeinwesen muss sich noch stärker als bisher auch in der Förderung von Kunst und Kultur beweisen. Es muss gewährleistet sein, dass die Kultureinrichtungen nicht dem Belieben mehr oder weniger kulturnaher oder kulturferner Beamten oder Politiker ausgeliefert bleiben. Zu den Möglichkeiten, die konkret genutzt werden müssen, gehört zum Beispiel die weitere Stärkung des kulturellen Angebots der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch die Berücksichtigung dieses Angebotes bei der Festsetzung der Rundfunkgebühren.

Wir brauchen stiftungs- und steuerrechtliche Regelungen, die es für Unternehmen und Privatpersonen wirklich attraktiv machen, in Kultureinrichtungen zu investieren. Das Einkommenssteuergesetz (§10b) zieht nach wie vor viel zu enge Grenzen bei der steuerlichen Begünstigung von bürgerschaftlichem Engagement in den Bereichen der Kunst und Kultur. Bürgerschaftliches Engagement braucht gerade an



diesen Stellen die entscheidenden Anreize.

V.

Kunst ist die Sphäre der schöpferisch-freien Betrachtung und Gestaltung. Sie braucht Freiheit, und sie schafft Freiheit. Kunst, zumal moderne Kunst, ist zu meist Ausdruck eines radikalen Gebrauchs von Freiheit und eines Willens zur Form, der mit hergebrachten Sichtweisen, Gewohnheiten und Erwartungen bricht. Kunst provoziert, „mischt auf“, stößt an und ist manchmal anstößig. Aber ohne Kunst, ohne die Liebe zu ihr und ohne das Verlangen nach ihr, ist die Humanitätsidee der europäischen Kultur in der Vergangenheit so wenig vorstellbar wie in der Zukunft.

Die Kunstförderung im Rahmen von Kulturpolitik darf auf Qualitätsmaßstäbe nicht verzichten. Die Entgrenzung des Kunstbegriffs in dem Sinn, dass alles als Kunst anzuerkennen wäre, was vorgibt, Kunst zu sein, ist ein Verzicht auf Qualitätsmaßstäbe. Die staatliche Kunstförderung im Rahmen von Kulturpolitik muss für Bedingungen Sorge tragen, unter denen Kunst gelingen kann. Das kann sie nur mittelbar. Sie muss auf die Expertise von Künstlern und Kunstverständigen vertrauen und in diesem Vertrauen Maßnahmen fördern, die zur Bildung von Künstlerpersönlichkeiten und zum Gelingen von Kunst geeignet erscheinen. Wichtig ist vor allem, dass Künstlern Zeit gegeben wird. Auf zu kurzfristige und undifferenzierte Gießkannenförderung muss verzich-

tet werden. Der Wettbewerb von Künstlern muss gefördert werden durch Preise und Festivals.

Die Ruhr- Triennale präsentiert Kunst und Kultur auf Spitzenniveau. Sie hat – neben einigen anderen Festivals – der Metropolregion an der Ruhr die internationale Aufmerksamkeit gebracht, die sie verdient. Diese Spitzenförderung muss sein. Aber die Förderung in die Breite darf dafür umso weniger vernachlässigt werden. Nur aus der Breite wachsen Spitzenleistungen hervor. Dort, wo sich nach kunstverständlichem Urteil künstlerische Qualität entwickelt, muss für angemessen lange Zeiträume verlässlich und kalkulierbar gefördert werden, wozu neue Modelle der Kunstförderung zu entwickeln sind. Dazu zählt die Mehrjährigkeit der Förderung ebenso wie die Möglichkeit zur Übertragung von Fördermitteln, aber auch die Wahl eigenständiger Rechts- und Organisationsformen mit dem Ziel der Effizienzsteigerung. Es geht darum, die Künstler selbst zu stützen und zu fördern. Das muss auch das Ziel von Investitionen in Strukturen sein. Strukturförderung ist kein Selbstzweck. An die Stelle der staatlich organisierten Kulturbürokratie müssen Strukturen der Teamarbeit und der Organisation in Netzwerken zwischen Bürgern, Städten und Gemeinden, Freier Szene, Kirchen, Medien und Kunsthochschulen treten.

Die staatliche Kulturpolitik muss sich als Initiator und Dialogpartner solcher Netzwerke begreifen und nicht als oberste Regulierungsbehörde.

B. Kunst- und Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen liegt in der Mitte Europas. Es ist ein Herzland der globalen Industriekultur der Gegenwart und zugleich ein Schatzhaus des alten Europa. Es gibt in der Welt nur wenige so dichte und reiche Kulturlandschaften wie Nordrhein-Westfalen. Selbst mit Ballungszentren wie Los Angeles, San Francisco, New York, London oder Paris kann Nordrhein-Westfalen mithalten, ganz zu schweigen von Berlin. Unser Land ist unermesslich reich an Zeugnissen und Denkmälern der europäischen Kultur- und Kunstgeschichte; auch an Zeugnissen und Denkmälern von Weltgeltung. Es verfügt über eine lebendige Gegenwartskultur in seinen Regionen und Städten. Die Menschen Nordrhein-Westfalens wollen diesen Reichtum wahren und mehren. Die Kulturpolitik des Landes muss diesem Willen Rechnung tragen. Sie tut es zur Zeit nicht in angemessener Weise. Das ist nicht zuletzt an den Ausgaben des Landes für Kultur zu erkennen: Es waren 2003 im deutschen Ländervergleich die mit Abstand niedrigsten (14,64 Euro pro Kopf bei einem Länderdurchschnitt von 41,84 Euro). Die nordrhein-westfälische Kulturpolitik muss deshalb in wesentlichen Hinsichten neu mit Leben erfüllt und neu strukturiert werden. Sonst droht dem Land, seinen Regionen und den Menschen der Verlust eines wichtigen Teils ihrer Identität, nämlich einer lebendigen Kunst und Kultur, der nicht hingenom-



men werden kann. Wissenschaft, Literatur, Musik, Bildende Kunst, Architektur, die neuen und alten Ausdrucksformen des Geistes entwickeln sich nur, wenn die Politik ihnen den Freiheitsraum schafft und erhält, den sie jeweils brauchen. Deshalb braucht eine künftige Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen folgende Schwerpunkte:

1) Der Kulturhaushalt des Landes ist mittelfristig zu verdoppeln. Angesichts seiner derzeitigen Geringfügigkeit (0,2 – 0,3 % des Haushalts) ist dies weniger eine Frage der Finanzmittel als eine solche der richtigen Prioritätensetzung.

2) Oberste Priorität muss der Substanzerhalt unserer kulturellen Infrastruktur haben: Es geht nicht länger an, dass wir in unseren Theatern, Museen, Archiven und sonstigen Kultureinrichtungen wie beim Tanz auf der Titanic ein Event an das andere reihen, während die Gebäude, Magazine und darin befindliche Kulturschätze sprichwörtlich zugrunde gehen.

3) Insbesondere für die freien Theater müssen bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. Dazu gehört: Die Übertragbarkeit öffentlicher Mittel in Folgejahre bzw. längerfristige Mittelzuweisungen müssen ebenso gewährleistet werden wie die arbeitsrechtliche Möglichkeit für Schauspielerinnen und Schauspieler zur Selbständigkeit.

4) Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Medien, großer öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunkanstalten, der Filmwirtschaft, der Verlage und anderer Medienunternehmen.

Auch die Medien sind Träger der kulturellen Bildung. Daher muss die Politik den Medienstandort NRW besonders auch unter qualitativen Gesichtspunkten fördern und stärken. Die Medien müssen sich im Gegenzug darauf besinnen, dass sie einen Großteil ihrer Ressourcen einschließlich ihrer Mitarbeiter-schaft aus Kunst und Kultur erzielen. Daher müssen sie Kunst und Kultur mehr als bisher fördern.

5) Kultur ist selbstverständlicher Bestandteil von Bildung – und umgekehrt. Kulturelle Bildung vom Kindes- bis zum Seniorenalter muss daher Vorrang haben. Aufgabe eines jeden Kulturinstituts und der in der Kultur Beschäftigten muss es sein, die ästhetische und kulturhistorische Bildung von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren zu fördern. Künstlerinnen und Künstlern aller Sparten ist zu ermöglichen, in alle Schulen – und keineswegs nur in solche mit musischen Schwerpunkten – zu gehen, um Kinder und Jugendliche ästhetisch zu bilden und für Kreativität zu begeistern. Hierfür ist durch die Kultursekretariate oder andere Institutionen ein systematisches Fortbildungsprogramm für Künstler aufzubauen.

6) Die im schulischen Bereich ohnehin längst überfällige Begabtenförderung ist auch auf die Förderung musischer Begabungen auszuweiten. In den Schulen muss mehr Musik- und Kunstunterricht stattfinden. Dazu brauchen wir gut ausgebildete Lehrer, vor allem im Grundschulbereich.

7) Kultur, Wissenschaft und

Wirtschaft gehören zusammen und können sich gegenseitig befruchten. Die nordrhein-westfälische Akademie der Wissenschaften ist daher um die Sparten Kunst und Wirtschaft zu einer Akademie für Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft zu erweitern und zu interdisziplinärer Zusammenarbeit zu animieren. Die bedeutendsten Köpfe aus Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft Nordrhein-Westfalens sollen hier ihren Ort haben, um gemeinsam interessierende Fragen zu behandeln und die Landesregierung zu beraten.

8) Regierung und Parlament müssen sich wieder auf die Tradition des Mäzenatentums besinnen: Der Kauf von Kunst und die Vergabe von Auftragsarbeiten sind nach wie vor die beste Künstlerförderung. Die diesbezüglichen Mittel des Landes sind auf ein geradezu lächerliches Maß zusammengeschumpft.

9) Das Land Nordrhein-Westfalen muss sich mehr als bisher mit den Städten zusammentun, um Kulturinstitute und -ereignisse von internationalem Rang hervorzubringen. Im Veranstaltungsbereich bietet sich hierfür eine verstärkte Zusammenarbeit mit den beiden Kultursekretariaten an, in denen viele kulturell aktive Kommunen des Landes bereits kooperieren. Die Kultursekretariate sind daher durch das Land zu stärken.

10) Die freie Szene ist durch eine Bündelung und Neuausrichtung der zahlreichen vom Land geförderten Büros und Verbände zu stärken und insbesondere in die kulturelle Bildung einzubeziehen. Auch Laienmusik und Laientheater verdienen hierbei hö-



here Aufmerksamkeit als ihnen bisher zukommt.

11) Die kommunalen Bibliotheken müssen besser und zielgerichteter gefördert werden: Die Zusammenarbeit zwischen Bibliotheken muss verstärkt werden, die Mitarbeiter vor allem kleinerer Bibliotheken brauchen mehr Fortbildungsangebote, die Bibliotheksversorgung in ländlichen Gebieten und in vergleichsweise kulturfernen Stadtteilen muss sichergestellt sein. Kleine Kommunen müssen gezielt gefördert werden.

12) Die regionale Kulturförderung muss neu organisiert werden: Die partielle Künstlichkeit der bisherigen Regionsgrenzen muss überwunden werden zugunsten der gewachsenen regionalen Identitäten. Die bestehenden Doppelstrukturen der Bezirksregierungen und Landschaftsverbände auch für die Kunst- und Kulturförderung müssen im Zuge der anstehenden Verwaltungsreform einer klaren Verantwortlichkeit der drei Regionen Westfalen-Lippe, Ruhrgebiet und Rheinland weichen.

13) Durch Initiative oder Unterstützung des Landes sind in allen Bereichen der Kultur Partnerschaftsmodelle zwischen öffentlichen und privaten Trägern zu entwickeln, um privates, insbesondere auch ehrenamtliches Engagement von Bürgern und Unternehmen zu fördern, ohne dass sich dabei die öffentlichen Hände aus der Förderung zurückziehen. Dies gilt für Institutionen der freien Szene genauso wie für die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen.

Instrumente dafür sind Rechtsformen wie Stiftungen, Gemeinnützige GmbHs oder eingetragene Vereine. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden oder Stiftungen muss durch eine Gesetzesinitiative des Landes deutlich verbessert werden.

Information:

*Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, MdL,
Kulturpolitischer Sprecher der
CDU-Landtagsfraktion NRW,
e-mail:
thomas.sternberg@landtag.nrw.de*

Kreativität und Wirtschaft zu einem Konzept verbinden: 'Creative Industries' als Standortfaktor im digitalen Zeitalter

*von Steffen Kampeter, MdB,
Vorsitzender des Dialogforums
Musikwirtschaft der CDU
Deutschlands; Beitrag für die
Zeitschrift „Musikforum“ des
Deutschen Musikrats*

Beinahe täglich lesen wir in der Zeitung von Unternehmenspleiten, von Stellenabbau und geringen Wachstumsaussichten. Gerade die traditionellen deutschen Industrien sind davon betroffen. Die Automobilindustrie, die Baubranche, die Chemische Industrie - alle klagen sie über zunehmend schlechtere wirtschaftliche Bedingungen und verlagern Arbeitsplätze ins Ausland. Deutschland ist als Produktionsstandort zu teuer. Um die Auswirkungen der Globalisierung abzufangen, muss Deutschland reagieren, indem es neue Beschäftigungsmöglichkeiten schafft. Dazu muss sich die Wirtschaft, aber auch die Wirtschaftspolitik, neu

ausrichten. Wandel durch Wissen heißt das Stichwort. Die Entstehung einer Wissensgesellschaft ist das Ziel.

Neben dem (zu teuer gewordenen) Produktionsfaktor Arbeit und neben dem (oft zu knapp vorhandenen) Produktionsfaktor Kapital wird in der Wissensgesellschaft ein weiterer Produktionsfaktor enorm an Bedeutung gewinnen:

Kreativität. Kreativität ist die entscheidende Ressource der Zukunft. Sie spielt eine wesentliche Rolle bei der Erstellung von Produkten und Dienstleistungen. Kreativität und Wirtschaft gewinnbringend zu verknüpfen muss eines der vorrangigen Ziele sein. Anstatt als 'brotlos' zu gelten, sollte Kunst im weitesten Sinne ihren Anteil zur Wertschöpfung beitragen. Die Zukunft der Kultur wird nicht im Ausbau von Subventionsbereichen liegen. Vielmehr muss es eine belastbare Aufgabenteilung zwischen kreativwirtschaftlich organisierten, sich selbst tragenden Bereichen und staatlich finanzierter Kultur geben. Dem gibt das Modell der Kreativwirtschaft recht, denn es stützt sich auf drei, zum Teil ineinandergreifende, Säulen: den privatwirtschaftlichen Bereich, den gemeinnützigen Bereich und den öffentlichen Bereich. Bereits seit längerem hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass Kunst und Kultur nicht der Maxime l'art pour l'art genügen müssen. Ausgehend vom bereits in den 80er Jahren in Großbritannien geprägten Begriff der 'Cultural Industries' wird der von manchen wahrgenommene,



angeblich unvereinbare Gegensatz von Kunst und Kultur und wirtschaftlichem Handeln aufgelöst.

Das Mitte der 90er Jahre geprägte Konzept der Kreativwirtschaft reicht noch weiter. Unter die sogenannten ‚Creative Industries‘ fallen sehr heterogene Wirtschaftszweige. Sie reichen von Software bis Film, von Literatur bis Werbung, von Mode bis Musik. Allen ist jedoch eines gemeinsam: Kreativität stellt einen wesentlichen Input für die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen dar. Es geht vor allem um Content. Es geht um Wertschöpfung und Arbeitsplatzschaffung durch die Kreation und Verwertung von geistigem Eigentum. Gerade in der Musikwirtschaft ist das Zusammenwirken von Kreativität und erfolversprechenden Geschäftsmodellen besonders gut sichtbar. Egal, ob es sich um Downloadplattformen oder Klingeltöne handelt, um Webradios oder Konzertveranstalter – Ausgangspunkt ist immer die Komposition, also die kreative Leistung. Diese Leistung ist als geistiges Eigentum schützenswert, denn sie bildet die Grundlage für ein erfolgreiches Geschäft. Das Output kreativer Köpfe und daraus entstehendes geistiges Eigentum ist in der Wissensgesellschaft wesentlicher Rohstoff, Standortfaktor und dynamische Wachstumsquelle. Digitaler Diebstahl erfolgt lautlos und hat im privaten Bereich leider den Charakter des Kavaliersdelikts angenommen.

Die Musik- und Filmwirtschaft haben das wirtschaftliche Desa-

ster, das aus illegaler digitaler Vervielfältigung entstehen kann, am eigenen Leib erfahren. Dabei ist neben den direkten wirtschaftlichen Folgen vor allem der Verlust an kreativem Angebot – z.B. durch Auflösung von Künstlerverträgen in der Musikwirtschaft – zu beklagen. Diese Erfahrungen zeigen, dass das Urheberrecht das Marktordnungsinstrument der Zukunft sein wird und ein ausreichender Schutz von geistigem Eigentum in der Wissensgesellschaft unverzichtbar ist. Die ‚Creative Industries‘ müssen stärker als bisher in wirtschaftspolitische Überlegungen einbezogen und gefördert werden. Einige Länder haben das bereits erkannt und machen es uns vor: Großbritannien befasst sich schon lange mit den Möglichkeiten der ‚Creative Industries‘. In Österreich ist die Kreativwirtschaft ein fester Begriff. Ein bundesweiter Kreativwirtschaftsbericht und die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft „creativ wirtschaft austria“ bei der österreichischen Wirtschaftskammer belegen das große Potenzial, das man diesem Wirtschaftszweig zutraut.

Auch die EU hat bereits die Beschäftigungseffekte erkannt, die von der Kreativwirtschaft ausgehen können. Musterbeispiele für den Standort Deutschland, wo erst die Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen das Potenzial der Kreativwirtschaft erkannt haben. Bei der Bundesregierung jedoch ist das Konzept der ‚Creative Industries‘ noch nicht angekommen. Zumindest trifft es dort bis dato nicht auf offene Ohren. Dabei ist der Bund

angesichts von 5 Millionen Arbeitslosen gefordert, innovativ zu denken. Sonntagsreden von der Wissensgesellschaft als aussichtsreiches Zukunftsmodell müssen durch Taten unterstützt werden. Kultur bzw. Kreativität und Wirtschaft sind stärker miteinander zu vernetzen, damit Synergien entstehen können. Die Enquête Kommission des Deutschen Bundestags, Kultur in Deutschland, hat bei ihrer Arbeit die Chance, nicht nur einen Überblick über die Situation von Kultur und Kulturschaffenden in diesem Land zu geben, sondern auch konkrete Vorschläge unterbreiten, wie Kultur und Wirtschaft im Sinne der ‚Creative Industries‘ besser vernetzt werden können. Basis einer erfolgreichen Kreativwirtschaft ist trotz aller notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen allerdings immer noch die Kreativität des einzelnen. Daher reicht ein wirtschaftspolitisches allein Umdenken nicht aus. Auch im Bereich Bildung muss wieder mehr Wert auf die Entdeckung und Entwicklung von Kreativität gelegt werden. Kreatives Potential sollte so früh wie möglich gefördert werden. Die Ausschreibung verschiedenster Wettbewerbe, in denen besondere kreative Talente die Möglichkeit erhalten, sich zu entfalten, kann dazu beitragen, die Besten ihres Faches zu finden und zu fördern. Vor diesem Hintergrund ist musische und künstlerische Bildung in der Schule besonders wichtig. Sie sollte neben den sogenannten ‚harten Fächern‘ nicht vernachlässigt werden, denn neben ihrem Selbstzweck trägt sie entscheidend zur Persönlichkeits-



bildung bei. Aus demselben Grund sind außerschulische Angebote im künstlerisch-musischen Bereich zu unterstützen. Je vielfältiger das Angebot, desto besser. Wahlmöglichkeiten sind wichtig, denn Kreativität lässt sich nicht in ein Korsett zwingen. Sie sollte in den Bereichen entwickelt werden können, die den persönlichen Interessen oder Begabungen am meisten entsprechen. Eine auf Kreativität setzende Ausbildung weckt nicht nur kulturelles Interesse, sondern legt den Grundstein für den Einsatz von Kreativität als Wirtschaftsfaktor.

Information:
Steffen Kampeter, MdB,
Obmann der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
im Haushaltsausschuss,
e-mail:
steffen.kampeter@bundestag.de

Aus Landtagsfraktionen und Kommunen

Berlin

- Kleine Anfragen zum Thema Kultur: *Monika Grütters*, CDU - Tränenpalast vor dem Ende?
- Kleine Anfragen zum Thema Kultur, *Andreas Apelt*, CDU - Wachturm Kieler Eck
- Antrag der Fraktion der CDU Kulturpolitik – Berlin muss auf seine Stärken setzen – creative industries gezielt fördern

Antrag der Fraktion der CDU Kulturpolitik – Berlin muss auf seine Stärken setzen – creative industries gezielt fördern

(Drucksache 15/3728, 8.3.2005; s. auch den Beitrag von Steffen Kampeter, S.45 ff.)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer kreativen Kulturwirtschaft in Berlin zu schaffen. Ziel dieser Entwicklung soll die Unterstützung der sogenannten „creative industries“ sein. Hierbei sollen die dazu im Bereich der Kultur- und Wirtschaftspolitik entwickelten Modelle anderer europäischer Hauptstädte, wie Paris, London und Wien als Orientierungshilfe und Motivation dienen.

Über die Ansätze, Ideen und

Maßnahmen zur verstärkten Verknüpfung von Kultur, Wirtschaft und Tourismus ist dem Abgeordnetenhaus bis zum 30. April 2005 zu berichten.

Begründung:

Die Kapazitäten und kreativen Spielräume auf dem Gebiet der Kulturwirtschaft sind in Berlin bislang nur unzureichend ausgeschöpft worden.

Zum einen macht sich diese mangelnde Nutzung des vorhandenen Potentials daran bemerkbar, dass kulturelle Institutionen wie Theater, Oper etc. in Berlin nicht ganzjährig bespielt werden, sondern alljährlich im Sommer eine Pause einlegen und die Pforten für Besucher in diesem Zeitraum schließen. Auf diese Weise wird die Attraktivität der Stadt - insbesondere in den Sommermonaten, in denen viele Touristen Berlin besuchen - deutlich vermindert. Eine ganzjährige Bespielung der Häuser - wie sie beispielsweise in Paris erfolgt - brächte die Kultur als Wirtschaftsfaktor voran, da ein reichhaltiges durchgehendes kulturelles Angebot einen entscheidenden Anziehungspunkt und Imagefaktor (nicht nur) für auswärtige Besucher darstellt und sich somit positiv auf die Entwicklung der Berliner Kultur- und Tourismusbranche auswirken wird.

Eine weitere Maßnahme zur Entwicklung einer kreativen



Kulturwirtschaft in Berlin soll die gezielte Unterstützung der „creative industries“ sein.

Unter creative industries ist eine neue zusammenfassende Betrachtung unterschiedlicher Wirtschaftszweige zu verstehen, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass der Faktor Kreativität eine wesentliche Rolle bei der Erstellung von Produkten und Dienstleistungen spielt. Rein marktwirtschaftlich orientierte Bereiche (wie etwa Werbung, Multimedia, Software oder Mode/Design) fallen hierbei ebenso darunter, wie Bereiche, die an der Schnittstelle von Kunst und Wirtschaft operieren (beispielsweise Darstellende Kunst, Literatur, Musik und Museen).

Während sich der Kultursektor schwerpunktmäßig z. B. über Universitäten auf die Schaffung der inhaltlichen Voraussetzungen der Kulturproduktion sowie auf die Produktion kultureller Inhalte konzentriert, agieren die creative industries verstärkt als Dienstleister der Kulturproduktion in vor- und nachgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette. Je besser Kulturwirtschaft und Kultursektor an den Schnittstellen der Wertschöpfungsbereiche zusammenarbeiten, um so positiver wirkt sich das auf den Standort aus.

Hierbei sind in der Berliner Kulturwirtschaft eine vergleichsweise hohe Entwicklungsdynamik und eine überdurchschnittlich hohe Umsatzentwicklung zu verzeichnen. Die dort operierenden überwiegend mittelständischen Unternehmen haben im

Jahr 2002 einen Umsatzanteil von ca. 13,6% an der Wertschöpfung auf dem Berliner Markt erwirtschaftet. Verglichen mit der Gesamtzahl der Berliner Erwerbstätigen arbeiten über 7% (ohne Freiberufler und freie Mitarbeiter) in verschiedenen Teilbereichen der Kulturwirtschaft, wobei der Hauptanteil der Unternehmen in den Teilmärkten Kunstmarkt und Presse- und Buchmarkt zu finden ist. Was den Umsatz betrifft liegt jedoch die Film- und Fernsehindustrie mit einem Umsatzanteil von ca. 33% vorn, gefolgt von dem Kunstmarkt mit 24% sowie dem Buch- und Pressemarkt mit 23%. Diese Teilmärkte vereinen immerhin 80% der Umsätze in der Berliner Kulturwirtschaft auf sich. Diese positive Entwicklung ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Berliner Kulturwirtschaft durch überdurchschnittlich viele junge und kleinbetrieblich strukturierte Unternehmen geprägt ist, welche sich durch eine hohe Innovations- und Anpassungsfähigkeit an neue Rahmenbedingungen auszeichnen und dadurch den wirtschaftlichen Strukturwechsel in Berlin beschleunigen.

In London hat die konstante gezielte Unterstützung der Unternehmen, die sich an der Schnittstelle zwischen Kunst, Kultur und Wirtschaft angesiedelt haben, bereits dazu geführt, dass dieser Markt zum drittgrößten Beschäftigungsfaktor wurde. 525.000 Menschen arbeiten entweder in einem der creative industries direkt zuzuordnenden Unternehmen oder in der kreativen Abteilung von Unterneh-

men, deren Haupttätigkeit in anderen Branchen anzusiedeln ist. Creative industries stellen somit den zweitgrößten Jobmotor in London dar, wobei jeder fünfte Job in London in diesem Bereich entsteht. London als fest positionierte multikulturelle Metropole hat bereits eine beeindruckende Erfolgsstory zu verzeichnen: In den Jahren 1995 bis 2000 stiegen die Beschäftigungsrate im Bereich der creative industries um 5% pro Jahr, die Wertschöpfung um 8,5% und die Produktivität um 4%.

Zu verdanken ist diese positive Entwicklung vor allem der Initiative „Creative London“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, jungen Unternehmen der creative industries langfristige Unterstützung angedeihen zu lassen, um sich bei bestmöglicher Nutzung aller vorhandenen wirtschaftlichen und kreativen Möglichkeiten dauerhaft in London zu etablieren. Das konkrete Ziel für die nächsten zehn Jahre liegt hierbei zu einen darin den Umsatz auf diesem Gebiet von 21 Milliarden Pfund auf 32 Milliarden zu steigern und zum anderen 200.000 neue Jobs zu schaffen. Dazu soll die Summe von 50 Millionen Pfund in Form eines Fonds zur Verfügung stehen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Des weiteren werden sogenannte „creative centers“ errichtet, welche die nötigen Arbeitsbedingungen und Infrastruktur für die künstlerische Arbeit, Ausstellungen, Workshops etc. ermöglichen. Unterstützung der im Bereich der creative industries Tätigen sowohl auf dem Gebiet privater



Investitionen und auf juristischem Terrain als auch die Promotion nach außen sind ebenfalls Teil dieses umfassenden Förderungsprogrammes.

Diesem Erfolgsmodell ist auch die Stadt Wien gefolgt, wo der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) durch die Gründung der Tochterorganisation „Departure“ ein neues Zentrum für Wirtschaft, Kunst und Kulturschuf.

Diese Einrichtung soll als Kompetenzzentrum und Anlaufstelle für alle Unternehmen agieren, die Projekte an der Schnittstelle Kunst, Kultur und Wirtschaft durchführen. 14 % der Wiener Beschäftigten sind im Bereich der creative industries zu finden. Von den 74.000 in Wien registrierten Unternehmen sind 18.000 diesem Feld zuzurechnen. Der Beschäftigungszuwachs lag zwischen 1998 und 2002 bei durchschnittlich 6 %, wobei bei den in diesem Bereich arbeitenden Personen eine überdurchschnittlich hohe Qualifizierung zu vermerken ist. Anliegen des „Departure-Programms“ ist es, diesem Potential die nötigen Instrumente zur Verfügung zu stellen, die sich von Grund auf an den ökonomischen aber auch an den individuellen Bedürfnissen dieser Branche orientieren.

Die Förderung erfolgt hierbei in zwei unterschiedlichen Programmlinien: Zum einen in Form einer Langzeitförderung, die drei Jahre jedoch nicht überschreiten darf, und einem Limit von 60% der förderbaren Kosten untersteht, wobei die Obergrenze bei 100.000 Euro liegt.

Die zweite Programmrichtlinie sieht die Förderung durch sogenannte „Calls“ vor, d.h. durch zeitlich begrenzte Ausschreibungen, die zur inhaltlichen Schwerpunktsetzung auf dem Gebiet der Förderung beitragen. Die Grenze der Förderung liegt hier bei 70% der förderbaren Kosten. Bereits der erste Call „Creative industries Vienna 2002“ war ein voller Erfolg: Die Umsetzung dieser Call-Projekte löste ein Investitionsvolumen von 44 Millionen Euro aus und Arbeitsplätze für 680 Menschen.

Die in London und Wien vorgelebten Erfolgsmodelle bieten demnach zahlreiche interessante Ideen, von denen sich auch die Zuständigen in Berlin inspirieren lassen sollten, um eine erfolgreiche Förderung der creative industries ins Leben zu rufen und deren Potential bestmöglich zu nutzen.

Weitere Anhaltspunkte zur Durchführung einer effektiven Förderung auf dem Gebiet der creative industries in Berlin kann auch das Gemeinschaftsprogramm der Europäischen Union „Kultur 2000“ und dem Folgeprogramm „Kultur 2007“ bieten, welches es sich zur Aufgabe gemacht hat, das kulturelle Schaffen auf transnationaler Ebene zu fördern und die Rolle der Kultur im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext zu stärken.

Auch und gerade Berlin muss seine günstigen Voraussetzungen, wie Wien oder London, zu einer erfolgreichen Initiative professionell ausbauen. Die An-

strengungen einschlägiger Berliner Institutionen müssen zielgenauer unterstützt werden und an einer Stelle effektiv zusammenlaufen. Eine enge und koordinierte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsförderung und Senatskulturverwaltung muss die Entwicklung der creative industries fördern, funktionale Netzwerke errichten, die Stärkung der Wirtschaftskraft herbeiführen und zur Erhöhung der Arbeitsplätze in Berlin beitragen.

- Antrag der Fraktion der CDU Kultur Offensiv – Aufbau eines „Netzwerk-Berlin“ für das Sponsoring eines Kulturpasses an Bedürftige

- Mündliche Anfragen zum Thema Kultur/Michael Braun, CDU - Rosa-Luxemburg-Denkzeichen - teuer, banal, überflüssig

- Kleine Anfragen zum Thema Kultur/Monika Grütters, CDU - Sicherung des Ateliersofortprogrammes

- Kleine Anfragen zum Thema Kultur/Monika Grütters, CDU - Literaturstadt Berlin auf dem Abstellgleis

Information:

Prof. Monika Grütters, MdB,
Kulturpolitische Sprecherin der
CDU-Fraktion im Berliner
Abgeordnetenhaus,
e-mail:

monika.gruetters@bankgesellschaft.de



Brandenburg

4 Millionen „konzertierte Denkmalshilfe“ müssen aus bestehenden Finanzrahmen zusammenkommen

(Dr. Wieland Niekisch, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion zum Thema „konzertierte Denkmalshilfe“)

Noch im Juni 2004, in einer der letzten Landtagssitzungen der ersten SPD-CDU-Koalition wurde das dringend verbesserungswürdige brandenburgische Denkmalsgesetz erneuert und ein neues Gesetz beschlossen. Die Sicherung der Denkmale und vor allem deren bessere Erfassung waren damit endlich erreicht.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für diese Gesetzeserneuerung war die Notwendigkeit, Brandenburgs gefährdeten Denkmälern endlich mit einem eigenen Denkmalfonds in konkreten Fällen helfen zu können. Denn Brandenburg ist nahezu das einzige Land, in dem es keinen Denkmalfond gibt, weil dieser in der Mitte der 90er Jahre von der SPD-Alleinregierung pauschal in den Gemeindefinanzausgleich gegeben worden ist. Die Kreise und Kommunen haben dieses Geld aber meistens für andere und auch wichtige, aber nicht für Denkmalbelange ausgegeben.

2004 war im Kabinett ein eigener Eintrag eines Denkmalfonds wegen der formalen Begründung, nicht weiter Normen

und Standards zu erhöhen, nicht erfolgt. Statt dessen hatte man fest und bindend vereinbart, dass neben dem Kulturministerium die Ministerien für Wirtschaft, Landwirtschaft und Bauen jährlich jeweils 1 Million Euro in einen gemeinsamen Topf namens „konzertierte Denkmalshilfe“ einzahlen, womit vor allem akut bedrohten Denkmälern unbürokratisch geholfen werden sollte, deren Rettung private bzw. kommunale Mittel überschreite.

Niekisch: „Wenn diese Zusage nicht gehalten wird, ist dies ein Vertrauensbruch zwischen Landesregierung und dem Landesparlament. Denn diese Zusage war für viele Parlamentarier eine der Bedingungen, dieser Gesetzesnovelle zuzustimmen.“

Niekisch abschließend: „Kultur hat in Brandenburg Verfassungsrang. Fast alle anderen Bundesländer haben Denkmalfonds und oft in viel größerer Höhe. Deshalb fordere ich die Landesregierung und vor allem die drei neben dem Kulturministerium in Rede stehenden Ministerin auf, ihre Zusagen einzuhalten. Das jetzige Vorgehen erschwert zukünftige Gesetzgebungsverfahren zwischen Regierung und Parlament!“

Information:
Dr. Wieland Niekisch, MdL,
Kulturpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion
Brandenburg,
e-mail: niekisch@cdu-postdam.de

Bremen

- CDU enttäuscht über Entscheidung zur Kulturhauptstadt

- CDU kündigt Symposium zur Reform der Kulturverwaltung an

- CDU: Bremen muss Kultur auch ohne Hauptstadttitel weiterentwickeln - *Martin Heller* zu Gast in der Fraktion

- CDU: Heller-Konzept für „Stadtwerkstatt“ macht guten Eindruck

Information:
Dr. Wolfgang Schrörs, MdBB,
Kulturpolitischer Sprecher
der Bremer Bürgerschaft,
e-mail: schroers@pot-foot.de

Hessen

- Schloss Erbach/*Judith Lannert*: „Wichtige Investition für die Zukunft des Odenwalds“

- Erwerb der Kunstsammlung Erbach / *Gottfried Milde*: „Kauf ist richtig – Jetzt oder nie!“ Opposition hat Schlosskauf mit vorangetrieben

- CDU macht Weg frei, um die Erbacher Kunstsammlung zu retten / *Judith Lannert* und *Gottfried Milde*: „Gesamtkonzept überzeugt – kultureller, touristischer und wirtschaftlicher Schub für die Region“

- Filmförderung in Hessen ein voller Erfolg / *Aloys Lenz*: Frischer Wind für den Filmstandort Hessen Kulturgutachten Rhein-Main / CDU will stärkere Zusammenarbeit der Kommunen bei Kultur / *Eva Kühne-Hör-*



mann: „Wer sich nicht bewegt, wird bewegt!“

- Kulturhauptstadt 2010 / Trotz Jury-Entscheid: Kassel hat gewonnen! / „Kassel ist die heimliche Kulturhauptstadt Europas“

- Kunst, Kultur, Kassel / CDU-Landtagsfraktion wirbt für Kulturhauptstadt

Information:

Eva Kühne-Hörmann, MdL,
Kulturpolitische Sprecherin der
CDU-Landtagsfraktion Hessen,
Tel. (0561) 521 44 20

Nordrhein-Westfalen

- Kultur-Konzept der CDU (s. S. 39 ff.)

- Pressemeldung /19.4.2005/
Klaus Kaiser / Vespers Haushaltsblockade macht Freie Szene in NRW kaputt

- 09.3.2005 / *Klaus Kaiser* / Vesper lebt bei regionaler Kulturpolitik nur von der Erinnerung

- 22.3.2005 / Für neue Strukturen in der Kulturförderpolitik - für eine neue Kultur des Dialogs in der Kultur / Pressegespräch mit *Klaus Kaiser*, kulturpolitischer Sprecher

- 10.3.2005 / *Klaus Kaiser* und *Franz-Josef Britz* / Glückwunsch an Essen und das Ruhrgebiet

- 11.3.2005 / *Jürgen Rüttgers* / Jetzt alle Kraft für Essen

- 5.1.2005 / *Klaus Kaiser* / Vesper lässt Denkmäler im Regen stehen

Aus dem Koalitionsvertrag von CDU und FDP in NRW

Kultur

Kultur ist einer Grundlage unserer Verfassung und staatlichen Ordnung. Geschichte, Sprache, Kunst, Tradition und Werte begründen wesentlich unser Selbstverständnis und unsere Identität. Wir wollen, daß Kultur einen selbstverständlichen Stellenwert in der Politik hat. Dabei darf sich die Landeskulturpolitik weder auf das Professionelle noch auf das Spektakuläre beschränken. Wir brauchen beides: Breiten- und Spitzenförderung.

Wir wollen die künstlerisch-musische Grundbildung in Schulen und Kindertagesstätten stärken. Künstler sollen durch unbürokratische Modelle der Vertragsgestaltung und Bezahlung in die Gestaltung des Unterrichts einbezogen werden.

Wir wollen zur Profilierung und Professionalisierung der freien Szene sowie der Laienmusik und Laientheater in NRW beitragen.

Wir wollen einen Schwerpunkt auf Substanzerhaltung und Sanierung unserer kulturellen Infrastruktur legen, denn viele Theater, Museen, Archive und sonstige Kultureinrichtungen mit ihren Gebäuden, Magazinen und den darin befindlichen Kulturschätzen sind längst in ihrer Substanz gefährdet.

Wir werden uns auf Bundes-

und Landesebene für stiftungs- und steuerrechtliche Regelungen einsetzen, die es für Unternehmen und Privatpersonen wirklich attraktiv machen, in Kultureinrichtungen zu investieren.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Kulturwirtschaft als privatrechtlichem Standbein der Kulturförderung verbessern. Wir wollen nach einer Klärung der rechtlichen Voraussetzungen Modelle für Public-Private-Partnership (PPP) entwickeln und unterstützen. Dies gilt z.B. für Stiftungen, gemeinnützige GmbHs und ähnliche Rechtsformen.

Wir wollen die Kulturförderung des Landes mittelfristig verdoppeln. Angesichts der derzeitigen Geringfügigkeit des Kulturhaushalts (0,2 bis 0,3 Prozent des Gesamthaushalts) ist dies eine Frage der richtigen Prioritätensetzung.

Wir wollen weniger Bürokratie, dafür aber mehr Planungssicherheit - Kreativität statt Verwaltung. Deshalb wollen wir Vereinfachungen für Künstlerinnen und Künstler durchsetzen: Verzicht auf das Jährlichkeitsprinzip, Festbetragsfinanzierung als Regel, Optionsförderung von 3-5 Jahren bei Institutionen, Vereinfachung von Antragsverfahren und Verwendungsnachweisen, wo immer dies rechtlich möglich und sachlich geboten ist.

Wir wollen, daß die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für Künstler verbessert werden. Die derzeitigen Regelungen



entsprechen nicht mehr den tatsächlichen Arbeitsbedingungen und müssen dringend angepasst werden.

Wir wollen, daß die tariflichen Rahmenbedingungen für die nicht-künstlerischen Mitarbeiter besser an die speziellen Arbeitsanforderungen von Theatern und Opernhäusern angepaßt werden. Wir wollen den Förderdschungel entflechten - auf Nachhaltigkeit und Transparenz hin. Wir wollen den systematischen Bericht zur Kulturförderung in NRW weiterentwickeln. Der Kulturhaushalt des Landes muß transparenter gestaltet werden. Dazu gehört die Evaluation von geförderten Einrichtungen und Projekten auf der Basis von klaren Zielvereinbarungen und Zielbeschreibungen. Wichtiges Element der Zielvereinbarungen muß Kultur für Kinder und Jugendliche sein.

Wir wollen einen Schwerpunkt auf Substanzerhaltung und Sanierung unserer kulturellen Infrastruktur legen, denn viele Theater, Museen, Archive und sonstige Kultureinrichtungen mit ihren Gebäuden, Magazinen und den darin befindlichen Kulturschätzen sind längst in ihrer Substanz gefährdet.

Wir werden uns auf Bundes- und Landesebene für stiftungs- und steuerrechtliche Regelungen einsetzen, die es für Unternehmen und Privatpersonen wirklich attraktiv machen, in Kultureinrichtungen zu investieren.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Kul-

turwirtschaft als privatrechtlichem Standbein der Kulturförderung verbessern. Wir wollen nach einer Klärung der rechtlichen Voraussetzungen Modelle für Public-Private-Partnership (PPP) entwickeln und unterstützen. Dies gilt z.B. für Stiftungen, gemeinnützige GmbHs und ähnliche Rechtsformen.

Wir wollen die Kulturförderung des Landes mittelfristig verdoppeln. Angesichts der derzeitigen Geringfügigkeit des Kulturhaushalts (0,2 bis 0,3 % des Gesamthaushalts) ist dies eine Frage der richtigen Prioritätensetzung.

Wir wollen weniger Bürokratie, dafür aber mehr Planungssicherheit - Kreativität statt Verwaltung. Deshalb wollen wir Vereinfachungen für Künstlerinnen und Künstler durchsetzen: Verzicht auf das Jährlichkeitsprinzip, Festbetragsfinanzierung als Regel, Optionsförderung von 3-5 Jahren bei Institutionen, Vereinfachung von Antragsverfahren und Verwendungsnachweisen, wo immer dies rechtlich möglich und sachlich geboten ist.

Wir wollen, daß die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für Künstler verbessert werden. Die derzeitigen Regelungen entsprechen nicht mehr den tatsächlichen Arbeitsbedingungen und müssen dringend angepasst werden.

Wir wollen, daß die tariflichen Rahmenbedingungen für die nicht-künstlerischen Mitarbeiter besser an die speziellen Arbeits-

anforderungen von Theatern und Opernhäusern angepaßt werden.

Wir wollen den Förderdschungel entflechten - auf Nachhaltigkeit und Transparenz hin. Wir wollen den systematischen Bericht zur Kulturförderung in NRW weiterentwickeln. Der Kulturhaushalt des Landes muß transparenter gestaltet werden. Dazu gehört die Evaluation von geförderten Einrichtungen und Projekten auf der Basis von klaren Zielvereinbarungen und Zielbeschreibungen. Wichtiges Element der Zielvereinbarungen muß Kultur für Kinder und Jugendliche sein.

Information:

*Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, MdL,
Kulturpolitischer Sprecher der CDU-
Landtagsfraktion NRW,
e-mail:*

thomas.sternberg@landtag.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Arp-Museum: Der Streit geht weiter

Der Streit um das Arp-Museum schwelt weiter. Angesichts der Vertragsunterzeichnung mit dem Arp-Verein im Juli 2005 befürchten der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, und der CDU-Abgeordnete Walter Wirz, daß Öffentlichkeit und Parlament über die Qualität der Sammlung des Arp-Vereins in die Irre geführt werden. „Die Zweifel der CDU an der Qualität und Echtheit der Sammlung des Arp-Vereins wurden bislang nicht ausgeräumt“, so Wirz. Christoph Böhr kritisiert, dass es offensichtlich versäumt wurde,



die Echtheitsüberprüfung in den Vereinbarungen mit dem Arp-Verein rechtsverbindlich festzuschreiben. In der letzten Kuratoriumssitzung der Stiftung Bahnhof Rolandseck, so Wirz, habe Minister Zöllner selbst die Fragen der Originalität und Authentizität der Werke als „ein schwieriges Feld“ bezeichnet.

Für den Arp-Verein sei lediglich wichtig, dass Abgüsse korrekt gekennzeichnet würden, um sie von originalen Kunstwerken unterscheiden zu können. Dazu Wirz: „Mit solchen Äußerungen soll der Öffentlichkeit offensichtlich Sand in die Augen gestreut werden. Dass Kunstwerke und Abgüsse richtig ausgezeichnet werden, ist ja wohl eine Selbstverständlichkeit.“ Entscheidend – und dazu schweige der Arp-Verein – sei die Frage, ob die Abgüsse von Hans Arp stammten und zu 100 Prozent nachweisbar von ihm autorisiert seien. „Diese Beweise schulden Landesregierung und Arp-Verein bis heute“, kritisiert Wirz.

Information:

*Brigitte Hayn, MdL,
Kulturpolitische Sprecherin
der CDU-Landtagsfraktion
Rheinland-Pfalz,
e-mail: hayn-b@gmx.de*

Saarland

„Musikschulen sind fester Bestandteil des saarländischen Bildungssystems“

Anlässlich des dritten Deutschen Musikschultages am 18. Juni 2005 unterstrich Kultusminister Jürgen Schreier die Bedeutung

der Musik und der musisch-kulturellen Bildung für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Jürgen Schreier: „Die musische Erziehung schafft erst die Voraussetzungen für konzentriertes Lernen und für die Entwicklung der Persönlichkeit. Wissenschaftliche Studien belegen, dass Musizieren zu mehr Leistung in Schule und Beruf führen kann und dass die Vermittlung von Wissen schneller und besser gelingt, wenn Gefühl und Geist durch musische Betätigung intensiv angesprochen werden.“ Darüber hinaus würden in der musikalischen Ausbildung der Kinder und Jugendlichen auch Fähigkeiten vermittelt, die mehr und mehr als Schlüsselqualifikationen angesehen würden. „Musizierende Kinder verbessern ihr Sozialverhalten, erhöhen ihre geistigen Fähigkeiten und erbringen bessere schulische Leistungen, wie es sich auch in dem mit Unterstützung des Kultusministeriums entwickelten Projekt „Sozialer Friede durch aktives Musizieren“ gezeigt hat.

Die saarländische Landesregierung habe in den vergangenen Jahren eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die eine Verbesserung der musikalischen Bildung an den Schulen bewirkte. Hier seien zum Beispiel der erweiterte Musikunterricht an vielen Grundschulen, die Einführung des kulturellen Praktikums und die Kooperation zwischen den Schulen und den Musik- und Gesangsvereinen zu nennen. Die Vertiefung der schulischen Musikausbildung ermöglichen die Musikvereine und

Musikschulen. Jürgen Schreier: „Den Musikschulen kommt dabei eine besondere Rolle zu, da sie, anders als die Privatlehrer, schon frühzeitig das Musizieren im Ensemble anbieten, und da sie, anders als die Vereine, ohne Rücksicht auf einen akuten Bedarf an Instrumentalisten die besonderen Neigungen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler fördern können. Musikschulen sind ein fester Bestandteil des Bildungssystems in unserem Land geworden. Sie zeichnen sich durch fachlich qualifizierte Lehrkräfte und ein vielfältiges Unterrichtsangebot für alle Altersgruppen aus. Sie ermöglichen eine wohnortnahe musikalische Ausbildung und gewährleisten eine soziale Gestaltung der Unterrichtsentgelte durch Sozial- und Familienermäßigungen.“

Zurzeit sind an den öffentlichen Musikschulen im Saarland rund 250 Lehrerinnen und Lehrer aktiv, die rund 5.500 Schülerinnen und Schüler unterrichten. Hochgerechnet haben in den vergangenen 51 Jahren ihres Bestehens rund tausend Musiklehrerinnen und Musiklehrer zehntausende von Kindern und Jugendlichen im Saarland in die Welt der Musik eingeführt.

Bibliotheksförderung erhält moderne und effiziente Struktur

Die Aufgaben des Staatlichen Büchereiamtes für das Saarland werden inhaltlich neu ausgerichtet und strukturell neu geordnet. Dies teilte Kultusminister Jürgen Schreier (24.2.05) vor der Presse mit. Damit greift das Ministerium Empfehlungen des „Hesse-



Gutachtens“ auf, das eine Aufgabenprüfung und eine Neustrukturierung der Bibliotheksförderung vorgeschlagen hat.

Zukünftig werde es direkte Hilfen an die Bibliotheken in Form von Zuschüssen für den Bücherkauf, für die Einrichtung von Kinderlesecken oder für Maßnahmen zur Leseförderung oder für Buch- oder Leseprojekte geben. Möglich werde auch die Förderung von Modellprojekten, wie dies in anderen Bundesländern längst üblich ist.

Mit der vorgesehenen Neuorganisation wird die Bibliotheksförderung mit den Sachgebieten Leseförderung, Förderung der Schulbibliotheken und Literaturförderung in einem Referat im Ministerium zusammengeführt. Im Rahmen der Neuorganisation wird die Ergänzungsbücherei ihre Arbeit einstellen. Da in Zukunft die mit der Bibliotheksförderung beauftragten Personen nicht mehr durch die Pflege der Ergänzungsbücherei gebunden sind, können sie nun stärker vor Ort beraten und helfen, zum Beispiel bei Anträgen auf Lese- und Bibliotheksförderung. Eine weitere wichtige Aufgabe wird die Förderung des Aufbaus eines landesweiten Bibliotheksnetzwerkes sein.

Information:

Thomas Schmitt, MdL,
Kulturpolitischer Sprecher der
CDU-Landtagsfraktion Saarbrücken,
e-mail: t.schmitt@landtag-saar.de

KULTURPOLITIK IN DER PRESSE

Berichtszeitraum 1. Januar bis 1. August 2005

Deutschland/Allgemeine Trends

Was ist Kunst, was Kultur?

Diese Kolumne ist heute etwas dünn, das liegt daran, dass viel über Kulturereignisse, aber nur sehr wenig auch über kulturpolitisch Interessantes berichtet wird: Natürlich das Schiller-Jahr (Übersicht der Veranstaltungen WELT, 4.1.2005); allerdings darf Schiller postum kein Schweizer Ehrenbürger werden (FAZ, 24.6.2005).

Zur Diskussion um das Holocaust-Verständnis von Rolf Hochhuth (SZ vom 5./6.3.2005/WELT, 8.3.2005) s. den ausgewogenen Beitrag in der FAZ vom 17. März 2005: „Hochhuth hat einen dummen Fehler begangen unter dem er aber selbst am meisten leidet, den glaubhaft bereit und für den er sich entschuldigt hat. Allein, Deutschland kennt keine Gnade und es sieht nun so aus, als wäre Rolf Hochhuth samt seinem Lebenswerk unberührbar geworden.“, s. auch FAZ, 8.3. 2005).

George Lucas' „Star Wars III“ ist der Filmrenner, immerhin hat der Film bereits am ersten regulären Kinotag 50 Mio. \$ eingespielt und schlägt damit „Shrek II“ mit 44,8 Mio. \$ (WELT, 23. 5.2005).

Dan Brown („Sakrileg“; kein Plagiat!) steht wie schon seit Monaten immer noch an der Spitze der Bestsellerlisten (s. Spiegel 27/2005),

Harry Potter schlägt erwar-

tungsgemäß alle Rekorde (in den ersten 24 Stunden nur in den USA 6,9 Mio verkaufte Exemplare, SZ, 19.7.2005),

das Kulturprogramm für die WM 2006 wird André Heller übernehmen (Spiegel 27/2005), Opernmäzen Alberto Vilar muss ins Gefängnis (SZ, 1.6.2005: „Der Darwinist. Nur auf Mäzene kann die Kultur nicht bauen.“),

die Deutsche Filmakademie hat erstmals die deutschen Filmpreise überreicht, mit „Bully“ Herbig als Moderator, und Bernd Eichinger („Der Untergang“) hat nichts bekommen,

der Frankfurter Bildhauer Luzius Ziermann will eine Bronze- statue in die Antarktis verpflanzen und verklagt Deutschland,

ein Bonner Aktionskünstler will Mannheim im „Frauheim“ umbtaufen, um Gleichberechtigung herzustellen,

über ein Treffen der Gewerkschaft v er.di mit ihren Künstlern berichtet die SZ vom 19. Juni 2005: „Unübersehbar war eine gewisse Entfremdung zwischen Künstlern und Funktionären. Es sei die größte Schwäche der Gewerkschaften, dass ihre Mitglieder nur die Bild-Zeitung lesen, bemerkte der Schriftsteller Johano Strasser.“

Warum gehen die Menschen in die Oper?, diese Frage beantwortet die SZ vom 25. Juli 2005



mit der einfachen Feststellung, dass die Menschen gerne etwas „live“ erleben wollen. Wahlscheidend ist sicher auch nicht, sollte Angela Merkel kein besonderes Verhältnis zum Pop besitzen (s. SZ vom 4. August 2005).

Die Frage, ob Martin Walser immer schon Antisemit gewesen sei, wie der Germanist Matthias Lorenz behauptet, beschäftigt die Literarische WELT vom 30. Juli 2005, und nach einen Vorschlag des Kulturausschusses des Europa-Parlaments soll der Zirkus als Teil der Kultur Europas eingestuft werden (nicht mehr nur als Geschäftstätigkeit, WELT, 13.7. 2005).

Zu begrüßen ist sicher, dass der Karlsruher Komponist Thomas Bierling die neunzehn Grundrechte des Grundgesetzes vertonen wird, eine Komposition für Klavier, Saxophon und Stimme, „neue Musik und freie Improvisation mit formativen Elementen“ (WELT, 10.1.2005).

Graffiti-Sprayer werden künftig strafrechtlich leichter zu verfolgen sein (WELT, 18.6.2005), der Sprung des Brooklyner Performancekünstlers Kerry Skarbakka vom Dach des Chicagoer Museum of Contemporary Art, um „nachzuvollziehen“, was die Menschen am 11. September bei ihren Todesstürzen empfanden, trifft sogar bei der liberalen SZ auf Degoutanz (17. 6.2005),

Maxim Billers „Esra“ ist jetzt auch vom Bundesgerichtshof verboten (WELT, 18.6./FAZ, 22. 6./SZ, 22.6.2005).

„Die Weber“ in Dresden wurden abgesetzt, und Kulturstaatsministerin Christina Weiss hat

Bilanz gezogen (FR, 18.6.2005): Bemerkenswert nur, dass die Bundesgelder für die Opernstiftung in Berlin bislang nicht abgerufen wurden.

Bilanzen ziehen auch Antje Vollmer (SZ, 7.7.2005) und Hortensia Völckers, Chefin der Bundeskulturstiftung (FR, 9.7. 2005). Besonders bemerkenswert der Satz: „Wir müssen das Erbe an die Jugend weitergeben, sonst verlieren wir die Basis. Das ist die große Aufgabe, wenn es um Bewahrung geht. In diesem Sinne verstehe ich mich als Konservative.“

Zur Performance „VB 55“ in der Neuen Nationalgalerie in Berlin mit einer Anzahl nackter Frauen, bemerkt die FAS vom 10. April 2005: „Wie funktioniert Nacktheit, wie funktioniert öffentliche Nacktheit?“ Diese Fragen beantwortet Vanessa Beecroft an diesem Abend auf die leichteste Art und Weise: „Jeder ist sich selbst der nacktste.“ So isses wohl.

Nicht nur Harry Potter, auch Dan Browns „da Vinci-Code“ ist in die Kritik der katholischen Kirche geraten: der Erzbischof von Genua rügt mit den Worten: „Was wäre passiert, wenn ein Buch voller Lügen über Buddha oder Mohammed oder eine manipulierte Geschichte des Holocaust veröffentlicht worden wäre?“ (FAZ, 17.3.2005).

Der deutsch-amerikanische Konzeptkünstler Hans Haacke will bis Herbst 2006 in Berlin Mitte das Rosa Luxemburg „Denkzeichen“ gestalten. Und zwar das übliche: 7 Meter lange Betonstreifen mit Zitaten Luxemburgs (WELT, 13.1.2005).

Immerhin soll dieses Denkmal schlappe 260.000 Eurokosten (BZ, 14.1.2005).

Große Aufregung über Bundespräsident Horst Köhler, der das Regietheater (endlich, Verf.) zu kritisieren wagte („Ein ganzer Tell, ein ganzer Don Carlos, das ist doch was“), was ihm natürlich die herbe Kritik der Kulturszene eingetragen hat (s. SZ, 19.4.2005; 18.4.2005). Und natürlich hat sich auch Christina Weiss gegen Köhler ausgesprochen: „Ein Drama braucht doch die Offenheit der Interpretation, damit es über die Jahrhunderte neu aufladbar bleibt.“. Differenzierter argumentiert die WELT vom 21.4.2005: „Aber Köhler, dabei wollte er als Ottonormal-Theatergänger doch nur seinen Ärger über das nach seiner Ansicht Stücke entstaubende und Stücke entstellende Regietheater loswerden. Um das besonders deutlich zu machen, spitzt er populistisch zu: Was wäre, würden die Museen beispielsweise Casper David Friedrichs Gemälde zum Großteil mit schwarzer Pappe verklebt ausstellen? Hübsch gefragt.

Nun hat aber beispielsweise der Regisseur, Michael Thalheimer, just im Berliner Deutschen Theater einen Großteil von Goethes Faust I schwarz verklebt, mithin gestrichen und ganz Theater-Deutschland ist sich einig: Genial. Trotzdem der ganze Faust!

„Theater darf eben alles, wenn man es kann“, schleudert Klaus Peymann dem ‚intelligenten Amateur‘ Köhler und allen anderen Amateuren und Profis entgegen. Was aber wenn man es



nicht kann? Dann lieber doch den ganzen Tell, den ganzen Carlos!“

Ob etwa ein Plakat mit Papst Johannes Paul II. maskiert mit einem Elefantenkopf, für den Erzbischof von München und Freising, Kardinal Wetter, eine „blanke Provokation“, wirklich künstlerischen Wert hat, sei ebenso dahingestellt (WELT, 12. 2.2005) wie es nicht gerade für ästhetische Überzeugungskraft spricht, wenn die Stadt Frankfurt ein Kunstwerk als vermeintlichen wild abgestellten Sperrmüll verbrennt. Der Leiter der Stabsstelle „sauberes Frankfurt“, Peter Postleb, gestand, er habe die gelben Plastikteile der Skulptur für Müll gehalten und ihren Abtransport veranlaßt. Künstler Michael Beutler zeigte sich erfreut über Postlebs Offenheit und will keinen Schadensersatz fordern (WELT, 11.1.2005).

Vielleicht sollte Kunst wieder „mehr Schönheit wagen“, so jedenfalls die Anfrage, die Matthias Heine in der WELT vom 6. April stellt: „Daß dänische Königssöhne und mittelalterliche Gelehrte und andere Figuren der Weltliteratur sich als Arbeitslose verkleiden sollen, hat (...) ideologische Gründe. Das Theater hat den offen beklagten Trend zur stil-, bildungs- und hoffnungslosen Subproletarisierung der Gesellschaft um mehr als ein Jahrzehnt vorweggenommen.“ Aber: „Vielleicht ist die Zeit wieder reif für etwas positiv verstandenen Eskapismus. Etwas mehr Glanz, etwas mehr Schönheit, etwas mehr Traum, etwas mehr Größenwahn.“

Nicht sehr viel weiter führt auch der Artikel von Peter Meyer in der NZZ vom 26. März 2005: „Kunst und Bedeutung. Gedanken zur aktuellen Diskussion über Kunst“, der zu dem Schluß kommt, dass „Kunst nur im Raum des menschlichen Bewusstseins (als Schauplatz aller mentalen Zustände und Ereignisse verstanden) zu existieren scheint. Sie entsteht (als künstlerische Vision) im Bewusstsein des Künstlers und wird im Bewusstsein des Rezipienten ‚gelesen‘. Das Kunstwerk im Zentrum kann als Träger eines ästhetischen Codes oder Zeichenkomplexes beschrieben werden, der im Schöpfungsprozess unter den Händen des Künstlers in das physikalische Material hinein konfiguriert wird und der im Bewusstsein des Rezipienten decodiert werden muss. Das gelingt umso erfolgreicher, je besser die kulturelle und mentale Welt des Künstlers mit der des Rezipienten übereinstimmt. Der Code oder Zeichenkomplex übermittelt den Bedeutungsgehalt des Kunstwerkes, zu dem selbstverständlich das Bewusstsein des Rezipienten auch seinen Teil beisteuert. Die Bedeutung überlagert und durchwirkt in unserem Bewusstsein die ästhetische Erscheinung des Gegenstandes und erhebt ihn dadurch zum Kunstwerk.“

Soweit alles klar. Wie klar, macht die FAZ vom 12. Januar 2005 deutlich, wenn sie sich über die Aufgaben Abgeordneter im kulturellen Bereich deutscher Firmen mokiert: „Kultur, Medien und Kommunikation“. Nimmt man auch jene ‚Landchaftspflege‘ hinzu, die in Stel-

lenbeschreibungen für Abgeordnete oft genannt wird, dann ist klar: Die Geldflüsse zwischen Parlamentariern und Unternehmen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Kulturkritik. (...), Kultur für alle‘, zu fordern, war darum halbherzig. ‚Alles ist Kultur‘ müßte es heißen. Von der Bockwurst auf dem Stadtteilstfest (Kulturamt, Referat für Gekochtes) bis zum Zeigen von Freikörpern an Stränden und auf Bühnen (Referat für Rohes). (...) Selbst für uns Herumsitzende hätte es schließlich einen Kulturwert, indem es beispielsweise einen Aspekt der Kultur des Repräsentierens verkörperte.“

Also ein neues Kunstkonzept muss her, das entdeckt jedenfalls die WELT vom 21.3.2005 anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung für Bernhard Heisig im Museum der bildenden Künste in Leipzig. Am Ende habe sich der Kanzler zum entschiedenen Heisig-Bewunderer erklärt: „Es gibt Stimmen die sagen, Heisig habe Kompromisse gemacht“, so Gerhard Schröder, aber „seinem Stil blieb er immer treu“.

Dazu die WELT: „So läßt sich die Verantwortung des einzelnen für sein Leben auch banalisieren. Doch für einen endgültigen Strich unter den Streit über den Staatskünstler Heisig war Hortensia Völckers, Chefin der Bundeskulturstiftung. (...) Sie hält den ‚bitteren Nachwendestreit zwischen DDR-Dissidenten und Mitläufern für eingemottet‘ und forderte eine Kunst, die sich nicht von der Wirklichkeit in der Geschichte abwendet. Eine Absage an westdeutsche Abstraktion und



dem Suchen nach Neuem in der Kunst, allein um des künstlerischen Ausdruckswillens? Sieht man von den vernissageüblichen kleinen Übertreibungen und Huldigungen an den Künstler ab, so bleibe doch der Eindruck großer Unzufriedenheit mit der zeitgenössischen Kunst, die sich eben nicht mit Geschichte und Politik beschäftigt.

Armin Zweite, Chef der Düsseldorfener Kunsthalle, konnte seine Rede krankheitshalber nicht selbst halten. Sie wurde von Leipzigs Museumsdirektor Schmidt verlesen. So mußte Zweite auch niemandem erklären, warum ihm die zeitgenössische Kunst plötzlich so zuwider ist. ‚Vieles was wir heute in Museen und in Galerien sehen, erscheint uns beliebig‘. Dies war verlesen und lobte Bernhard Heisig, dessen Vorbild aus der Wirklichkeit und Kunsttradition kämen. (...) ‚Offensichtlich gibt es eine neue Kunstdoktrin, und Bernhard Heisig ist ihr Gott‘.

Bemerkenswert, wie außerordentlich ernst die Türkei die Kunst nimmt. So ernst, dass ein 17jähriger Schüler drei Stunden auf einem Polizeirevier verbringen musste, weil er ein Gedicht des türkischen Dichters Nazim Hikmet an seiner Schule rezitiert hatte (SZ, 28./29.5.2005). Und dass schließlich die üblichen Verdächtigen wieder verdächtigt wurden, so der Spiegel, am 14. Juli 2005 eine Wahlinitiative für Bundeskanzler Schröder zu initiieren, was aber weder Martin Walser noch Christa Wolf noch Manfred Bissinger wollten und was Günter Grass erst nach der Vertrauensfrage beschäftigen

soll, so dass bislang nur Klaus Staeck und Peter Rühmkorf übrigbleiben, ist nur deswegen hervorzuheben, weil es weitverbreitet wurde, ohne nachzuprüfen, weil es eben die üblichen Verdächtigen sind (vgl. FAZ, 21.6.2005; WELT, 21.6.2005: „Alle Jahre wieder“). Sicher ist nur, dass Günter Grass die SPD im Wahlkampf unterstützen will (WELT, 4.7.2005) und derzeit Mitstreiter sammelt (s. Liste WELT, 12.8.2005), aber das war ja nicht anders zu erwarten.

Und immerhin warnen Schriftsteller wie Hans Christoph Buch, Wolf Biermann, Günter Kunert, Monika Maron und andere in einem Aufruf vor der neuen Lafontaine-Partei (WELT, 30.6.2005/FR, 2.7.2005), für die zunächst Peter Sodann in Sachsen als Spitzenkandidat auftrat, der allerdings dann doch wieder zugunsten des „Tatorts“ zurückzog.

Kulturpolitik im Bund

Wie geht's weiter mit der Bundeskultur?

Seit dem Plan der rot-grünen Koalition für Neuwahlen mehrten sich in den Feuilletons auch die Diskussion um eine zukünftige CDU-Kulturpolitik.

In der FAZ vom 7.6.2005 äußert sich Heinrich Wefing unter der Überschrift „Jenseits der Ideologie“ zu der Frage, was von der CDU Bundeskulturpolitik zu erwarten sei. (...) Norbert Lammert, „einer der profiliertesten CDU-Kulturpolitiker“, habe hervorgehoben, dass es zu seinen „erfreulichen Erfahrungen“ gehöre, dass „das Maß an Übereinstimmung zwischen den Parteien in allen prinzipiellen Fragen der Kulturpolitik deutlich ausgeprägter ist als die Meinungsverschiedenheiten“. Also spekuliert der Artikel lieber darüber, ob Norbert Lammert (dem der Spiegel 31/2005 Aspirationen als Bundestagspräsident nachsagt), Christoph Stölzl oder etwa Karin von Welck für die Nachfolge von Christina Weiss in Frage kommen könnten. Auch Annette Schavan wird genannt. Ein eigenständiges Bundeskulturministerium, wie es u.a. Berlins CDU-Spitzenkandidatin Monika Grütters favorisiert (SZ, 26.7.2005), würde nach Ansicht von Christoph Stölzl die Konflikte zwischen Bund und Ländern unnötig schüren. Er sei sich auch nicht sicher, ob ein Bundesmi-



nisterium für Kultur verfassungskonform wäre (FR, 30.5. 2005). Auch die CSU ist dagegen (WELT, 23.7.2005). Kulturstaatsministerin Christina Weiss hat sich für die Schaffung eines Rates der „Kulturweisen“ analog zu den „Wirtschaftsweisen“ ausgesprochen (WELT, 30.5. 2005). Das Gremium könnte sich aus Pour le Mérit-Trägern zusammensetzen (FR, 30.5. 2005). Was die machen sollen, ist allerdings offen.

Bilanz 1: Die Lieder der Kanzler-Barden

Rot-Grün könnte bald Geschichte sein: (...) Beobachtungen zur Kulturlandschaft der Schröder-Jahre (WELT, 24.5.2005)

Der Kulturminister

Zu den zahlreichen Ämtern, die die drohende Entbürokratisierung überdauern dürften, zählt eine Abteilung im Bundeskanzleramt. Deren offizielle Bezeichnung lautet „Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien“ und wird von einem Staatssekretär geleitet. Da dieser im Bundeskanzleramt aber den Titel „Staatsminister“ führt, gelang Gerhard Schröder bei seinem Amtsantritt 1998 ein Geniestreich: Ein Minister eroberte das Parkett der Berliner Republik, dessen Medienpräsenz sich umgekehrt proportional zu der Zahl seiner Mitarbeiter und den zu verteilenden Millionen verhielt. Seine Nützlichkeit war ungeheuer. Ob er bayerische Föderalismusverteidiger ärgerte, Berliner Opern vor der Schließung rettete, Preisverleihungen mit ministerialem Flair veredelte: Der

Bundeskulturminister hat vermutlich mehr für eine gediegene Repräsentation des rot-grünen Projekts getan als alle Fotos von planschenden Verteidigungsministern und Dosenpfandkampagnen zusammen. Künstler und Intellektuelle fühlen sich gleichermaßen hofiert und übersehen gern, daß auch ihr Ministerium kaum mehr als ein Plazebo-Amt ist.

Der Pop

Im Jahr 1994 wurden Politiker nach ihren Lieblingssongs gefragt. Gerhard Schröder: „In the Ghetto“ von Elvis. Joschka Fischer: „Highway to Hell“ von AC/DC. Rudolf Scharping: „Prost Deutschland“ von Konstantin Wecker. Rot-Grün war als ein Gesellschafts-Projekt in der Folge von 1968 angetreten, und seit der Hessenwahl von 1985 gehört Pop zum guten Ton von Regierungsvertretern. Die Milieus hatten immer ihre Hymenschreiber: Wecker natürlich, Lindenberg, Grönemeyer, die Scorpions, auch die Toten Hosen und die Fantastischen Vier. Aus ursprünglich kritischer Haltung wurde lautes, lauterer Einverständnis. Die neuen Mitten in den Ländern und im Bund bauten auf den Konsens der Populärkultur und stimmten das neue Liedgut der Freizeitgesellschaft an.

Marius Müller-Westernhagen konnte so zum Kanzler-Barden der Berliner Republik werden. Die Versöhnung von Pop und Politik ist aber für beide Seiten fragwürdig. Jetzt trennen sich die Wege wohl, und Rot-Grün steuert auf den „Highway to Hell“ zu.

Die Harmonie

Entspannte Verhältnisse in der Welt der Kultur sind ja gut und schön. Aber die ausschließliche Förderung jenes gepflegten linken Mainstreams, der sich unter den Augen des Kanzlers in der Sky-Lobby seines Amtes versammeln durfte, diese ganze einfalllose Prämierung des juste milieu von Altbarde wie Grass bis zu jüngeren Autoren wie Moritz Rinke machte mehr als deutlich, daß SPD- und Kanzler-Kultur lediglich dem Dekor diente. Kuschel-Literatur und Harmonie-Diskurs entsprechen ganz dem Niveau jener Gesundheitsbetreiber, die dem Kanzler auch in Debatten die Stichworte zuriefen. Sie haben den für die intellektuelle Szene unseres Landes neuartigen Typus des Zufriedenheits-Spießers hervorgebracht, der nicht nur den Verräter an der alten, ehrlichen sozialdemokratischen Bildungsbedürftigkeit macht, sondern auch vor den Problemen der wirklichen Welt die Augen verschließt.

Jenseits von Sachzwängen, Länderproporz, Machtpolitik Eine Union, die das Land sanieren will, braucht auch eine Idee von dessen kultureller Identität

(J. Michael Möller, WELT vom 8. Juni 2005)

Als Michael Naumann, frisch installiert, der Kohlregierung nachrief, sie habe eine „kulturellpolitische Wüste“ hinterlassen, ging ein Kopfschütteln durch die Reihen der Künstler und Kulturinstitute. Dort war Kohls höchst effizienter Kultursherpa Sieg-



hard von Köckritz unvergessen. Dort hatte man von einem Kulturbudget profitiert, das von 386 Millionen auf zuletzt über 1,3 Milliarden Mark angewachsen war. Und dort wußte man natürlich auch, daß die Idee eines Bundeskulturbeauftragten unter den Schwarzen reifen konnte.

Damit waren sie offenbar so erfolgreich, daß der Literaturkritiker Ulrich Greiner der CDU, dieser „von Hause aus kulturfernen Partei“ zähneknirschend attestieren mußte: Überall wo sie regiere, gebe es „Kultur satt“, all das, „was linke Sozialdemokraten, Kritiker und Künstler vor 20 Jahren gedacht und gefordert haben“, mache nun die CDU (...) Doch womit will eine bürgerlich-konservative Regierung intellektuell Eindruck schinden? Mit welchen Köpfen überhaupt?

Da gibt es die naheliegenden Lösungen, Norbert Lammert etwa, von dem Theaterleute wie Claus Peymann in höchsten Tönen sprechen. Oder Christoph Stölzl, der am ehesten noch einen großbürgerlichen Traditionsanspruch zu formulieren vermag, der anschlußfähig an die Popkultur bleibt. Dann gibt es die energische Karin von Welck und andere fähige Kulturmanager. Aber geht es nur um das möglichst reibungslose Weiter-So? Registriert diese Union eigentlich, welche Erwartungen jenseits des bösen Geredes von der schwarzen Republik auf ihr lasten? Daß sie zum ersten Mal vor einer jungen Generation von Intellektuellen steht, die ideologisch nicht vereinnahmt sind. Eine Generation, die sich die gei-

stige Rückerkundung des eigenen Lebens auf ihre Fahnen geschrieben hat und das lieblose Traktieren ihres eigenen Landes im Wirtschaftsberaterjargon satt hat. Was sagt die Union dieser Generation? Eine Revolution sei jetzt gefordert, „ein neues Menschenbild, das ist das mindeste“, tremolierte Matthias Matussek im „Spiegel“. Doch aus seiner Ironie spricht der pure Ernst. „Jetzt sollen die Neuen das Neue aussprechen, zumindest das.“

Doch tun sie das? Gibt es noch irgendeinen Platz für eine geistige Botschaft neben den Arbeitsmarktproblemen und dem globalen Wettbewerb? Neben Eigenheimzulage und Gesundheitsprämie? Blättert man in den kulturpolitischen Papieren der CDU, dann stößt auf man auf die Allgemeinplätze von der Kultur als dem kritischen Spiegel der Politik, oder Funktionsbeschreibungen wie diese: „Kultur hilft auch älter werdenden Menschen, geistig rege zu bleiben.“

Wenn in den von Endzeitstimmung geplagten rot-grünen Milieus tatsächlich von einer „Zivilisierung der Union“ die Rede ist, dann fragt man sich doch ernsthaft, welche Union da gemeint sein könnte? Oder hat nicht eher Harald Martenstein recht, der die politische Niederlage eingesteht, aber behaupten kann: kulturell sind wir Sieger geblieben.

Es wird kein geistiges Roll-Back geben, kein Zurück in die Gräben von '68. Was vor allem die Grünen derzeit umtreibt, ist eher die Sorge, daß die Konser-

vativen doch mehr sein könnten, als eine blaumännische Reparaturkolonne, die in den nächsten Jahren dafür sorgt, daß der Wasserhahn nicht mehr tropft. Es sind große Schattenvögel, die da plötzlich durch die rot-grüne Abenddämmerung fliegen, Nachtmahre, die den Grünen zuraunen, es könnte ganz andere geistige Projekte auf sie zukommen, als die, denen sie ihren geistigen Stempel aufdrückten. Es ist doch unstrittig, wenn die CDU feststellt, wie notwendig der „Austausch zwischen Kultur und Politik“ sei. Aber dann muß sie auch sagen, welche Kultur sie meint, warum die deutsche Krankheit eben auch eine kulturelle, eine geistige Misere ist, und warum es eine Kultur der Wiedergeburt braucht und nicht nur Handwerker, die eine alte Maschine wieder zum Laufen bringen. Und dann stellt sich natürlich die Frage, wo das alles seinen Ort haben wird in einer Zeit der politischen Armut und der ökonomischen Not. Es braucht kein Sedativum. Es braucht jetzt die Glut.

Staatsziel Kultur?

Ein „Staatsziel Kultur“ empfiehlt die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ durch die Ergänzung um einen neuen Artikel 20b im Grundgesetz: „Der Staat schützt und fördert die Kultur.“ (WELT, 31.5.2005; dazu auch die FAZ vom 2.6.2005); Bundestagspräsident Thierse ist dafür: „Wir sollten in der Verfassung Deutschland auch als Kulturstaat definieren und damit Bewahrung, Pflege und Wahrung der Kultur mit einer eigenen Be-



stimmung in das Grundgesetz aufnehmen.“ Kommentar in der WELT vom 2.6.2005: „Es ist nicht einzusehen, warum die Wurzeln der Bäume durch das Grundgesetz in Art. 20a geschützt werden, die Wurzeln der Menschen aber nicht. Das Grundgesetz ist im Übrigen kein Gesetz allein für die Bundesebene, sondern es regelt generell unser Zusammenleben im föderalen System Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb ist es schon von Bedeutung, ob in diesem grundlegenden Gesetz der Kultur eine Bedeutung zukommt oder ob sie durch Nichterwähnung dem Verdacht der Nichtachtung ausgesetzt wird. Ihr (der Kultur) gebührt, folgt man diesem Trend, mindestens die gleiche verfassungsrechtliche Dignität wie dem Boden, dem Wasser, der Luft, den Pflanzen und den Tieren. Man wird, nachdem man das Staatsziel-Fenster geöffnet hat, der Kultur diesen Status kaum verweigern können. Warum sollte sich ausgerechnet an ihr die Klugheit verfassungspolitischer Zurückhaltung beweisen?“

Anders „Krauses Klartext“ in der WELT vom 18. Juni 2005: „Das einzige, was man sinnvollerweise vom Staat verlangen kann, ist, daß er die Hände von der Kultur läßt!“

Weiterführen

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat sich für eine Fortsetzung der Enquete-Kommission Kultur des Bundestages nach den Neuwahlen ausgesprochen. (WELT, 2.6.2005).

Architektur

Stiftung Baukultur gestoppt

Der Bundesrat hat am 17. Mai 2005 die „Stiftung Baukultur“ vorerst gestoppt und den Vermittlungsausschuss angerufen. Einstimmig gebilligt hatte das Parlament am 12. Mai einen von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzesentwurf, mit leichten Änderungen, diese Stiftung zur Förderung von Architektur und Bauqualität zu errichten. Der jährliche Finanzbedarf wird auf bis zu 2,5 Millionen Euro geschätzt. Die Stiftung sollte das Bewusstsein für die Belange der Baukultur in der breiten Öffentlichkeit stärken. (WELT, 14.5. 2005). In dieser Legislaturperiode wird sie wohl nicht mehr kommen (s. SZ/FAZ, 18.6.2005).

Bildung

Kulturmanagement

Über einen MBA-Studiengang „Kulturmanagement“ (2 Jahre; 20 Studienplätze; ausschließlich auf Englisch!), eingerichtet ab Herbst 2005 an der „University of Salzburg Business School“, berichtet die WamS vom 19. Juni 2005.

Nachfrage wächst

Nach einer dpa-Umfrage ist die Nachfrage nach Musik in deutschen Schulen gewachsen. In vielen Bundesländern werde neuerdings, neben dem regulären Musikunterricht, die Möglichkeit geboten, ein Instrument zu lernen. Da es freilich an qualifizierten Schulmusikern für diesen Unterricht mangelt, wer-

den Musiker als Ersatzlehrer qualifiziert, so im Saarland und in Rheinland Pfalz. Keine speziellen Musikklassen kennt man in Nordrhein Westfalen und in SachsenAnhalt. Dafür verzeichnet man dort erhöhten Bedarf. Hessen betreibt Musikunterricht vor allem an Grundschulen, in den hessischen Oberstufen gibt es das Fach nur als Leistungskurs. Spezielle Musikklassen werden an den Schulen in Deutschland immer beliebter. Besonders beliebt sind Bläser- und Streicherklassen in Rheinland-Pfalz, Schleswig Holstein, Niedersachsen und Bremen. In Mecklenburg gibt es zwei Musikgymnasien, in Sachsen fünf mit vertiefter musischer Ausbildung (WELT, 25.4.2005), zwei Schulen in Brandenburg haben einen Musikschwerpunkt (FAZ, 26.4.2005).

Musikalische Analphabeten?

Die Deutsche Orchestervereinigung in Berlin hat beklagt, dass immer mehr Kinder in Deutschland „musikalische Analphabeten“ sind. Sie können nicht mehr richtig singen geschweige denn ein Instrument spielen, so Geschäftsführer Gerald Mertens: „Eine Masse von Kindern kommt mit Musik überhaupt nicht mehr in Kontakt.“ Das gefährde nicht nur die Zukunft der deutschen Musikkultur, sondern schädige das gesamte Bildungsniveau (WELT, 1.2.2005).

Auf der Jahrestagung des Deutschen Bühnenvereins in Dresden warnt auch Verbandspräsident Klaus Zehelein vor dem Verlust der musischen Bildung an den Schulen: „Wir drohen das Band zwischen der



Kunst und dem, was für ihr Verständnis notwendig ist, zu verlernen“, warnte Zehelein. „Viele Kinder werden weder vom Elternhaus noch von der Schule ausreichend an die Künste herangeführt.“ (FAZ, 11.6.2005).

Aber immerhin lernen derzeit hierzulande mehr als eine Million ein Instrument, an erster Stelle Klavier, gefolgt von Gitarre und Blockflöte. Die Instrumentenbauer sehen wenig Grund zur Klage. Das Exportgeschäft läuft blendend, und der Inlandsumsatz legte in 2004 auf 156 Millionen Euro zu. (IWD, 19/2005).

Auslandsschulen

Die Auslandsschulen schlagen Alarm: Nur 170 Mio. (vor 6 Jahren: 195 Mio.) habe das AA 2005 für die 117 Auslandsschulen zur Verfügung gestellt; nach Angabe des AA sind es 174 Mio. Der Verband der Lehrer im Ausland hofft auf eine neue Bundesregierung (SZ, 4.8.2005).

Buch

Bestseller

Seit dem Start Anfang Oktober 2004 sind mit der Bildbestsellerbibliothek insgesamt 2,5 Millionen Bücher über die Ladentheke gegangen. Der überwiegende Teil über die Buchläden und ein Drittel der Auflage über den Zeitungs- und Zeitschriftenhandel (WELT, 25.1.2005).

Deutsche Nationalbibliothek: neues Gesetz gekippt

Die Neufassung des Gesetzes über die Deutsche Bibliothek hatte zum Ziel, den Sammelauftrag der Bibliothek auf die als

Netzpublikationen veröffentlichten Medienwerke zu erweitern.

Damit sollten neben den bislang nur in körperlicher Form gesammelten Medienwerken wie Bücher und Tonträger auch die mittlerweile weit verbreiteten innovativen Veröffentlichungsformen auf Dauer für Literatur, Wissenschaft und Praxis gesichert und zugänglich gemacht werden. Über diese Aufgabenerweiterung hinaus sollte neben einer Aktualisierung, Straffung und übersichtlicheren Gestaltung des geltenden Gesetzes der bisherige Name der Bundesanstalt „Die Deutsche Bibliothek“ ihrer tatsächlichen Funktion entsprechend in „Deutsche Nationalbibliothek“ geändert werden. Letzteres ist allerdings am Bundesrat gescheitert: Die Umbenennung würde der Rolle der Staatsbibliotheken in Berlin und München nicht gerecht (FAZ, 12.7.2005).

Stadtbibliotheken

Würzburg hat wie schon zuvor die beste Großstadtbibliothek in Deutschland, auf Platz 2 und 3 des sog. Bibliotheksindex (BIX) liegen bei Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern Heidelberg und Münster (WELT, 23.6.2005).

Buchpreisbindung

Nach einer Endumfrage haben 55% der befragten Deutschen für feste Buchpreise gestimmt. 32% halten die Buchpreisbindung für falsch, 13% enthielten sich. Die Zustimmung zur Preisbindung ist in Ostdeutschland mit 60% höher als im Westen (WELT, 7.4.2005).

Währenddessen hat die Wettbewerbskommission der Schweiz die Buchpreisbindung für deutschsprachige Bücher verboten. Allerdings ist die Entscheidung noch nicht rechtskräftig und muß auf Betreiben der Schweizer Buchhändler noch einen langen Instanzenweg hinter sich bringen. Wenn die Sache vom Schweizer Bundesrat verhandelt wird, soll es dort mehrheitlich eine Fortführung der Buchpreisbindung geben (WELT, 1.4.2005). Dazu auch der Bericht in der FAZ vom 31. März 2005 und der große Beitrag in der NZZ vom 18. Juni 2005.

Mehr lesen

Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft der Jugendbuchverlage soll nur jedes dritte Kleinkind in Deutschland im vergangenen Jahr ein neues Bilderbuch bekommen haben. Nach einer Mitteilung der Stiftung Lesen wird nur noch in jeder dritten Familie mit Kindern unter 10 Jahren vorgelesen. Dazu die WELT vom 30.3.2005: „Das alles ist bekannt und scheint auch nur wenige zu stören. Leichthin und von Hartz IV inspiriert hantiert man gegenwärtig gern mit dem Begriff der ‚Unterschicht‘, akzeptiert, dass die Hauptschule zur Sackgasse verkommen ist und setzt auf die wenigen Akademikerkinder. Das aber darf nicht sein. Denn alle Kunst und alle Wissenschaft ist nichts ohne die Kinder. Wer da nur auf jedes dritte Kind hofft, versündigt sich an der Kunst, an der Wissenschaft, an der Gesellschaft und vor allem anderen an den Kindern selbst. Wem das egal ist, der möge sein Apfelbäumchen



pflanzen, das gute Chancen hat, nicht als Blatt Papier zu enden.

Die anderen aber sollten sich zusammen tun: Autoren und Verlage, Lehrer und Eltern, Politik und Medien. Das Zeug zum Leser haben viele, aber viele Leser gibt es nur, wenn sie viele finden, die das Lesen lehren.“ Zur Lektüre unserer Kinder und Jugendlichen siehe auch die FAZ vom 9.2.2005: „Statt sie wie die Märchenhelden in früheren Zeiten allein hinaus in die Welt zu entlassen, wo sie sich bewähren mußten, halten die jetzigen Kinderbucheltern ihre Kinder krampfhaft fest, flehen um Verständnis und lassen sich umsorgen. Das ist kein guter Tausch; kein Wunder, dass diejenigen Kinder die noch gerne lesen, zu einfalllosen Phantasiebüchern greifen, wo die Verhältnisse klar – und die Helden fast immer elternlos unterwegs – sind.

Vielleicht sollte man den Buchkindern etwas weniger starke Schultern andichten, damit sich die Großen nicht mehr so bequem daran ausweinen können und den wirklichen Kindern mehr Freiheit zutrauen.“

Neue Bestmarke

Die Leipziger Buchmesse 2005 hat mit 108.000 Besuchern wieder eine neue Bestmarke erreicht. Ein Zuwachs von 6% (WELT, 21.3.2005).

Anna-Amalia-Bibliothek

Von den 62.000 Bänden, die in der Brandnacht am 2. September 2004 mit zum großen Teil schweren Wasser- und Brandschäden geborgen wurden, seien 20.000 voraussichtlich nicht restaurierbar, so die Stiftung

Weimarer Klassik. Zusammen mit den rund 50.000 Bänden, die durch das Feuer völlig zerstört wurden, rechnet die Stiftung nunmehr mit einem totalen Verlust von rund 70.000 Titeln (WELT, 17.3.2005). Zehn deutsche Stiftungen spenden der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar 500.000 Euro für die Restaurierung der beschädigten Bücher, so der Bundesvorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Fritz Brickwedde, am 24. Mai 2005 in Weimar. Weitere Stiftungen hätten bereits ebenfalls angekündigt Geld zu spenden. Mit den Mitteln der Stiftungen sind bislang 9,5 Mio. Euro privater Spenden zur Rettung der Bibliothek eingegangen (SZ, 25./26.5.2005).

Optimistisch

2004 hat der Buchhandel in Deutschland zum ersten Mal seit drei Jahren wieder ein leichtes Umsatzplus erwirtschaftet. Der Umsatz wurde um 0,96 Prozent gegenüber 2003 gesteigert. Für 2005 sind die Buchhändler daher optimistisch. (WELT, 17.1.2005). Außerdem will der Buchhandel verstärkt auf ältere Leser über 50 setzen (WELT, 28.6.2005).

Denkmal

Geld

Trotz angespannter Haushaltslage fließen in diesem Jahr bundesweit rund 14,5 Mio. Euro in den Erhalt bedeutender Kulturdenkmäler. Damit sollen 83 Denkmäler Ost und West vor dem Verfall bewahrt und restauriert werden. Das Geld stammt

größtenteils aus einem speziellen Programm, mit dem seit 1950 fast 500 Denkmäler mit 248 Mio. Euro erhalten und restauriert werden konnten (SZ, 6.4.2005).

Bedrohender Kommerz

Neben Krieg und Naturkatastrophen bedrohten zunehmend kommerzielle Interessen das Weltkulturerbe, so die Internationale Gesellschaft für Denkmal- und Naturschutz (IKOMOS) bei der Präsentation des „Weltreports über Denkmäler in Gefahr“. Der Bericht umfasst 50 Beiträge über Problemfälle, u.a. über die „geplanten Wolkenkratzer“ in Köln.

Erinnerungskultur

Netzwerker

Deutschland, Polen, Ungarn und die Slowakei wollen im Rahmen eines Netzwerkes „Erinnerung und Solidarität“ die Geschichte des 20. Jahrhunderts gemeinsam aufarbeiten. Eine entsprechende Absichtserklärung unterschrieben die Kultusminister der vier Länder am 2. Februar in Warschau. Nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag soll mit dem Netzwerk das von der Union favorisierte „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin verhindert werden, für das sich die Union in ihrem Wahlprogramm ausgesprochen hat.

Ausstellung

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, hat für September 2006 die Eröffnung einer Ausstellung in



Berlin mit dem Titel „Das Jahrhundert der Vertreibungen“ angekündigt. Die rund 500.000 Euro teure Dokumentation solle nach Möglichkeit bis zur Eröffnung des Zentrums gegen Vertreibungen gezeigt werden, so Steinbach. Auch die Vertreibung der Polen aus ihren früheren Ostgebieten sei als Thema eingeplant (WELT, 25.2.2005).

Nach der Wahl

Eine öffentliche Anhörung zum Berliner Konzept für das Gedenken an die Mauer veranstaltete der Kulturausschuß des Bundestags im Juni 2005. Es wurden gehört: Marianne Birthler, die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, der Leiter des Bonner Hauses der Geschichte der Bundesrepublik, Hermann Schäfer, und die Zeithistoriker Konrad Jarausch und Manfred Wilke. Die Übereinstimmung war beträchtlich: An der Bernauer Straße sollen die vorhandenen Reste der Mauer gesichert und besser in die Arbeit des Dokumentationszentrums eingeführt werden, am Brandenburger Tor sollen den Besuchern die vielen „Zeichen und Orte“ (Birthler) des Gedenkens zugänglich gemacht werden. Berlin sei bereit, die Hälfte der Kosten des Dokumentationszentrums zu übernehmen, sagte Senator Thomas Flierl (PDS), doch sei durch die neue Situation ungewiß, wer demnächst „der Partner“ des Landes für die Planung der Gedenkstätte sein werde. Wie es mit dem von der derzeitigen Staatsministerin für Kultur vorgeschlagenen Vorhaben weitergeht, in Berlin zwei Stiftungen - eine für die NS-Gedenkstätten und

eine für die der SBZ/DDR-Stätten - zu errichten, ist offen.

Spaltung befürchtet

Eine Spaltung der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland befürchtet Wolfgang Schuller in der FAZ vom 5.1.2005 und folgert: „Wenn die Deutschen Opferorganisationen mit denen in Russland und Osteuropa zusammengingen, wären die Maßstäbe wieder zurecht gerückt. Da würden auch die NS-Opfer nicht das Gefühl haben ihnen geschehe durch das Zusammenlegen mit den anderen Verfolgten unrecht. Dann könnte es wirklich gegenseitige Achtung und Respekt geben. Das wäre die Haltung, durch die die Toten dauerhaft geehrt würden.“

§ 96: Pommern-Museum

Nach fast sieben Jahren Bauzeit ist am 3. Juni 2005 das Pommerische Landesmuseum in Greifswald eröffnet worden, das die pommersche Geschichte zunächst von ihren Anfängen bis zum 17. Jahrhundert zeigt. 20 Mio. Euro flossen in den Museumskomplex (WELT, 1.6.2005; Bericht in der FAZ vom 17. Juni 2005).

Expertenkommission „SED-Diktatur“

Das Konzept für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ wird durch eine von Kulturstaatsministerin Christina Weiss berufene Expertenkommission vorbereitet, die sich am 9. Mai 2005 konstituiert hat. Die Ergebnisse sollen im Rahmen eines Symposiums mit dem Arbeitstitel „15 Jahre Deutsche

Einheit - 15 Jahre Aufarbeitung“ Ende Oktober 2005 in Berlin vorgestellt und diskutiert werden.

In die Überlegungen der Kommission sollen ausschließlich Einrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung einbezogen werden, wie etwa die frühere Stasi-Zentrale in der Normanenstrasse, das ehemalige Stasi-Untersuchungsgefängnis in Hohenschönhausen oder die Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße.

Film

Rückblick

Die diesjährige Berlinale bewertet die FAZ vom 19.2.2005: „Zehn Tage lang zeigte sich in Berlin eine Kinokultur, zu der neben den Filmen die Filmtheater und vor allem das Publikum gehören. Eine Kultur, so muß man leider sagen, die von Sonntagabend an für ein Jahr wieder aus Deutschland verschwinden wird. Das große Kinoschließen wird trotz im Jahr 2004 gestiegener Besucherzahlen weitergehen, wie ein Großverleiher bekannt gab.“

Erfolgreiches 2004

Das Jahr 2004 war eines der erfolgreichsten Kinojahre in Deutschland überhaupt um Zustand des deutschen Films (s. auch IWD 8/2005). Mit fast 157 Mio. Besuchern wurden 7,8 Mio. mehr Zuschauer als 2003 in die Kinos gelockt. Der Marktanteil deutscher Filme lag bei 23,8 %. Insgesamt sahen sich 36,7 Mio. Kinofans einheimische Produktionen an. 2003 lag



der Marktanteil noch bei 17,5 %. Der Kinoumsatz ist von 850 Mio. Euro auf 892,9 Mio. Euro gewachsen. Das drittbeste Ergebnis seit der Wiedervereinigung (WELT, 10.2. 2005). Dafür stieg die Zahl der Kinobesucher in den 25 heutigen EU-Staaten in dem vergangenen Jahr gegenüber 2003 um als 6 % auf mehr als eine Milliarde. Als besonders kinofreudig erwiesen sich die Franzosen, die rund 194 Millionen Eintrittskarten kauften, gut 12 % mehr. Deutschland liegt bei plus 5,2 %. Der Anteil der europäischen Produktionen war mit 26,5 % stabil. (WELT, 7.5. 2005). Aktuell melden die deutschen Kinos allerdings wieder Einbrüche: 13 % weniger Besucher im 1. Halbjahr 2005 (WELT, 21.6.2005). Dafür steigt das Geschäft mit der DVD-Verwertung; hier geht der Streit darüber, ob die Verwertungsfristen verkürzt werden sollten (3 statt 6 Monate).

Die FAZ vom 16. Dezember 2004 warnt: „Der Motor des deutschen Films läuft nicht rund, er stottert nur mehr oder minder heftig. Im Augenblick scheint er auf hohen Touren zu drehen. Aber man hüte sich davor, den Lärm, den er macht, mit Kraft zu verwechseln.“ Aber auch Hollywood „gerät tiefer in die Krise“, so die WELT vom 3. August 2005: Die Menschen wollen wieder „schlichte Komödien“ sehen.

Filmförderungsgesetz

Mit den Worten, der deutsche Film befinde sich im Aufwind, hat Kulturstaatsministerin Christina Weiss eine positive Jahresbilanz des neuen Filmförderungs-

gesetzes gezogen. Mit einem Marktanteil von über 23 % habe der deutsche Film einen schon seit Jahren nicht mehr erreichten Inlandserfolg erzielt. (WELT, 29.12.2004).

Im April 2005 sind die neuen Filmförderungsrichtlinien der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Kraft getreten. Wesentliche Änderungen gegenüber den bisher geltenden Richtlinien sind insbesondere:

- Die Preisträger des Deutschen Filmpreises werden nicht mehr durch von der BKM bestellte Jurys sondern durch die Deutsche Filmakademie vorgeschlagen und ausgewählt. Die Prämien für die Preisträger werden nach wie vor durch die BKM bereitgestellt. Außerdem wurden die Kategorien für den Deutschen Filmpreis leicht verändert.

- Neu eingeführt wurde die Drehbuch- und die Projektentwicklungsförderung für programmfüllende Kinder- und Jugendfilme.

- Die Kinder- und Jugendfilmförderung wird gemeinsam mit dem Kuratorium junger deutscher Film durchgeführt.

- Die Produktionsförderung für programmfüllende Spiel- und Dokumentarfilme ist vorrangig für Filmproduktionen bis zu 2,5 Mio. Euro gedacht.

- In Zukunft soll es im Rahmen der Kinoprogrammpreise einen neuen Spitzenpreis für das Programm in den Bereichen Kinder- und Jugendfilm, Kurzfilm und Dokumentarfilme geben.

- Beim Innovationspreis können drei statt bisher zwei Preise vergeben werden.

- Der Verleiherpreis wurde auf 75.000 Euro reduziert.

- Die Pflichthinterlegung einer Archivkopie beim Bundesarchiv/ Filmarchiv durch Produzenten und Verleiher für die von der BKM geförderten Filme wurde präzisiert.

Im übrigen wurden die Richtlinien an die Regelungen des am 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Filmförderungsgesetzes (FFG) angepasst.

Internet

Google kommt?

Das kulturelle und wissenschaftliche Erbe Europas wird im Internet verfügbar gemacht. Die Digitalisierung europäischer Bibliotheksbestände haben die Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Polen und Ungarn initiiert. Sicher nicht ohne Risiken, aber doch ganz erfreulich ist auch, dass Google 15 Millionen Bücher ins Internet stellen will, was natürlich erhebliche technische Probleme mit sich bringen könnte (siehe Bericht in der WELT vom 14. Januar 2005).

Der damit unterstellten „überwältigenden Dominanz Amerikas“ will sich freilich Frankreich entgegenstellen. Der Leiter der französischen Nationalbibliothek in Paris Jean-Noel Jeanneney hat zu einer europäischen Gegeninitiative gegen die „überwältigende Dominanz Amerikas“ aufgerufen. „Wieder einmal“, so die SZ vom 26./27. Februar 2005, „stehen sich europäischer Etatismus und amerikanischer Wirtschaftsliberalismus



gegenüber. Die europäische Überzeugung, dass Kultur nicht nur eine Sache der Konzerne sein sollte, trifft sich dabei mit der wirtschaftlichen Realität, dass keine europäische Suchmaschine Google Paroli bieten könnte.“

Neue Plattform

Der deutsche Film hat mit der Internetplattform „Filmportal.de“ ein neues Forum mit Informationen zu 30.000 Filmen und 75.000 Filmschaffenden geschaffen, die kostenlos zur Verfügung stehen (SZ, 11.2.2005).

Archivierung

Für die Errichtung eines Archivs der Medienkultur im Internet hat sich Kulturstaatsministerin Weiss ausgesprochen. Öffentliche wie private Rundfunkanstalten sollten ihre „Schätze“ elektronisch zur Verfügung stellen. Es würden zu wenige Diskussionen über den Bereich des Internets geführt werden, kritisierte Weiss (WELT, 20.4.2005).

Vernetzung

Wikipedia hat sich mit dem Online-Katalog der Deutschen Bibliothek verbunden; dazu die WELT vom 4. August 2005: „Die Vernetzung bietet neue Nutzungschancen.“

Museum

Große Nachfrage

Mehr als 101 Millionen Menschen haben 2002 die deutschen Museen besucht. Eine Steigerung gegenüber 1990 um 4,3 %. Erfasst wurden 6.059 Museen,

4.687 in den alten, 1.372 in den neuen Bundesländern. Die meisten Besucher zählte Bayern (20,5 Mio.). Bei den Städten (ohne Stadtstaaten) lagen München mit 4,2 Mio. und Köln mit 2,2 Mio. vorne. 39 % der Museen konnten 2002 kostenlos besucht werden (FAZ, 14.4.2005).

Musik

Geringe Chancen

Die Chancen für Berufsmusiker haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert; In den Spielzeiten 2004/5 bis 2006/7 werden nur 400 Stellen altersbedingt bei Orchestern und Rundfunkchören frei. Hinzu kommt der Personalabbau (seit 1992: 32 Orchester abgebaut) Außerdem gilt für eine Einstellung die ungeschriebene Altersgrenze von 5 Jahren.

Deutschquote erfolglos

Die WELT vom 10. Februar 2005 berichtet, dass der Appell des Bundestages an die Radiosender, 35 % des Programms mit deutschen Produktionen zu bestreiten, nicht von vielen Hörfunkanbietern befolgt wurde. Die Quote verbesserte sich von Januar 2004 auf Januar 2005 bei den 61 Privatsendern von 18,74 auf 20,55 %, bei den 18 öffentlich-rechtlichen Anbietern mit Popmusik sank sie von rund 19,45 auf 18,21 %.

Pop aus der Krise?

Nach einem Bericht des Spiegels (12/2005) hilft die anspruchsvolle deutsche Popmusik der Musikbranche aus der Krise. Die

Musikkonzerne machen wieder Gewinne: Sony-BMG verdiente im vergangenen Jahr rund 27 Mio. Euro, EMI rechnet mit einem Gewinn von über 10 Mio. Euro und erzielte beim Umsatz von rund 300 Mio. Euro eine Rendite von über 10 %. Hingegen ist das digitale Geschäft derzeit noch eine Randerscheinung, so Sony-BGM-Chef Steinkamp: „Aber allen großen Reden, die dazu geschwungen werden, zum Trotz: Es ist bestimmt nicht die Rettung der Musikindustrie.“

Musik der Renner

Immerhin war Musik mit mehr als 40 Millionen verkauften CDs und DVDs der Renner des letztjährigen Weihnachtsgeschäftes. Mit mehr als 400 Millionen Euro erzielte die Industrie im November und Dezember rund ein Viertel des Jahresumsatzes (FAS, 2.1.2005).

Besserung

Nach rückläufigen Umsätzen in den vergangenen Jahren sieht die deutsche Musikwirtschaft Anzeichen für eine Besserung. Besonders die Instrumentenhersteller und die Importeure verzeichnen 2004 Zuwächse. Dagegen stagniert weiterhin der Musikfachhandel, so der Dachverband für Musikwirtschaft und Veranstaltungstechnik in Frankfurt (WELT, 6.4.2005).

Gegen Gewalttrapper

Die SPD-Politikerin Monika Griefahn will gegen aggressive HipHop-Videos im Fernsehen vorgehen. Sie sieht darin eine Gefahr für Jugendliche, die im Fernsehen nicht duldbar sei, so die Vorsitzende des Bundesaus-



schusses für Kultur und Medien im Focus. Sollten Sender wie MTV und VIVA ihre Kontrollpflichten nicht besser ausüben, wolle sie über die Rundräte ein Sendeverbot für Videos dieser Gewaltrapper durchsetzen. (WELT, 6.6.2005).

Parteien

SPD

Über eine öffentliche Anhörung zum Kulturkapitel im Rahmen ihres neuen Grundsatzprogramms berichtet die SZ vom 18./19. Februar 2005 und bilanziert: „Ein recht sonderbares Prosastück ist aus dieser Mischung (von Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse, Edelgard Bulmahn und Doris Ahnen) herausgekommen. Seite an Seite finden sich in dem Papier das produktivitätsfixierte Innovationsmantra aus dem Forschungsministerium und so schöne Worte wie das von den ‚Erfahrungsräumen menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit‘, die erkennbar aus Nida-Rümelins Feder geflossen sind.

Wird die Kultur also für Sozialdemokraten nun zum biologischen Rettungsraum inmitten der Unsicherheiten der rauen Hartz-IV-Gesellschaft? (...) Die eleganteste Antwort auf die Frage, wie Kulturpolitik heute funktioniert kam an diesem Abend hervor in dem einsilbigen Intendanten der Salzburger Festspiele, Peter Ruzicka. Amüsiert erzählte er von einer Studie zur ‚Umwegrentabilität‘ des Festivals, die er in Auftrag gab und die ihm so bei der Regierung die zusätzlichen 2,5 Mio. Euro für

das Mozartjahr sicherte. Vielleicht weiß Herr Ruzicka am besten, welche Papiere die Kultur wirklich braucht.“

Sprache

Lieber deutsch

Die Präsidentin des Goethe-Institutes Jutta Limbach hat einen „unterkühltes Verhältnis“ der jüngeren Generation in Deutschland zur eigenen Muttersprache beklagt: „Sprache ist Kultur und spiegelt kulturelle Eigenheiten des Landes wider“. Damit verband sie eine Kampfansage an die um sich greifende Manie der Anglizismen in allen Sprachen. Es gebe in Deutschland bei größeren Veranstaltungen eine „gerade anbietende Bereitschaft“ auf die eigene Sprache zu verzichten, um Internationalität zu demonstrieren (WELT, 19.4.2005). Ein großer Beitrag zur deutschen Sprache als Integrationsvoraussetzung s. Stefan Luft in der FAZ vom 29. Juni 2005.

Verhuzung

Auch der Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Sprachwelt“, Thomas Paulwitz, hat die Verfälschung und Verhuzung der Sprache Schillers und andere deutscher Klassiker angeprangert. In Schulbüchern wie in Theatern würden die Werke Schillers teilweise bis zur Unkenntlichkeit entstellt. So habe der Schulbuchverlag Cornelsen in seiner Reihe „Einfach klassisch“ Schillers „Wilhelm Tell“ in ein „hausbackenes und holpriges Simpeldeutsch“ übertragen (WELT, 7.5.2005).

Flickschuster und Legastheniker

Zur Festlegung der KMK, die umstrittene Rechtschreibreform zum 1. August 2005 in Kraft zu setzen (nur Bayern und NRW sind ausgeschert), bemerkt die FAZ vom 6. Juni 2005: „Drei Befunde liegen seit dem Wochenende auf dem Tisch:

Erstens: Die Einheit der Rechtschreibung wird auch nach dem 1. August nicht gegeben sein, nicht im Bereich der Schulen, geschweige denn in der Öffentlichkeit.

Zweitens: Der Rat für Rechtschreibung hat bewiesen, dass er zu unabhängiger und konstruktiver Arbeit fähig ist.

Drittens: Die Kultusministerkonferenz ist und bleibt eine Versammlung blindwütiger Flickschuster.“

Aus den Mitteilungen des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein Westfalen April 2005 über die „neue Rechtschreibung in Kommunalverwaltungen“: „Städte und Gemeinden in Nordrhein Westfalen sind nicht verpflichtet die neue Rechtschreibung einzuführen. Vielleicht ist diese Entscheidung den Kommunen selbst überlassen (...) Vor dem Hintergrund der vielfältigen Defizite und Widersprüchlichkeiten der reformierten Rechtschreibung möchte die Geschäftsstelle empfehlen diese Form der kultusministerial beschlossenen Legasthenie im kommunalen Verwaltungsverfahren nicht anzuwenden.“ (FAZ, 11.5.2005). Die drei Akademien der Künste in Berlin, München und Dresden haben gegen den Beschluss der KMK protestiert (FAZ, 23.6.2005).



Latein kommt

Rund 7 Prozent aller Schüler in Deutschland lernen Latein mit steigender Tendenz (WELT, 28.4.2005).

Theater

70 %

In der Spielzeit 2002/2003 besuchten bundesweit 35 Mio. Menschen die Aufführungen von Theatern, Opern, Musicals, Orchestern oder Balletten. Die Auslastung der Häuser lag durchschnittlich bei über 70 % (WELT, 17.1.2005).

Öffentliches Gut

Ein Bericht über die Theatersituation in Deutschland in der FAS vom 30. Januar 2005, der den Unterschied zur Situation im Osten wie folgt charakterisiert: „Es gibt eben unterschiedliche Sichtweisen: Im Westen richtet sich der Blick zunächst auf das Finanz- und Haushaltsloch, auf die Personalkosten, die 80% des Etats ausmachen. Im Osten schaut man auf die Arbeitslosigkeit. Und aus dieser Perspektive bietet das Theater zu vergleichbar geringen Kosten sinnvolle Arbeitsplätze. Hier wird das Theater, mehr als im Westen, als öffentliches Gut angesehen, von dem alle profitieren und das allen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.“

Multikulti

Auf der Jahrestagung ihrer Gesellschaft haben die deutschen Dramaturgen im Januar 2005 verkündet, das deutsche Theater habe in der „gegenwärtigen Verfassung keine Zukunftschance“.

Vor allem nicht mit dem, was die von den Dramaturgen gehassten „aussterbenden Bildungsbürger“ ein „Werk“ oder gar „Kunst“ nennen würden. Hinzu komme der unabwiesbare Trend zur Multikultur. Das deutsche Theater müsse der Zuwanderung Rechnung tragen, Bildung jedenfalls habe im Theater nichts mehr verloren. Dazu die FAZ vom 17. Januar 2005: „Wieso aber sollen die Ströme der Zuwanderer mit ihren Steuern für die Subvention einer deutschen Institution aufkommen, die nichts Besonderes zu schaffen mehr an sich hat, und darum nicht mehr leisten möchte als jede interkulturelle Teestube? Und vor allem sich von ihrer Geschichte verabschiedet, nichts mehr aus ihr bewahren, aufheben, weitergeben, sondern sich nur noch dem anpassen will, was sowieso passiert. Theater muss sein“, damit wirbt der Deutsche Bühnenverein für das Theater. Dessen Intellektuelle, die Dramaturgen, sind da offenbar ganz anderer Ansicht. So arbeiten sie auch gerade fleißig an ihrer eigenen Abschaffung.“

Urheberrecht

Nach 70 Jahren

Nicht nur im Falle der „Weber“ in Dresden, sondern auch in anderen Veränderungen bei modernen Theaterstücken kommt es immer öfter zum Konflikt der Theater mit Autoren und Verlagen. Die Rechtslage ist eindeutig. Nur klassische Texte, deren Verfasser länger als 70 Jahre tot sind, dürfen ungehindert umgeschrieben und verhackstückt wer-

den. Theaterchef Grunhoff vom Schauspiel Dortmund: „Ich checke im Vorfeld immer genau, was wir dürfen.“ (Focus, 5.2.2005).

Reform der Aufführungsrechte

Die Rahmenbedingungen für die Vergabe von Aufführungsrechten durch Verlage an Theater werden zur Spielzeit 2005/2006 reformiert. Die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bühnenverein und dem Verband Deutscher Bühnen- und Medienverlage sieht unter anderem folgendes vor: Der Verlag muss unterrichtet werden, wenn Fremdtex-te in ein urheberrechtlich geschütztes Werk eingefügt werden. Theater dürfen mit Zustimmung des Verlags mit einer Videoaufzeichnung des Werks im Internet werben und Opernlibretti für Übertitelungsanlagen übersetzen und bearbeiten (SZ, 8.7.2005).

Überarbeitet

Im Januar 2005 hat Bundesjustizministerin Brigitte Zypries ihren Entwurf für eine Überarbeitung des Urheberrechts vorgestellt, in dem das Verfahren zur Festlegung der pauschalen Vergütungen neu geregelt werden soll. Private Kopien von Musik-CDs, die nicht kopiergeschützt sind, bleiben erlaubt. Allerdings ist es nach wie vor verboten, den Kopierschutz zu knacken (WELT, 13.1.2005).



Kulturpolitik in Ländern und Kommunen

Kulturausschuss wieder eingerichtet

Das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat dem Hauptausschuss im Mai 2005 vorgeschlagen, die Zusammenlegung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit mit dem Ausschuss für Schule, Kultur und Sport rückgängig zu machen. Bis zu einer Entscheidung des Hauptausschusses sollen die Ausschüsse entsprechend der Aufgabengebiete getrennt tagen. Im März 2004 wurde, eine Woche nachdem der Deutsche Städtetag sein Kulturdezernat abgeschafft hatte, der Kulturausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes mit dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit verschmolzen.

Kulturhauptstadt

Essen und Görlitz

Der Bundesrat hat am 29. April 2005 den Vorschlag einer entsprechenden Fachjury vom März für Essen und Görlitz gebilligt. Eine Jury will in Brüssel im November 2006 zu einem Votum kommen.

Nach dem Vorbild der jährlich ernannten Kulturhauptstadt Europas prüft der Deutsche Städtetag einen ähnlichen Wettbewerb für Deutschland. Dabei sollten kulturelle Konzepte und gesellschaftspolitisch wichtige Themen ins Zentrum gestellt

werden. Gedacht sei nicht an einen Wettbewerb im Stil von „Unser Dorf soll schöner werden“ (SZ, 21./22.5.2005).

Berlin/ „Hauptstadtkultur“

Aufwendungen“

Insgesamt wendet der Bund aus dem Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien jährlich rund 428 Mio. Euro für kulturelle Einrichtungen und Projekte in Berlin auf. Die Förderungen umfassen eine Vielzahl von Einrichtungen und Projekten von hohem kulturpolitischem Rang, beispielhaft dafür sind die Stiftung Jüdisches Museum, das Deutsche Historische Museum, die Akademie der Künste, und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Den mit Abstand größten Anteil an der Förderung nimmt mit rund 210 Mio. Euro die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (einschließlich der Bauinvestitionen auf der Museumsinsel) ein. Die weiteren institutionellen Förderungen reichen vom Deutsche Welle Fernsehen über die Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (Berliner Festspiele mit Martin-Gropius-Bau, Haus der Kulturen der WELT, Internationale Filmfestspiele Berlin) bis zur Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Zu den Projektförderungen 2004 zählten neben dem Haupt-

stadtkulturfonds die Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH, die Gedenkstätte Marienfelde und die European FilmAcademy e.V. Die Kulturstiftung des Bundes förderte 2004 in Berlin ansässige kulturelle Projekte mit insgesamt rund 9,1 Mio. Euro.

Stadtschloß

Der Präsident der Stiftung Deutscher Kulturbesitz, Klaus Dieter Lehmann, hat sich gegen die Übernahme des Schloßaufbaus durch private Investoren ausgesprochen und will in den kommenden Monaten mit einer bundesweiten Initiative für den Neubau des Berliner Schlosses als Zentrum der Weltkulturen werben: 2005 sei ein Entscheidungsjahr für das Humboldtforum auf dem Berliner Schloßplatz (WELT, 21.2.2005).

Sinti-Mahnmal?

2006 soll das Denkmal für die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma, für das der Bund 2 Mio. Euro vorgesehen hat, in Berlin fertiggestellt sein. Der Streit geht allerdings weiterhin um die Inschrift: „Zigeuner“, dafür Günter Nooke, oder „Sinti und Roma“, wie es der Vorsitzende des Zentralrates der Roma und Sinti Romano Rose wünscht (siehe auch FAZ vom 1. März 2005), oder, so Kulturstaatsministerin Christina Weiss, „Gipsy“ (FAZ, 14.1.2005).

Holocaust-Mahnmal

Jetzt ist es eröffnet. Natürlich überschlugen sich die Feuilletons (etwa FAZ vom 7.5.2005; vgl. schon die Zwischenberichte, NZZ, 18./19. Dezember 2004).



In einem Leserbrief in der FAS vom 22. Mai 2005 wird der Eindruck wie folgt geschildert: „Herr Meier und Frau Huber tummeln sich samt Eis und Kippe auf dem Mahnmal und sonnen sich halbnackt. Vollidioten springen von Stein zu Stein wie auf dem Spielplatz. Kindern spielen fangen zwischen Steinen und ja, der Deutschen liebstes Kind, der Wauwau, ist auch dabei. Ein kleiner Familienausflug in die dunkle Geschichte der Deutschen. Es ist traurig und unglaublich. Also ein Ort wo man gerne hinget, wie Bundeskanzler Schröder einmal formulierte. „Einen bizarren Plan“, nannte es die WELT vom 14. Mai 2005, dass Leah Rosh einen Backenzahn aus dem Vernichtungslager Belzec, den sie dort gefunden hatte, in eine der Stelen des Mahnmals einlassen wollte. Die harte Resonanz auch aus jüdischen Kreisen hat Leah Rosh zur Aufgabe ihres Einfalls gezwungen (SZ, 14.5.2005; s. auch SZ vom 13.5.2005).

Lindenoper zum Bund?

Am 7.6.2005 verbreitet die FAZ das Gerücht, unter einer Regierung Merkel werde der Bund die Staatsoper Unter den Linden übernehmen (das unterstützt auch Norbert Lammert, FAZ 8.6.2005) und spekuliert weiter: „Aber wer weiß, vielleicht wird das ja zum ersten kulturpolitischen Deal von Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten: Ihr bekommt die Hoheit über die fusionierte Bund-Länder-Stiftung und wir bekommen die Staatsoper. So jedenfalls funktionierte Kulturpolitik bislang noch immer.“

Gegen eine Herauslösung der Staatsoper aus der Opernstiftung hat sich Berlins Kultursenator Flierl ausgesprochen; allerdings könne sich der Bund dort mit Gesellschafteranteilen beteiligen; dafür könnte der Senat den Hauptstadtkulturfonds (10 Mio. Euro) in eigener Regie übernehmen (FAZ, 30.6.2005). Die Freunde und Förderer der Lindenoper wollen 30 Mio. Euro für die Renovierung aufbringen (Gesamtkosten: 160 Mio.; WELT, 2.7.2005).

Zukunft offen

Die Zukunft des Berliner Naturkundemuseums ist weiterhin offen. Im März 2005 hat die Bund-Länder-Kommission zum vierten Mal in Folge nicht über die Aufnahme dieses Museums in die so genannte blaue Liste entschieden, sondern den Termin auf den Sanktnimmerleinstag vertagt. Bundesministerin Bulmahn, der das Museum offenbar lange Zeit völlig unbekannt blieb, will nicht für den schmalen Forschungsetat des Naturkundemuseums (6,5 Mio. Euro jährlich) aufkommen. Auch andere Bundesministerien enthalten sich. An dieser Fehlsumme, so die FAZ vom 22. März 2005, sei dem Vernehmen nach dieses Mal der blaue Listenplatz gescheitert.

Gedenkstättenstiftung

Die Bundesregierung will die zentralen NS-Gedenkstätten in Berlin unter dem Dach einer Stiftung „Dokumentation der NS-Verbrechen“ vereinen. Außerdem ist der Bund bereit, die Kosten für die Unterhaltung der KZ-Gedenkstätten Bergen-Bel-

sen, Dachau, Flossenbürg und Neuengamme bis zur Hälfte zu übernehmen.

Damit soll eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern des Holocaustmahnmals, der Topographie des Terrors, dem Haus der Wannseekonferenz und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erreicht werden. Kulturstaatsministerin Christina Weiss erwartet jedoch keine Mehrbelastung des Haushaltes. Gegebenenfalls erwartet sie Einsparungen bei den nationalen Gedenkstätten, die Einrichtungen blieben den Plänen zufolge selbstständig, seien kaufmännisch jedoch dem Stiftungsvorstand unterstellt (WELT, 9.2.2005).

Dazu siehe im einzelnen die Auseinandersetzung in den Feuilletons, an der sich neben Götz Aly und Norbert Frei v.a. Ulrich Herbert beteiligte, Professor für neue und neueste Geschichte an der Universität Freiburg, FAZ vom 4. März 2005 (Topographie, Haus der Information am Holocaustmahnmal und Wannseevilla unter gemeinsamer Leitung eines wissenschaftlichen Direktors oder einer Direktorin zusammenlegen, Haus der Information). Es bedürfe, so Herbert, einer wissenschaftlichen museumsdidaktischen sowie organisatorischen Neuorganisation der zentralen Dokumentation der Geschichte der NS-Verbrechen in der deutschen Hauptstadt (s. weiter Ekkehard Fuhr in der WELT vom 4. März 2005; WELT vom 28. April 2005: „Statt Neuanfang unter dem Dach der Bundes-



stiftung also Fortschreibung des Status quo? Leider muss man sagen, dass die Schärfe in der Sache und die begründete öffentliche Kritik Alys und Herberts die konservativen Reflexe der Institutionen aktiviert und zwar beim Bund wie bei den Gedenkstätten selbst. Es soll zwar alles besser, aber nicht viel anders werden.“

Missverständnisse um Hauptstadtkulturfonds

300.000 Euro, die der Hauptstadtkulturfonds an die Stiftung Stadtmuseum vergeben hatte, um die Geschichte des Palastes der Republik zu dokumentieren, sind wieder gestrichen worden, nachdem sich herausgestellt hat, dass die Bundeszentrale für Politische Bildung nicht, wie angekündigt, mit im Boot sitzen wollte (WELT, 22.3.2005).

Das ist der zweite Skandal um den Hauptstadtkulturfonds: Zuvor hatten 250.000 Euro für das Bespielen der Palastruine an die Initiative „Volkspalast“ zu Kritik geführt (siehe auch FAZ vom 18. März 2005).

Zu Hauptstadtkulturfonds und Bundeszentrale siehe auch den Bericht in der SZ vom 22. März 2005 unter dem Titel: „Weg mit dem Kulturfonds!“: „Da es aber systematisch keinen Grund gibt, warum der Bund noch einen Hauptstadtkulturfonds finanziert, wo doch all dessen Aufgaben von der Bundeskulturstiftung wahrgenommen werden können, bleibt eins: Man kann diesen Fonds auflösen. Er arbeitet schlecht und ist überflüssig.“ (SZ, 22.3.2005).

Akademie der Künste

Im Februar 2005 war das Gerangel um die Übernahme der Berliner Akademie der Künste in die Trägerschaft des Bundes entschieden. Der Einspruch des Bundesrates gegen das Akademiegesetz wurde mit absoluter Mehrheit der Stimmen im Bundestag zurückgewiesen. Im Hauptstadtkulturvertrag vom 9. Dezember 2003 hatte sich der Bund verpflichtet, neben der Stiftung Deutsche Kinemathek und dem Berliner Sonderzuschuss zu den Betriebskosten des Hamburger Bahnhofs auch die Akademie der Künste zu übernehmen. Die Finanzierungsverantwortung für die Akademie der Künste ist bereits zu Jahresbeginn 2004 auf den Bund übergegangen. Die Union hatte sich ihrer Stimme enthalten. Dennoch steht die Verfassungsklage Baden-Württembergs im Raum (FAZ, 19.2.2005).

Dazu auch der Kommentar in der WELT vom 18. Februar 2005: Aus der Sicht der Baden-Württembergischen Regierung arbeite „die Regierung Schröder systematisch daran, dem Bund mehr und mehr kulturpolitische Kompetenz und Wirkungsmacht zu verschaffen und damit die Staatlichkeit der Länder zu schwächen (...) Aus verfassungspolitischer Sicht kann man diese Haltung nachvollziehen. Kulturpolitisch ist sie allerdings schwerer zu begründen. Mit der Übernahme schreibt der Bund der Berliner Akademie eine nationale und internationale Aufgabe zu. Er übernimmt die Rolle, die Preußen einst hatte und die Berlin und Brandenburg heu-

te nicht spielen können. Demnächst wird die Akademie am Berliner Platz (...) Quartier nehmen. Da muss sich ihre geistige Strahlkraft erweisen, sonst wäre sie überflüssig.“

Auch die FAZ hofft, dass sich bei der Akademie etwas ändern wird. Sie bemerkt zum 16. Februar 2005: „Wo waren nur z.B. die Stimmen der Berliner Akademie im Streit um die Rechtsschreibereform? In der Debatte über den Schlossplatz. Wo ist der Aufschrei der Akademie wider den Verfall der Lesekultur in Deutschland? Die Liste der Auslassungen ließe sich fortsetzen. Natürlich, mitunter erhebt das ehrenwerte Haus seine Stimme, aber die Tonlage gleicht all zu häufig einem Flüstern oder Gemurmel, das sich leicht überhören lässt.“

Vielleicht ändert sich all das, wenn die Akademie Anfang März in ihr neues Gebäude am Pariser Platz in Berlin zieht. Dann will auch der Kanzler höchst selbst sich an einem Schiller-Vorlese-Marathon beteiligen. Zum Beweis der nationalen Ausstrahlung der Akademie wird das freilich nicht reichen.“

Am 22. Mai 2005 wurde die Berliner Akademie der Künste am Pariser Platz neu eröffnet. Dazu etwa SZ vom 22. Mai 2005: „Eine Akademie der Künste kann Akademie nur sein, wenn sie um ästhetische Normen streitet statt nur kommentierend zu begleiten, was ohnehin geschieht, wenn sie repräsentativ ist, ohne autoritär zu sein. Sie



kann eine nationale Institution nur sein, wenn sie auch etwas will, was national von Belang ist.“ Die FAZ vom 22. Mai 2005 kommentiert: „Ein Schauhaus für viele Einfälle und Eitelkeiten. Aber was es denn sein könnte, das die Akademie über die individuellen Beiträge der Mitglieder hinaus bedeutsam machen würde; was die Akademie mehr sein will, als nur ein sporadisch tagender Künstlerbund, davon vermittelt die Architektur ebenso wenig eine Ahnung wie die Akademiker selbst. Immerhin aber könne das Haus, vielleicht, einen Funken entzünden und die Mitglieder verführen, es als ein Instrument zu entdecken, das sie zum Klingen bringen könnten.“ Der Präsident der Akademie, Adolf Muschg, hat den damals noch amtierenden baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel in einem offenen Brief aufgerufen auf eine Klage in Karlsruhe gegen die Übernahme der Akademie durch den Bund zu verzichten (FAZ/WELT, 9.3. 2005).

Brandenburg

Bilanz

Eine eher negative Bilanz der Kultur in Brandenburg zieht die SZ vom 31. März 2005: „Märkischer Trümmerhaufen. Die Kultur in Brandenburg leidet an Ausdünnung.“

Grundsteinlegung

Am 14. April 2005 wurde der Grundstein zum Nachbau der Garnisonskirche in Potsdam gelegt. Allerdings gibt es über die

Finanzierung bis heute Streit. Die Garnisonskirche wurde 1968 als Symbol des „Preußischen Militarismus“ gesprengt (FAZ, 14.4. 2005).

Hessen

Kulturlastenausgleich

Hessens Ministerpräsident Roland Koch plant, dass ein Teil des kulturellen Angebots Frankfurts von den Kommunen bezahlt wird, bevor es von ihren Bürgern wahrgenommen wird. Einigen sich die 75 Städte und Gemeinden, die per Gesetz zum Ballungsraum Frankfurt/Main gehören, nicht binnen eines Jahres droht ihnen ein Pflichtverband. Damit will Koch Überlegungen des früheren Berliner Kultursenators Christoph Stölzel und des Sozial- und Wirtschaftsprofessors Stefan Pfäffli umsetzen. Dazu die FAZ vom 19. März 2005: „Dass das Land sich künftig stärker an der Finanzierung der städtischen Kultur beteiligen will, macht heute etwas anderes deutlich: Die Kultur ist heute mehr als je zum vornehmen bloßen Imagefaktor und zum Motor wirtschaftlicher Entwicklung geworden. Hier wird nicht nur mehr subventioniert, sondern in die Zukunft investiert. Auch gegen eine stärkere Vernetzung der Kommunen spricht wenig, so lasse sich die Belastung in Grenzen halten.“

Zur Finanzierung des Frankfurter Kulturangebotes durch die Landkreise um Frankfurt, deren Bewohner die kulturellen Einrichtungen Frankfurts nutzen, siehe auch die Berichte/Kom-

mentare in der FAZ vom 20. Mai und vom 18. Juli 2005: Danach hat Koch angekündigt, 10 Prozent der Kosten für die Kultur im Rhein-Main-Gebiet werde das Land künftig übernehmen.

Mecklenburg-Vorpommern

Neue Finanzierung

Ab 2006 soll der Landesanteil an der Theaterfinanzierung an die Kriterien Besucherzahl und Einnahmen gekoppelt werden. Theaterfusionen und die ökonomische Effizienz der Bühnen sollen befördert werden.

Nordrhein-Westfalen

Bilanz

Nordrhein-Westfalen hat gewählt, CDU und FDP werden künftig Nordrhein-Westfalen regieren. Im Vorfeld der Wahl hat die WamS vom 10. April 2005 auch eine kulturpolitische Bilanz der rot-grünen Koalition in Düsseldorf gezogen: „Unstet waren die Leistungen des NRW-Kulturministers in dieser Legislaturperiode. Dafür, dass er größere Etatverkürzungen verhindern konnte, hat er ein Gut verdient. Allerdings hat er es nicht geschafft, den Spar- und Kulturetat des Landes so aufzuteilen, dass sich daraus eine konturierte Kulturpolitik ablesen ließe. Michael Vesper handelte wohl eher nach dem Motto, es allen recht machen zu wollen. Für diese Unentschiedenheit gibt es eine Vier. Für das wichtigste Projekt des Landes, die Ruhr-Triennale, gibt es ein Gut. Die hat dem Land ei-



nen deutlichen Profilzuwachs verschafft. Mangelhaft hingegen war der fahrlässige Umgang mit der Essener Zeche Zollverein. Hier hat der Minister dem monatelangen Stillstand und dem Streit zwischen den Akteuren zunächst tatenlos zugesehen. Und als dann deutlich wurde, dass die gesetzten Ziele des Weltkulturerbes Gefahr liefen, nicht realisiert zu werden, zog er sich aus dem Aufsichtsrat zurück. Insgesamt ergibt sich für den Grünen Michael Vesper die Note Befriedigend.“

Kulturpolitik NRW

Aufs Ganze positiv bewertet die FAZ die „Kultur“ in den Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und FDP in Düsseldorf (18. 6.2005), auch wenn es wie in Schleswig-Holstein zur Anbindung an die Staatskanzlei komme. Neuer Staatssekretär ist Heinrich Grosse-Brockhoff, den auch die BILD-Zeitung vor der Wahl ins Spiel brachte, seit 1992 Dezernent für Kultur und Schule in Düsseldorf. Dazu positiv die WELT, 25.1.2005: „Von welcher Position aus – neben dem Ministerpräsidenten und inmitten sachfremder Gravamina – Kulturpolitik machtvoller gestaltet werden kann, lässt sich leicht erraten (im Vergleich zu Michael Vesper, Verf.).“ S. auch das Interview mit Grosse-Brockhoff in der WamS vom 10. Juli 2005.

Zum Positionspapier (s. S. 39ff.) allerdings noch aus der Oppositionszeit s. die ebenfalls positive Würdigung in der FAZ vom 27. Januar 2005: „Was dem Papier zugrunde liegt, ist ein

Verständnis von Kunst, das sie auch in der Sekundärargumentation nicht funktional in Beschlag nimmt und den Belangen von Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung oder Tourismus ausliefert. Damit trifft es die Kulturpolitik der rot-grünen Landesregierung in ihrer Grundausrichtung, deren Ressortkombination – Städtebau und Wohnkultur und Sport – eher machtpolitisch als inhaltlich zugeschnitten und in ihrer Verwertungshaltung weiterhin zum Verteilungskampf herabgesunken ist. Was im Denkmalschutz am augenfälligsten wird, gilt auch in anderen Bereichen: Statt in den Bestand zu investieren herrscht eine Mangelverwaltung, die es allen recht machen will.“

Nach den Wahlen fragt die FAZ erneut nach den kulturpolitischen Zielen der NRW-Regierung unter Jürgen Rüttgers (27.5.2005) und empfiehlt: „Mehr als in anderen Bundesländern ist Kultur in Nordrhein-Westfalen, und das hat historische Gründe, Angelegenheit der Städte, die im Ballungsraum zwischen Bonn und Dortmund dicht nebeneinander liegen. Die desolote Etatsituation der meisten von ihnen lässt schon seit Jahren kaum mehr als die Sicherung des Bestandes und die Verwaltung des Mangels zu. Die finanzielle Krise bietet hier auch die Chance, Doppelungen ab- und Differenzen auszubauen: Nur in der Verschränkung von Konkurrenz und Kooperation können die Städte erreichen, dass sie sich einerseits künftig unterscheiden und andererseits gemeinsam überregional wahr

genommen werden. Der Spielraum für das Land ist da nicht sehr groß und liegt eher in der Moderation als in eigener Gestaltung.

Neue Perspektiven für Kunst und Kultur kann nur eine Landespolitik eröffnen und befördern, die auf die Konsolidierung der kommunalen Haushalte hinwirkt und Rahmenbedingungen schafft, in denen die Städte ihre Stärke und ihr Selbstbewusstsein zurückgewinnen können.“

Internet

Der Literaterrat NRW hat gemeinsam mit dem rheinischen und westfälischen Literaturarchiv die Zeitschrift www.literatur-archiv-nrw.de eingerichtet, die zur Plattform für Autoren, Veranstalter, Literaturwissenschaftler und Archivare werden soll (FAZ, 1.3. 2005).

Saarland

Kürzungen

Das Saarländische Staatstheater schließt zur kommenden Spielzeit mit dem Theater Sankt Arnual eine seiner drei Spielstätten. Das Land will den Etat von derzeit 24,5 Mio. Euro bis 2009 auf 18,5 Mio. Euro jährlich kürzen. Schon in der nächsten Spielzeit müssten 935.000 Euro eingespart werden, so der Aufsichtsratsvorsitzende Kultusminister Jürgen Schreier (WELT, 18.1. 2005). In einem Gespräch mit dem Deutschen Bühnenverein vom 25. Februar 2005 (Presseerklärung des SMWK), widersprach Schreier Spekulationen aus dem Theater, die Landesregierung sei von ihrem Sparziel



abgerückt. Es sei weiterhin geplant für alle Beteiligten von 24,5 Mio. auf 18,5 Mio. Euro in vier Jahren zu kommen. Der Kultusminister wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Staatstheater als einer der kulturellen Leuchttürme des Landes die größten Subventionen im Kulturbereich erhält, insgesamt 24,5 Mio. Euro pro Jahr. Das seien mehr als die Kunsthochschule, die Musikhochschule und die Fachhochschule zusammen. Auch nach der schrittweisen Rückführung der Subventionen bis zum Jahr 2009 werde das Theater über einen beachtlichen Kultur-etat (18,5 Mio. Euro plus Einnahmen) verfügen.

Angesichts der drastischen Einsparnotwendigkeiten in allen Bereichen sei auch das Theater gefordert, einen Beitrag zu leisten. Jürgen Schreier: „Es geht um die Analyse von Einnahmen und Ausgaben, also um die Frage, welche Summe an Steuergeldern tatsächlich in die Kunst fließen. Nicht das, was auf der Bühne passiert, sondern das, was sich hinter und unter der Bühne - im Orchestergraben - abspielt, muss auf den Prüfstand. Hier müssen die Kosten überprüft und Sparkonzepte vorgelegt werden.“

Schleswig-Holstein

Abschaffung

Auf heftige Kritik u.a. des Deutschen Kulturrates ist die Abschaffung eines eigenen Kulturressorts bei der Regierungsbildung der großen Koalition in Kiel gestoßen. Kulturbeauftrag-

te wurde die bisherige kulturpolitische Sprecherin Caroline Schwarz.

Dazu die FAZ vom 20. April 2005 „Die schleswig-holsteinische Kabinettsaufteilung besticht insofern zwar nicht durch Klugheit, aber durch Ehrlichkeit. Wissenschaft ist Forschung, Forschung ist Technik und Technik ist Wirtschaftsförderung. Wirtschaftsförderung aber setzt ihrerseits klare Förderungsverhältnisse voraus. Wer also weder Bildung noch Kultur besitzt, der habe Straßenbau.“

Und die SZ vom 26. April 2005: „Das Kieler Modell ist konsequent und auf der Höhe der Zeit. In der Koalitionsvereinbarung der beiden Volksparteien lesen wir: ‚Kulturförderung und Kulturwirtschaftsförderung werden zur Stärkung der Standortqualitäten und Entwicklung des Kulturtourismus in Schleswig Holstein enger verzahnt.‘ (...)

Das war's. Kulturförderung ist Standortförderung und dass Politik eine andere Aufgabe haben könnte, als in dieser Eile den Standort attraktiv zu gestalten, glaubt ohnehin keiner mehr. Ein freundliches kostengünstiges Gesicht für repräsentative Restaufgaben ist gefunden. Jetzt müssen sich die Kieler nur noch dazu durchringen, auf den lästigen Titel Ministerpräsident zu verzichten. Was ist Herr Carstensen anderes als Standortsuperminister?“ Auf die Kritik hat Ministerpräsident Carstensen mit der Klarstellung reagiert, dass gerade durch die Ansiedlung in der Staatskanzlei man der Kultur den hohen Stellenwert gebe, den sie verdiene.

Thüringen

Stiftung Weimarer Klassik umstrukturieren

Die nach einer negativen Evaluation (2004) des Wissenschaftsrates eingesetzte Strukturkommission unter Leitung von Klaus-Dieter Lehmann hat eine grundlegende Neustrukturierung der Stiftung Weimarer Klassik gefordert (s. Berichte in der WELT, 25.6./FAZ 25.6. 2005: „Weimars letzte Chance“; SZ 25.6.2005: „Mehltau der Nostalgie; Weimars letzte Chance“). Kulturstaatsministerin Christina Weiss hat 150.000 Euro zusätzlich für die Sicherung der Grafiksammlung zur Verfügung gestellt (WELT/FAZ, 29.6.2005).

Weniger Geld

Nach einer Meldung der WELT vom 5. August 2005 werden die neun Thüringer Theater und Orchester ab 2009 mit 10 Mio Euro weniger auskommen müssen. Bis 2008 ist die Situation mit jährlich 61 Mio. Zuwendung vertraglich abgesichert. Durch die Umschichtung von Fördermitteln sollen mehr freie Kulturprojekte unterstützt werden.



Finanzierung/ Sponsoring

Protest

Gegen in 2006 geplante Kürzungen des Bundes beim Deutschen Museum (angeblich 306.000 Euro) und beim Germanischen Nationalmuseum (angeblich 250.000 Euro) hat Bayerns Kulturminister Thomas Goppel Protest eingelegt (WELT, 1.7.2005).

Tarif gekündigt

Der Deutsche Bühnenverein hat „wesentliche Teile“ der „Tarifverträge für Musiker in Kulturorchestern“ (TKV) gekündigt. Betroffen ist insbesondere der auf die Arbeitszeit bezogene § 15 TKV. Dazu die WELT vom 29. Juni 2005: „An den meisten deutschen Musiktheatern wird nach wie vor die geforderte Arbeitsstundenzahl nicht erreicht; ganz eklatant ist dies bei den gerade wieder in der Diskussion stehenden Rundfunk-Orchestern.“

Abbau

Deutschlands Theater und Orchester haben in den vergangenen fünf Jahren rund 6.000 der insgesamt 45.000 Stellen abgebaut. Deutschlandweit fließen im Schnitt nur 0,2 % der öffentlichen Haushalte in die Theater und Orchester.

Schiller-Projekte

Die Kulturstiftung des Bundes stellte in 2005 800.000 Euro für Schiller-Projekte zur Verfügung. Die Behörde von Christina Weiss 485.000 Euro (SZ, 14.1.2005).

Neuer Filmfonds

Nach einer Meldung der SZ vom 2. August 2005 will die Bundesregierung einen 90 Mio. Euro umfassenden Risikokapitalfonds für die deutsche Filmförderung schaffen, der die Medienfonds ersetzen soll. „Zu den Medienfonds („Stupid german money“), deren Gelder vornehmlich ins Ausland geflossen sind, v.a. nach Hollywood, bemerkt die SZ vom 28./29. Mai 2005: „Selbst für die unseligen Medienfonds wird man vielleicht noch Möglichkeiten finden, auch wenn Finanzminister Hans Eichel sie am 5. Mai rüde ausgebremst hat (...) 13 Mrd. Euro seit 1997, davon aber nicht mehr als 10 % für deutsche Produktionen (...) Aber, muss man das Kind mit dem Bade ausschütten? (könnte eine Quotenregelung helfen bei der Verteilung der Millionen?) (...). Immerhin müsste es auch dem Finanzminister dämmern, dass es im komplexen Kinoproduktionsgeschäft nicht nur um schnelle Steuervorteile geht, sondern um Studioauslastung, europäische Konkurrenzfähigkeit, Erhalt der Beschäftigung.“

Gestört hatte sich daran auch „Film 20“, eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Filmproduzenten. Das Anlagenmodell solle dafür sorgen, dass viel mehr Fondsgelder in die heimische Filmindustrie fließen (SZ, 15./16.1.2005).

Zuviel Rücklage?

Der Berliner Rechnungshof hat dem Berliner Ensemble unterstellt, dass es jahrelang zu hohe Subventionen erhalten habe.

Denn obwohl die Berliner Kulturverwaltung jedes Jahr rund 10 Mio. Euro an das Theater am Schiffbauerdamm zahlt, besaß dieses allein zwischen 1999 und 2003 ein Wertpapiervermögen von bis zu 3 Mio. Euro. Intendant Peymann hat heftig widersprochen, als GmbH müsse das Theater Rücklagen bilden. Außerdem werden die Mittel 2006 oder 2007 verbraucht sein. Er versteht die Rüge als „Teil des Feldzuges gegen die Kunstinstitute“ und als Ausdruck weitverbreiteten Banausentums: „Manchmal hat er einfach recht“, so die SZ vom 28./29. Mai 2005.

Zu Peymanns Mehreinnahmen siehe auch WELT vom 28. Mai 2005: „Dazu passt die Meldung, dass bei den jetzt zwischen Kommunen und Bund laufenden Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst die Gewerkschaft ver.di danach trachtet, auch noch das künstlerische Bühnenpersonal in ihr Tarifkorsett zu pressen. Schon jetzt treibt der totalitäre Tarifterror machtgieriger Gewerkschaften bezüglich der Löhne für Technik und Verwaltung die Theater kaltblütig an den Rand des Ruins. Geht das so weiter mit Bürokraten aller Art, hat die Kunst bald ausgespielt.“

1 Euro-Jobs

Der Deutsche Kulturrat hat vor einem massenhaften Einsatz von 1 Euro-Jobs in der Kultur gewarnt. Anlass war der Plan eines Berliner Unternehmers, zur digitalen Erfassung der Bestände von Museen, Bibliotheken, Archiven und Sammlungen 20.000 Langzeitarbeitslose zu



beschäftigen. Nach Auffassung des Geschäftsführers des Deutschen Kulturrates Olaf Zimmermann könne dieses Vorhaben Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Kulturbereich haben, die heute noch nicht abzusehen seien.

Kein Jazz

Der Hessische Rundfunk hat laut FAZ vom 9. Februar 2005 die Einstellung des „Jazz Festivals Frankfurt“ angekündigt. Es sei nicht länger, wie bisher, finanzierbar. Damit gibt es in Deutschland kein von einer deutschen Rundfunkanstalt mitgetragenes Jazzereignis mehr.

Rundfunkorchester

Das Münchner Rundfunkorchester (s. auch FAZ vom 26. März 2005), das aus finanziellen Gründen 2006 aufgelöst werden sollte, wird nun in kleiner Besetzung weiterbestehen. Der radikale Schnitt des Intendanten Thomas Gruber, hatte für erhebliche Proteste gesorgt (WELT, 4.2.2005). Im April 2005 haben Gruber und die Deutsche Orchester Vereinigung einen neuen Tarifvertrag unterzeichnet, der am 1. September 2006 in Kraft treten wird. Bis zum 31. Dezember 2008 sollen rund sieben Millionen Euro eingespart werden, das Orchester wird verkleinert, die Zahl der Planstellen sinkt von 71 auf rund 50 (dazu auch die WELT vom 28. April 2005).

Während das Bayerische Rundfunkorchester gerettet ist, soll das Deutsche Filmorchester Babelsberg wegen gestrichener Zuschüsse aus dem brandenburgischen Kultusministerium ab

Jahresmitte vor dem Aus stehen. Das seit 12 Jahren bestehende Ensemble hat einen Haushalt von 1,7 Mio. Euro, wovon 55 % selbst erwirtschaftet werden. Dazu die WELT vom 10. Februar 2005: „Das längst schon kahlgeschlagene Kulturland Brandenburg werde dann ebenso ein Witz wie die Bewerbung Potsdams als Kulturhauptstadt. Darin sind sich zum Berliner Berlinaleprogramm ausnahmsweise einmal SPD, CDU und PDS einig.“

Südfunkchor gekippt?

Der Verwaltungsrat des SWR hat die angekündigten Sparmaßnahmen und das von SWR-Intendant Peter Voss vorgeschlagene „Gesamtkonzept“ im Bereich der SWR-Klangkörper einstimmig und in vollem Umfang durchgewinkt. Wie berichtet, soll nun das SWR-Rundfunkorchester Kaiserslautern mit dem Saarbrückener Rundfunkorchester zusammengelegt werden, wodurch sich nach Hochrechnung der „Reformer“ ein Einsparpotential von 1,974 Mio. Euro schon in der laufenden Gebührenperiode ergeben soll. Nicht näher ausgewiesene „Rationalisierungsmaßnahmen“ sind vorgesehen für das Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg und das RSO Stuttgart, außerdem für das Experimentalstudio der Heinrich Strobel Stiftung und die SWR-Big-Band. Insgesamt sollen bei diesen vier Instituten noch in der laufenden Gebührenperiode 4,3 Mio. Euro eingespart werden. „Nach dem SWR-Verwaltungsrat ist die letzte Instanz, die noch Widerspruch einlegen könnte gegen diesen Abbau eines

Spitzenrundfunkchors, der SWR-Rundfunkrat.“

In einem großen Beitrag in der FAZ vom 23. März 2005 wendet sich der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum gegen Pläne, die 36 Sänger des SWR-Vokalensembles auf halbe Stellen zu setzen. Es sei nicht nur ein schlimmes Zeichen der Zeit, dass der Musik- und Kunstunterricht in Schulen immer mehr vernachlässigt werde: „Ja, wir leben in Zeiten zunehmender Kulturfeindlichkeit, von der unbequeme und herausfordernde Erscheinungsformen in der Kunst besonders betroffen sind – wie eben die neue Musik (...) Ich fürchte wir stehen erst am Anfang einer Entwicklung, die zu empfindlichen Kahlschlägen in der deutschen Musiklandschaft führen wird (...). Es ist also ein schleicher Prozess im Gange – er betrifft uns alle. Die öffentliche Diskussion hat begonnen, aber sie ist nicht intensiv genug.“

„Angemessene Vergütung“

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und eine Reihe von Belletristikverlagen haben sich auch eine neue Vergütungsregelung für Schriftsteller (gilt nicht für Sachbücher) verständigt. Für jedes verkaufte gebundene Buch soll der Autor 10 % des Nettoverkaufspreises erhalten, bei Taschenbüchern für die ersten 20.000 Exemplare 5 %, danach mehr. Bei Verfilmungen oder Theateraufführungen gehören dem Autor 60 % der Einnahmen, bei Übersetzung oder Hörbuch 50 % (WELT, 10.6.2005; s. auch die Betrachtung ebd, 11.6.2005). Damit endete ein Streit,



den Günter Grass (FAZ, 18.1.2005) und Bernd F. Lunkewitz (FAZ, 25. 1.2005) sogar öffentlich austragen.

Künstlersozialversicherung

Die Künstlersozialabgabe sinkt in 2006 von 5,8 auf 5,5 %, das entspricht einem Entlastungsvolumen von 10 Millionen für die abgabepflichtigen Unternehmen; zugleich sind 4.200 abgabepflichtige Unternehmen neu erfasst worden. Der Bundeszuschuss deckt mit ca. 100 Mio. Euro 20 % der Ausgaben. Die CDU hat eine Erhöhung des Bundeszuschusses angekündigt, dadurch ergibt sich ev. nochmals eine Absenkung auf 4,6 %. Auf Einladung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung hat sich der mit dem Deutschen Kulturrat einberufene Runde Tisch „Stärkung der Künstlersozialversicherung“ am 19. April 2005 konstituiert.

Trotz eines jährlichen Gesamtumsatzes von gut 616 Mio. Euro geht die Zahl derjenigen Künstler, die mehr als 17.500 Euro jährlich verdienen, kontinuierlich zurück. 2002 waren es nur noch rund 7.700 gegenüber 8.500 in 1994. Das geht aus einer am 21. Februar 2005 vorgelegten Statistik hervor. Seit 1998 ist das durchschnittliche Jahreseinkommen der deutschen Künstler lediglich um 200 Euro auf 1.500 Euro gestiegen.

Mehr Engagement

Der Frankfurter IHK-Präsident, Joachim von Harbou, hat die Unternehmen zu mehr kulturellem Engagement aufgefordert. Als „reicher“ Standortfaktor

werde die Kultur für die Rhein-Main-Region im Wettbewerb mit London oder New York immer wichtiger. Sponsoring der Kultur verlangte der IHK-Chef und mehr partnerschaftliche Modelle. Generell könne aber die private Förderung die öffentliche Finanzierung nicht ersetzen. Private Sponsoren haben im Jahre 2002 die Kultur in Hessen mit 37 Mio. Euro unterstützt, so der Kulturwirtschaftsbericht der Landesregierung. Damit liegt der Privatanteil an der Kulturförderung in Hessen wie auch in Gesamtdeutschland bei knapp 8 % (WELT, 9.6.2005).

Archäologie: Ehrenamt

Über die steigende Bedeutung des Ehrenamtes in der Archäologie in Deutschland siehe den Bericht in der FAZ vom 18. März 2005. Dazu wurde etwa im Saarland das Denkmalschutzgesetz geändert, wodurch das Land den Denkmalbeauftragten die Kosten, die durch ihre Tätigkeit entstehen, ersetzen kann.

Am Ende

Die Berliner Symphoniker sind endgültig am Ende. Am 8. April 2005 musste der Insolvenzverwalter die Auflösung des Ensembles bekannt geben (FAZ, 11.4.2005).

Neue Bezüge

Die Bremer Philharmoniker GmbH muss sich bei der Einstellung neuer Musiker nicht mehr an die sonst für Orchester bindenden Tarifverträge halten: Bei Bezügen neu eintretender Instrumentalisten kann ab sofort das bisherige Niveau unterschritten werden (FAZ, 24.3.2005).

Sanierung

Die Sanierung der Staatsoper Unter den Linden, die nach Angaben von Berlins Kultursenator Thomas Flierl etwa 160 Mio. Euro kosten wird, ist nach dem Jahr 2007 nur in Kooperation mit dem Bund bezahlbar, so Flierl laut WELT vom 22. März 2005.

Stiftungen

Kunstmäzen Frieder Burda hat mehr Steueranreize für Stifter gefordert. Zustiftungen zu bestehenden Stiftungen sollten steuerlich besser gestellt werden als bisher: „Bisher werden solche Zustiftungen wie Spenden behandelt und können nur bis zu 5% vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden.“ Deutschland sei noch weit von der Stifterkultur anderer Länder, wie den USA oder Schweiz, entfernt.

Burda nahm auch zur stetigen Abnahme der staatlichen Fördermittel für die Museen Stellung: „Wahrscheinlich werden sich die staatlichen Kultureinrichtungen konzentrieren müssen. Es hat keinen Sinn, daß man in jeder kleinen Stadt ein Museum unterhält.“ (WELT, 23. 3.2005).

Raubkunst / Beutekunst

Koordinierung in Magdeburg?

Die Koordinierungsstelle für Raub- und Beutekunst in Magdeburg ist für weitere fünf Jahre gesichert. Sie dokumentiert über ihre Internetdatenbank von den Nazis entzogene Raub- und von den Siegermächten ins Ausland



gebrachte Beutekunst. Bis heute verzeichnet die Einrichtung mehr als 80.000 detailliert beschriebene Kulturgüter in Form von Such- und Fundmeldungen von mehr als 300 Einrichtungen und 200 Personen im In- und Ausland (WELT, 8.2.2005).

Dazu der Beitrag in der WELT vom 26. Mai 2005, die zu dem Schluss kommt, dass die Museen es offenbar vorziehen, keine ungeklärten Provenienzen nach Magdeburg zu melden. Denn die Stelle darf nicht nachforschen: „Sie ist lediglich als Ansprechpartner gedacht und für die (ziemlich schlechte) Datenverwaltung im Internet zuständig. Wahrscheinlich wären die jährlich knapp 430.000 Euro von Bund und Ländern für die Koordinierungsstelle doch besser direkt in die Museen zur Provenienzforschung angelegt.“; zu den Schwierigkeiten der Koordinierungsstelle s. auch den großen Bericht in der SZ vom 23.2.2005.

Der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Günter Nooke hat die Vermutung geäußert, dass die Koordinierungsstelle den Anforderungen nicht genüge. Es fehle in Deutschland eine zentrale Dokumentationsstelle, und das führe hinter die „gemeinsame Erklärung“ vom Dezember 1999 zurück, in der sich Bundesregierung, Länder und kommunale Spitzenverbände zur „Auffindung und Zurückgabe NS verfolgt bedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ verpflichtet haben.

Stillstand

Im April 2005 hat Kulturstaatsministerin Christina Weiss einen Stillstand bei den Beutekunst-Verhandlungen in Russland eingeräumt. Die grundlegende Veränderung der öffentlichen Meinung in Russland habe letztlich größere Rückgabeerfolge verhindert. Die erhoffte „Signalwirkung“ für die Beutekunstverhandlungen ist auch von den deutsch-russischen Kulturbegegnungen 2003/2004 bisher ausgeblieben (WELT, 29.4.2005).

Laut Angabe des zuständigen Referatsleiters Wolfgang Maurus wurden etwa 1 Mio. Gemälde und Kunstwerke sowie über 4,5 Mio. Bücher aus Deutschland nach Russland verbracht (SZ, 15.6.2005). Siehe auch das Interview mit den Leitern der Museen in Berlin, Dresden und Potsdam zu diesem Thema in der FAZ vom 27. April 2005. Ob eine angekündigte verbesserte Kooperation („Neubeginn der Beziehungen“) der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit dem Moskauer-Puschkin-Museum die Sache nun wirklich voranbringt, wird abzuwarten sein (vgl. Spiegel 27/2005/FAZ/SZ, 8.7.2005).

Auswärtige Kulturpolitik

Warnung

Das IfA hat davor gewarnt, die Auslandskulturarbeit vom Auswärtigen Amt abzukoppeln (WELT, 29.6.2005).

Arabisch

Die Deutsche Welle setzt auf Arabisch als neue Schwerpunktsprache im Internet: www.dw.-world.de/arabic

„German TV“ eingestellt

Ende des Jahres wird der Auslandssender „German TV“ eingestellt; im Januar 2005 hatte er erst seinen 15tausendsten Kunden melden können. Damit sollen allerdings die Abonnentenzahlen seit Oktober 2004 angeblich um 50 % gesteigert worden sein (FAZ, 29.1.2005).

Kulturcharta

Mit einer Erklärung für eine europäische Kulturcharta ist am 3. Mai in Paris eine zweitägige Konferenz mit hunderten Künstlern, Kulturschaffenden und Intellektuellen aus ganz Europa zu Ende gegangen. Deutsche Teilnehmer u.a. der Philosoph Peter Sloterdijk, Dieter Kosslick, Herbert Grönemeyer. Die Erklärung legt unter anderem fest, dass kulturelle und audiovisuelle Güter keine gewöhnlichen Waren sind und betont die besondere Rolle öffentlicher Einrichtungen für Bewahrung und Förderung der Vielfalt künstlerischer Ausdrucksformen.



UNESCO

Kulturelle Vielfalt

Am 12. Juni 2005 verabschiedeten 72 Staaten ein Abkommen zur Erhaltung der kulturellen Vielfalt; der Vertragsentwurf soll im Herbst der Generalkonferenz der UNESCO in Paris vorgelegt werden. Mit dem Text sollen die Unterzeichnerstaaten übereinkommen, „die derzeitige Vereinheitlichung und Standardisierung“ in der Kultur zu bremsen. Die kulturelle Vielfalt wird in dem Entwurf als wichtiger Faktor zu Pluralismus und Demokratie sowie für die Identität von Gesellschaften und Individuen bezeichnet (SZ, 13.6.2005; s. auch den Bericht in der FAZ vom 4. Juli 2005).

Weltkulturerbe

Die Märchen der Gebrüder Grimm und der obergermanisch-rätische Limes wurden zum Weltkulturerbe erklärt (SZ, 22.6./18.7.2005). Über den weiterhin vom Ausschluss bedrohten Kölner Dom soll 2006 in Paris neu entschieden werden.

EU

Verzehnfachung?

Die europäische Kulturstiftung (ECF) und das europäische Forum für Kunst und Kulturerbe (EFAH) fordern eine Verzehnfachung des Kulturretats der Europäischen Union. Bisher gibt die EU lediglich 34 Mio. • pro Bürger, also 7 Cent im Jahr, für internationale Kulturprogramme aus. Das sind etwa 0,03 % des gesamten Haushalts. Aufgestockt werden sollte auf 70 Cent pro Bürger (FAZ, 15.3.2005).

Klage

Italien und Luxemburg sind von der EU-Kommission verklagt worden, weil sie nach Einschätzung der Kommission Autoren nicht ausreichend für die Ausleihe ihrer Werke in Bibliotheken vergüten. Die EU hatte sich bereits 1992 auf eine „Vermiet- und Verleihrichtlinie“ geeinigt, in der die Vergütung von Autoren geregelt ist. Außerdem droht eine Klage gegen Belgien, Finnland und Schweden, die trotz eines Gerichtsverfahrens bislang nicht die EU-Urheberrechtslinie aus dem Jahr 2001 umgesetzt hätten.

Dienstleistungsrichtlinie

Der deutsche Kulturrat hat vor einer Verabschiedung der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie gewarnt, die darauf, den gesamten Dienstleistungs-

bereich im europäischen Binnenmarkt zu liberalisieren. Damit würde die Kultur „mit Tätigkeiten von Immobilienmaklern über einen Kamm geschoren“, so der Spitzenverband der Bundeskulturverbände. Kernbestand der neuen Richtlinie soll das sogenannte Herkunftslandprinzip sein, nachdem der Dienstleister ausschließlich den Rechtsvorschriften des Landes unterliege, aus dem er kommt, und nicht mehr denen, in denen er tätig wird (WELT, 10.1.2005).

Die am 19. April begonnenen Beratungen des Binnenmarktausschusses des EU-Parlaments sind nach Ansicht des Generalsekretärs des Deutschen Musikrates, Christian Höppner, eine Chance, die Gefahren für Bildung und Kultur aus dem ersten Entwurf zu beseitigen.

Kulturpolitik im Ausland

Frankreich

Mit einem „Aktionsplan für die Sprache des Partners“ will die Pariser Regierung den anhaltenden Abwärtstrend der deutschen Sprache aufhalten: Deutsch soll in allen französischen Schulaufsichtsbezirken erhalten bleiben, die Zahl der Deutsch lernenden Grundschüler soll sich innerhalb von 5 Jahren um ein Fünftel erhöhen, die Anzahl zweisprachig geführter 6. Klassen soll verdoppelt werden.

In den französischen Grundschulen lernen nur 15,1 % der

Schüler Deutsch (Englisch: 75,9 %), in den höheren Schulen nur noch 17 %. Umgekehrt lernt jeder 6. Schüler in Deutschland Französisch.

Irak

Einen größeren Bericht zur Kulturszene im Irak in der SZ vom 30. März 2005: „Sehnsucht nach der Insel der Seeligen. Von Saddam wurde die irakische Kulturszene grausam unterdrückt – heute liegt sie im Elend danieder.“



Kosovo

10 Mio. \$ werden nach Angaben der UNESCO für Denkmalschutz im Kosovo zugesagt, dessen Kulturerbe als Ganzes bewahrt werden soll (WELT, 17.5.2005).

USA

Der Bankier David Rockefeller spendet für das Museum of Modern Art in New York 100 Mio. \$ (etwa 77,5 Mio. Euro). Das ist die größte Schenkung in der Geschichte des MOMA seit seiner Gründung 1929. Allerdings wird die Summe erst nach dem Tod des 89jährigen fließen (SZ, 14.4.2005).

Weißrussland

Die UKW-Sender des weißrussischen Radios müssen seit Jahresbeginn 75% ihres Musikprogramms mit einheimischer Produktion bestreiten. Ausländische Musik, zu der auch der Russenpop gehört, darf höchstens ein Viertel der Sendezeit lang erklingen. Ansonsten droht Lizenzentzug (FAZ, 29.1.2005).

Personalien

- Der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) ist neuer Vorsitzender des Kulturrats NRW (WELT, 4.7.2005).

- Joachim Sartorius bleibt bis Ende 2010 Intendant der Berliner Festspiele (WELT, 1.2.2005).

- Jürgen Boos ist zum 1. April der neue Direktor der Frankfurter Buchmesse, nachdem der Vertrag des seit 2002 amtierenden Volker Neumann nicht verlängert wurde. Neumann hatte sich unbeliebt gemacht, als er die Buchmesse nach München verlegen wollte und die Arabische Liga als Ehrengast der Buchmesse präsentierte, deren Selbstdarstellung viel Kritik hervorrief (zu Boos siehe WELT vom 4. Januar 2005). Boos will in jedem Falle an den Länderschwerpunkten festhalten (WELT, 2.3.2005).

- Andrea-Katharina Hanke ist neue Beigeordnete für Schule, Kultur und Sport der Stadt Münster (parteilos). Sie trat am 15. März die Nachfolge von Helga Boldt (Grüne) an, die nicht wiedergewählt wurde (FAZ, 23.2.2005).

- Hans-Georg Knopp, seit 2002 Intendant am Haus der Kulturen der Welt in Berlin, wurde zum 1. August 2005 neuer Generalsekretär des Goethe-Instituts (WELT, 25.1./FR, 6.8.2005). Er folgt Andreas Schlüter, den es zum Stifterverband zog.

Zitate

„Rüttgers hat mir versichert, dass er die Sache gut findet.“
Intendant Jürgen Flimm über die Zukunft der Ruhrtriennale lt. Spiegel 25/2005.

„Ich finde nicht, daß es ein Weltuntergang ist.“
Jürgen Flimm zum Machtwechsel in NRW lt. WELT vom 24.5.2005.

„Die Erziehung zur Kultur hat versagt (...) Eigentlich ist die ganze Gesellschaft krank (...) der krasse Materialismus vom Typ westlicher Wohlhaberei ist ebenso gefährlich (wie der politische Marxismus). Die Eltern versagen hier oft, sie leben die Kultur nicht vor.“
Der scheidende Gewandhauskapellmeister Herbert Blomstedt lt. WELT vom 2. Juli 2005.

„Viele öffentlich rechtliche Rundfunkanstalten kommen derzeit ihrem Kultur- und Bildungsauftrag nur unzureichend nach (...) Das Fernsehen ist nicht nur dazu da, den Menschen zu geben, was sie wollen, sondern auch, was sie brauchen.“
Herbert Blomstedt zugunsten eines größeren Anteils klassischer Musik in den Radio- und Fernsehprogrammen lt. WELT vom 28. Februar 2005.

„Das ist mein Ding: eine Linke mit einem wahrhaft demokratischen Gesicht, ohne die Fehler der DDR.“
Schauspieler Peter Sodann nach



seinem Rücktritt von der PDS-Kandidatur in Sachsen lt. SZ vom 8. Juli 2005.

„Wenn wir in Deutschland nur privatwirtschaftlich finanzierte Filme machen müssten, wäre Scheiße Trumpf (...). Es würde dann nur noch der Massengeschmack bedient, und das kann nicht gut sein.“

Regisseur Helmut Dietl zu öffentlichen Filmförderung lt. WELT vom 6. Januar 2005.

„Die Verwahrlosung des öffentlichen Raums ist ein Problem, das uns Sorgen machen muss. Die Graffiti-Seuche ist ein Problem unter vielen für diese bedauerliche Entwicklung. (...) Wer Musikschulen schließt, schadet der inneren Sicherheit. Wenn wir meinen, musische Erziehung sei zwar nett, aber nicht wichtig, missachten wir, was die Gesellschaft braucht. Bei der Musik, lernen wir Disziplin, Selbstbeherrschung und Taktgefühl, im wörtlichen wie im übertragenen Sinne. Gutes Benehmen ist hilfreich im gesellschaftlichen Verkehr.“

Bundesinnenminister Otto Schily im Gespräch mit der FAS vom 5. Juni 2005.

„Die Deutschen haben Kultur. Deutschland war immer das kultivierteste Land, deutsche Kultur wirkte wie ein Magnet. Immer noch? Ist New York oder Paris heute der kulturelle Mittelpunkt? Zumindest in der Musikwelt ist Deutschland nach wie vor das Zentrum.“

Intendant Sir Peter Jonas über die Deutschen im Interview mit der SZ vom 7. Mai 2005.

„Natürlich hat sich das Niveau unserer Kultur auf Talfahrt gegeben. Und das ist eine Entwicklung, die mich nicht gerade glücklich macht.“

Filmkomponist Ennio Morricone lt. WELT vom 5. Januar 2005.

„Wenn ihr nicht aufpasst, spielen euch in 50 Jahren nur noch chinesische Orchester die Beethoven-Symphonien vor.“

Kurt Masur zur Einsparung bei Orchestern lt. WELT vom 1. Januar 2005.

„Schiller würde sich im Grabe drehen, wenn er heute sähe, wie mit ihm umgegangen wird.“

Thomas Paulwitz, Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Sprachwelt“, über die Verfälschung der Sprache Schillers und anderer deutscher Klassiker.

Wäre eine Initiative des Bundesverfassungsgerichts hilfreich?

Martin Roth: *„Ich nehme an, der Kanzler wird sich nicht engagieren, ehe nicht wenigstens eine minimale Aussicht auf Erfolg besteht.“*

Martin Roth, Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlung in Dresden, zum Stand der Beutekunstverhandlungen zwischen Deutschland und Russland, lt. FAZ vom 27. April 2005.

„Im Moment gelingt es der russischen Regierung noch nicht, die völkerrechtlichen Verträge so zu erfüllen, wie es uns gelingt.“

Wolfgang Maurus, Referatsleiter bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, lt. FR vom 21. Mai 2005.

„Rückführungen finden zur Zeit nicht statt, es wird wohl in den nächsten Jahren so bleiben.“

Wolfgang Maurus, Referatsleiter bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, lt. SZ vom 15. Juni 2005.

„Wir brauchen keine Reformen, wir brauchen eine Revolution, die alles umkrempelt.“

Liedermacher Constantin Wecker lt. WELT vom 14. Juni 2005.

„Die angepasste Produktion, in der man mit der Speckseite nach dem Zuschauer wirft, wird nicht auf Dauer erfolgreich sein. Es sind oft die schwierigen Dinge, die Zuschauer anziehen (...). Die Anzahl der Leute, denen das Zappen, das Zugeballertwerden mit platter Unterhaltung auf die Nerven geht, nimmt zu (...) Es wäre leichter noch mehr Leute ins Theater oder in die Oper zu locken, wenn wir das zu günstigeren Preisen anbieten könnten“,

Rolf Bollwin, Direktor des Deutschen Bühnenvereins, zur Lage der deutschen Theater lt. WELT vom 17. Januar 2005.

„Lieber ein paar anspruchsvolle Filme mehr und dafür für Sportberichte nicht um jeden Preis kämpfen.“

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber beim 30. CSU-Filmgespräch in München an die Rundfunkanstalten, sie sollten Kultur stärker fördern, lt. WELT vom 17. Januar 2005.

„Wir sind keine Verpackungs- oder Verhüllungskünstler (...) Und ich kann ihnen sagen: Wir



werden niemals irgendetwas verhüllen.“

Das Künstlerehepaar Christo und Jeanne-Claude über seine künstlerische Zukunft lt. WELT vom 1. Februar 2005.

„Für die Franzosen (...) ist es selbstverständlich eine Herzensache, den Stellenwert der französischen Sprache in der Welt zu festigen. Offensiv treten französische Politiker dafür ein, ihre Muttersprache in internationalen Organisationen – insbesondere in der Europäischen Union – aufzuwerten. Wir dagegen müssen uns immer wieder von unseren französischen Kollegen bei der Hand nehmen lassen, auf daß wir – gemeinsam stark – unsere Sprachen neben der Weltsprache Englisch behaupten. Und wie häufig teilen unsere französischen Freunde unsere geradezu anbiedernde Bereitschaft, auf internationalen Zusammenkünften auf den Gebrauch der eigenen Sprache zu verzichten? Wir sprechen aber Englisch, statt uns wortreich und damit gedankenreich in der vertrauten Muttersprache darzustellen. Wir Deutschen ziehen es vor, durch den Gebrauch des Englischen Weltoffenheit, Modernität und das Gefeitsein vor dem Nationalsozialismus zu demonstrieren.“

Die Präsidentin des Goethe-Instituts, Jutta Limbach, in einem Plädoyer für eine aktive deutsche Sprachpolitik in der FAZ vom 8. Februar 2005.

„In unsrer Fraktion ist das höchst umstritten“.

Berlins SPD-Fraktionssprecher Peter Stadtmüller zum neuen

Rosa Luxemburg- Denkmal in Berlin Mitte.

„Das Gebildetenbordell für Berlintouristen.“

Christoph Schlingensief über Klaus Peymanns Berliner Ensemble lt. WELT vom 14. Januar 2005.

„Schillerjubiläen sind selten“
Kulturstaatsministerin Christina Weiss zu Schiller.

„Den Planeten Schiller neu zu besiedeln“

Kulturstaatsministerin Christina Weiss über Schiller.

„Schillers Werk ist durchdrungen von kämpferischem Humanismus“

Das Presse- und Informationszentrum der Bundesregierung.

„Der leidenschaftlichste und jedenfalls in vielen seiner Themen aktuellste Dichter des Goldenen Zeitalters deutscher Sprach- und Dichtkunst“

Das ZDF über Schiller. (Zitate lt. FAZ vom 14. Januar 2005).

„Ich könnte jeden Tag die Räuber schauen.“

Der Weimarer Intendant Stephan Märki über Schiller lt. WELT vom 4. Januar 2005.

„Die Künstler müssen sich im öffentlichen Streit mehr Gehör verschaffen. Die Kunst hat viel mehr zu sagen als sie sich zutraut (...) Mit dem Einzug am Berliner Platz geht für uns auch eine Ära der Beschaulichkeit zu Ende. Wir wollen ein aktiver Partner sein von Politik, Wirt-

schaft und Gesellschaft, auch im Widerspruch.“

Akademiepräsident Adolf Muschg anlässlich der Eröffnung des Neubaus der Akademie am Berliner Platz lt. WELT vom 17. Mai 2005.

„Ein ganzer Tell, ein ganzer Don Karlos, das ist doch was.“
Bundespräsident Horst Köhler bei einer Sonntagsmatinee im Berliner Ensemble lt. SZ vom 19. April 2005.

Quasthoff: *„Es gilt heute an den Schulen als innovativ, die Türen vor der Kultur zuzuknallen.“*

Spiegel: Könnte sich das nicht ändern, weil neuerdings viele Eltern über Deutschlands amüsische Schulen klagen, eine bessere Ausbildung gerade in Fächern wie Musik verlangen?

Quasthoff: *„Die Situation hat sich nicht entspannt, im Gegenteil. Es scheint immer fraglicher, ob Familien, Kindergärten, Grund- und weiterführende Schulen überhaupt in der Lage sind, Kindern und jungen Menschen die Musik und alles, was zu ihr gehört, näher zu bringen.“*

Sänger Thomas Quasthoff über die Lage der Musik an den Schulen lt. Spiegel 13/2005.

„Man kann Künstler nicht wie Verwaltungsangestellte behandeln, wir brauchen Flexibilität.“
Rolf Bolwin, Direktor des Deutschen Bühnenvereins, über die Bestrebungen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, auch künstlerisches Personal an Theatern in den öffentlichen Dienst zu integrieren, lt. WELT



vom 27. Mai 2005.

„*Ich fühle mich getäuscht.*“
Kulturstaatsministerin Christina Weiss über die Berliner Posse um den Palast der Republik lt. Spiegel 12/2005.

„*Dieser Satz ist idiotisch – von mir.*“

Rolf Hochhuth über seine Einschätzung von David Irving lt. WELT vom 8. März 2005.

„*Die USA sind führend heute. Deutsche Literatur wird von Angelsachsen gar nicht mehr beachtet (...). Die besten Kantkommentare stammen von Amerikanern, Briten, Kanadiern oder Australiern, aber nicht von Deutschen.*“

Der Philosoph Ernst Tugendhat

über die Rolle der deutschen Philosophie im internationalen Vergleich lt. WELT vom 3. März 2005.

„*Ein Plädoyer für mehr politische Kunst? Ja, die Kunst darf und kann nichts aussparen. Der Künstler ist doch nicht als hehrer Engel vom Himmel gefallen. Er vereinigt in sich alle Widersprüche, die auch in der Gesellschaft zu finden sind: So trägt er genauso den Kleinbürger in sich und wird von der Umwelt beeinflusst wie alle anderen. Schließlich bin ich kein unveränderliches Wesen, das monolithisch standhaft seinen Weg geht. Die Leistung der Kunst besteht gerade darin, sich dieser Einflussnahme immer wieder zu entziehen, sie niederzuringen.*“

Der Maler Jörg Immendorff im Gespräch mit dem Tagesspiegel über seine Teilnahme an der Berliner RAF-Ausstellung lt. Tagesspiegel vom 25. Januar 2005.

„*Der jährliche Kulturhaushalt der gesamten EU ist so groß wie der für die Bonner Oper (...). Wie soll es gelingen, die Kulturen Europas zu schützen und zu stärken, wenn an der Spitze der wichtigsten EU-Kommission Beamte sind, die keine Zeit mehr haben, ein Buch zu lesen, ins Konzert oder Theater zu gehen, und allenfalls noch vor dem Fernseher sitzen?*“

Der frühere Kulturstaatsminister Michael Naumann an die Adresse der EU-Spitzenbeamten in Brüssel lt. WELT vom 16. März 2005.

Kulturpolitische Beiträge und Veranstaltungen

In der Zeitschrift „*politik und kultur*“ 2/2005, hrsg. vom Deutschen Kulturrat, äußert sich Brandenburgs Kulturministerin Johanna Wanka zur Reform des Föderalismus und plädiert für eine Zusammenführung der Bundeskultur- und der Kulturstiftung der Länder (bislang gescheitert). Zudem schreibt dort Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, über die „Wachstumsbranche Kultur – aber unter welchen Bedingungen“ und kommt zu dem Schluss: „Die Euphorie über die wachsende Zahl an Beschäftigten wird gedämpft, be-

trachtet man deren Einkommenssituation“.

In der Ausgabe 3/2005 äußert sich die CDU-Vorsitzende Angela Merkel über das „Kulturland Deutschland“ (s. S. 27 ff.) und nennt fünf wichtige Punkte für eine zukunftsorientierte Kunst- und Kulturpolitik:

Den föderalen Bundesstaat, die Stärkung der Regionen und Kommunen, die Reaktivierung der aktiven Bürgergesellschaft, die Bedeutung der Allgemeinbildung und die Bedeutung der kulturellen Herkunft Europas.

Außerdem dort eine groß do-

kumentierte Diskussionsveranstaltung über die Gefahren der EU-Dienstleistungsrichtlinien für den Kultur- und Medienbereich.

Die Ausgabe 4/2005 legt einen Schwerpunkt auf die Diskussion über das „Staatsziel Kultur“ im GG, zieht eine Bilanz der Kulturpolitik unter Rot-Grün und widmet sich u.a. GAT und UNESCO.

In den „*kulturpolitischen mitteilungen*“ 7/4/2004, hrsg. von der Kulturpolitischen Gesellschaft, bildet das Thema „Kultur verankern“ den Schwerpunkt. Dabei geht es auch um die



Aufnahme einer kulturellen Staatszielbestimmung im Grundgesetz. Dazu auch ein Bericht über die Anhörung der Enquete-Kommission.

In den *kulturpolitischen mitteilungen* 108/1/2005 bildet die „Gedenkkultur“ den Schwerpunkt. Dort äußert sich u.a. Günter Nooke zur 1999 von der Bundesregierung erarbeiteten „Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes“ und fordert ein gemeinsames Gedenkstättenkonzept für NS-Diktatur und SED-Diktatur, das sich auch in der Förderung niederschlagen müsse.

Die Zeitschrift *„Kulturpolitik“*, hrsg. vom Bundesverband bildender Künstlerinnen und Künstler, 1/2005, setzt einen kulturpolitischen Schwerpunkt beim Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums zum Folgerecht, die Ausgabe 2/2005 beim Urheberrecht (Vergütung der Künstler), bei der KSV und der sozialen Lage der Künstler (bezogen auf 2003).

Der Deutsche Bühnenverein und das Kulturwissenschaftliche Institut Essen veranstalteten am 8. Mai 2004 das Symposium *„Zukunft durch ästhetische Bildung“*. Die am 24. Februar 2005 erschienene Dokumentation zum Symposium gibt einen Überblick über die Diskussionen, Vorträge und Ergebnisse der Veranstaltung. Sie enthält Vorträge von Dirk Baecker (Universität Witten-Herdecke), Johannes Bilstein (Folkwanghochschule Essen) und Ulrich Khuon (Thalia Theater, Hamburg). Teilneh-

mer der Podiumsdiskussionen waren unter anderem Peter Clever (Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände) und Thomas Steinfeld (Süddeutsche Zeitung), moderiert hat Hansjürgen Rosenbauer (Kunsthochschule für Medien Köln). Zu beziehen ist die Dokumentation kostenlos beim Deutschen Bühnenverein:

Online-Bestellung unter:

http://www.buehnenverein.de/presse/statistik_aesthetik.php

„Publikum.macht.kultur.“ Der 3. Bundeskulturkongresses in Berlin

Die Ausweitung des öffentlichen Kulturangebotes und die Konkurrenz privater Anbieter im Kultur- und Freizeitbereich führen dazu, dass das Ringen um Aufmerksamkeit bei potentiellen Nutzern und den Medien zunimmt. Der wachsende Wettbewerb um das Publikum bringt Bewegung in den Markt der kulturellen Angebote. Dies bedeutet auch für öffentliche Kultureinrichtungen ein Umdenken, wenn sie Besucherrückgänge vermeiden wollen. Denn Kultur braucht Publikum. Dem Wachstum und der Vielfalt der Angebote steht darüber hinaus eine immer differenziertere Nachfrage gegenüber, die bedient werden will.

„Publikum.macht.kultur.“ war dann auch das Thema des 3. Bundeskulturkongresses in Berlin, den die Kulturpolitische Gesellschaft in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der

Bundeszentrale für Politische Bildung in Berlin veranstaltet hat. Die Macht des Publikum ist also erheblich.

Eingehende Analysen des Kulturpublikums dienten dazu, das Verhalten der Kulturnutzer transparenter zu machen. Jörn Rösen, Präsident des kulturwissenschaftlichen Instituts NRW, thematisierte den Strukturwandel in der kulturellen Öffentlichkeit. Das klassische Bildungsbürgertum, aus dem sich vor allem die Theater-, Orchester- und Museumsbesucher rekrutieren, stellt für das Marketing der Kultureinrichtungen keine verlässliche Größe mehr da, so der sich fortsetzende Trend. Die Ursachen dafür werden u. a. im demografischen Wandel gesehen: Der Rückgang und die wachsende Überalterung der Bevölkerung wirkt sich in der Konsequenz auch auf Größe und Zusammensetzung des Kulturpublikums aus. Hierauf muss reagiert werden. Positiv gewendet müsste die Überalterung des Publikums kulturpolitisch auch zu einer neuen Wertschätzung der Kinder und Jugendlichen als künftige Kulturnutzer führen, hatte Norbert Sievers, Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft, bereits vorab festgestellt. Rösen forderte dementsprechend dazu auf, stärker dafür Sorge zu tragen, Kinder „kulturfähig“ zu machen.

Empirische Daten aus der Lebensstil- und Milieuforschung lieferte Susanne Keuchel vom Zentrum für Kulturforschung und bestätigt: Intensivnutzer, die nur noch auf ein Genre fixiert



sind, gibt es kaum noch. 40 % der Befragten nutzen drei bis vier Kultursparten gleichzeitig. 50 % der Befragten nutzen gar keine kulturellen Angebote. Nur 15 % der Hauptschüler, besuchen mindestens einmal im Jahr eine kulturelle Einrichtung mit ihrer Schule. Stiefkinder bei den Befragten blieben insgesamt die Klassische Musik und die Oper.

Erfolgreiche Konzepte der Besucher- und Nutzerorientierung wurden u.a. für den Bereich Kulturelle Bildung und Kulturpädagogik vorgestellt. So legte Christiane Krüger am Beispiel der Kreismusikschule Uecker-Randow (Mecklenburg-Vorpommern) überzeugend dar, wie es ihr gelang, den Musikschulnachwuchs zu sichern - immerhin erhöhte sich die Schülerzahl von 300 auf 900. Das wichtigste:

vom Nutzer und seinem nächsten Umfeld aus denken. D.h. zum Beispiel flexible Angebote für alle Altersgruppen zu bieten und die Eltern kontinuierlich einzubeziehen.

Dieses Beispiel zeigt, dass sich das Eingehen auf das Publikum lohnen kann – und dies, ohne dabei den gesellschaftlichen Auftrag kultureller Arbeit aus dem Blick zu verlieren. Der Einsatz von Kulturmarketingmethoden wird unerlässlich. Kulturstaatsministerin Christina Weiss sprach in ihrer Eingangsrede sogar von einer Schlüsselrolle des Kulturmarketings. Ziel dieses Marketings müsse es dabei sein, Attraktivität und Neugier zu wecken. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, appellierte in seinem Abschlußvortrag dann auch da-

für, Kulturmarketingmethoden anzuwenden. Die Kulturpolitik forderte er dazu auf, vorhandene Institutionen in die Lage zu versetzen, diese Kulturmanagementwerkzeuge zu nutzen.

Zeitgleich zum Kongress erschienen ist das „Jahrbuch für Kulturpolitik 2005“, das sich ausführlich mit dem „Kulturpublikum“ beschäftigt. In über 50 Beiträgen wird die Kongress-thematik aus kulturpolitischer und wissenschaftlicher Sicht kommentiert und analysiert. Ein Kapitel widmet sich auch dem Thema „Kinder- und Jugendliche als Kulturpublikum“.

*Dr. Jaqueline Plum
Konrad-Adenauer-Stiftung,
HA Politik und Beratung,
e-mail: jaqueline.plum@kas.de*

AUS DER ARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

a) Neuerscheinungen

Broschüre: Erinnerungskultur

Die „Potsdamer Gespräche zur Kulturpolitik“, die die Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahre 2001 gegründet hat und die seitdem jährlich stattfinden, wollen den Dialog zwischen Kultur und Politik pflegen. Teilnehmer sind Kulturpolitiker auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und Künstler sowie Repräsentanten verschiedener Kulturinstitutio-

nen und Verbände. Für die „Potsdamer Gespräche zur Kulturpolitik“ wird in der Regel ein wechselndes Schwerpunktthema mit aktuellen kulturpolitischen Fragen verbunden. Das letzte Treffen im Oktober 2004 hatte das Thema „Erinnerungskultur“ zum Schwerpunkt. Es entsprach dem immer virulenten und insbesondere vor dem „Gedenkjahr“ 2005 gestiegenen Bedürfnis, sich der schwierigen Geschichte Deutschlands des vergangenen Jahrhunderts, ihrer

wissenschaftlichen und politischen Rezeption und ihres staatlich organisierten Gedenkens zu stellen.

*Aus der Einführung von
Norbert Lammert*

Erinnerungskultur als staatliche Aufgabe

In diesem Jahr haben wir ein Thema ausgewählt, das ganz besonders kompliziert, sensibel und zugleich von herausragender Bedeutung ist, nämlich das



Thema „Erinnerungskultur“. Zu den herausragenden Aspekten dieses Themas gehört für mich, daß es in einer für die Kulturpolitik im ganzen eher untypischen Weise eine unmittelbare staatliche Verantwortung impliziert. Diejenigen, die mich gelegentlich über das Thema „Kultur“ haben reden hören, wissen, daß ich persönlich ein außerordentlich schlankes Verständnis von Kulturpolitik habe und die Zuständigkeiten des Staates und der Politik gegenüber der Kunst und Kultur aufs äußerste limitiert sehen möchte: Die Politik ist *nicht* für Kultur zuständig, sondern für die Bedingungen, unter denen sie stattfindet, was eben nicht dasselbe ist. Aber wenn es ein Thema gibt, bei dem sich der Staat, die Politik nicht allein auf die Schaffung von Bedingungen zurückziehen kann, sondern ausdrücklich oder heimlich – manchmal auch unheimlich – selber den Gegenstand dessen prägt, um was es geht, dann ist es der Bereich der Erinnerungskultur. Jeder Staat verhält sich zu seiner eigenen Geschichte, und aus der Art und Weise, in der er es tut oder nicht tut, kann man nicht unwesentliche Schlüsse auf sein Selbstverständnis ziehen. Daß die Deutschen sich im Verhältnis zu ihrer Geschichte besonders gründlich besonders schwertun, bedarf keiner Erläuterung, aber vielleicht schon einer ruhigen, sorgfältigen Analyse.

Die Schwierigkeiten beginnen mit dem Begriff. In der Befassung mit diesem Thema ist von „Erinnerungskultur“ oder „Gedenken“ die Rede, ebenso wie von „historischem“ und/oder

„kulturellem Erbe“. Dabei ist der Titel „Erinnerungskultur“ nicht zufällig, sondern bewußt so gewählt, nicht weil er die nachAbwägung aller anderen Gesichtspunkte am Ende doch bestmögliche Beschreibung des Sachverhaltes ist – darüber ist der Streit natürlich weiter möglich und vielleicht auch unvermeidlich – sondern weil er genau das auf den Begriff bringen will, was den einen oder anderen offenkundig zögern läßt: mit dem Benennen eines Sachverhalts gleichzeitig qualitative Ansprüche zu verbinden. „Erinnerungskultur“ intoniert gleich eine Dimension, die alle Beteiligten unter Ansprüche stellt, die ich ihnen ungern ersparen möchte.

Dazu nur einige einführende Bemerkungen.

Erstens. Joachim Fest, der bedeutende Publizist und Historiker, vor wenigen Monaten einer breiteren deutschen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Film „Der Untergang“ wieder in Erinnerung getreten, hat in einem Interview in der „Zeit“ eine interessante Bemerkung zum Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte gemacht: „Deutschland hat einerseits Angst vor dem Neuen und andererseits ist es völlig geschichtslos. Das Gestern hat in Deutschland keine Anwälte, nicht erst seit Hitler. Die Deutschen haben sich stets in irgendwelche Zukünfte hineingeträumt, aber die sind ihnen durch den Zusammenbruch der Ideologien und Utopien genommen. Jetzt leben sie nur noch in der Gegenwart. Und das Bezeichnende ist, keine der Parteien hat ein realisti-

ches, zur Wirklichkeit taugendes Konzept.“

Zweitens. Als wir diese Tagung vorbereitet und uns für das Schwerpunktthema „Erinnerungskultur“ entschieden haben, war mein gewünschter Redner für die Einführung Christian Meier. Professor Meier scheint in ganz besonderer Weise dafür geeignet, weil er mehr als viele andere deutsche Historiker Geschichte immer als Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart und immer in ihrer Relevanz auch und gerade für aktuelle Politik verstanden und beschrieben hat.

Meine hohen Erwartungen wurden einmal mehr bestätigt, als ich seine Publikation einer Vorlesungsreihe unter dem Titel „Von Athen bis Auschwitz“ gelesen habe, die ich jedem nur nachdrücklich ans Herz legen kann. Hier wird nicht nur wieder einmal der ganz große Bogen europäischer Geschichte und Zivilisation geschlagen, sondern hier werden Zusammenhänge freigelegt und hergestellt, die allzu häufig im aktuellen Verständnis unseres Landes, seiner Herkunft und seiner Zukunft, verdrängt werden.

Mich hat allerdings eine Bemerkung zur Lage der Geschichte in unserer Gesellschaft verblüfft, die an das Zitat von Joachim Fest anschließt. Christian Meier schreibt: „Die Lage der Geschichte in unserer Gesellschaft, in Europa, zumal in Deutschland, scheint wenig günstig zu sein. Die vielen historischen Ausstellungen, die heute veranstaltet werden, die historischen Museen, vielleicht gar



Events, sprechen nicht für das Gegenteil. Sie bieten für die meisten nur Reisen in die Zeit, geleitet gleichsam von Fremdenführern aus dem Fach Geschichte. Wie bei denen im Raum sind ihre Ziele mehr oder weniger punktuell, historische Zusammenhänge aber oder ein Sinn für Geschichte bezeugen sich darin oder resultieren daraus kaum. Vielleicht sollen sie die Abwesenheit von Geschichte im allgemeinen Denken auch kompensieren. Sind Historiker also, sofern sie sich nicht nur an ihresgleichen oder an speziell an ihren Dingen Interessierte wenden, vielleicht wirklich in der Rolle des Bikini-Verkäufers am FKK-Strand?“

Drittens. 1999 hat die Bundesregierung ein Gedenkstättenkonzept vorgelegt. Über dieses Konzept ist im Bundestag nie abgestimmt worden. Es gab eine Beauftragung der Bundesregierung zur Entwicklung eines solchen Konzeptes, das dann irgendwann eher beiläufig zur Kenntnis genommen worden ist. Über die Philosophie dieses Konzeptes besteht weitgehender Konsens, über die operativen Schlußfolgerungen nicht. Sie sind auch nie Gegenstand einer förmlichen Erörterung gewesen, was schon deswegen zu bedauern ist, weil sich eine Reihe der ganz praktischen Fragen, die sich jetzt etwa aus der Gedenkstättenproblematik und deren jeweiliger Zuordnung ergeben, mit den Mängeln der operativen Umsetzung dieser Philosophie unmittelbar verbinden. Besonders deutlich wird dies an der Leidensgeschichte der „Topogra-

phie des Terrors“. Ich kritisiere im Ergebnis nicht, daß in der Hauptstadt in einem Umfeld von weniger als einem Kilometer der Bund – wozu er rechtlich keine Verpflichtung hatte – eine der vielen von Berlin begonnenen, aber die Stadt überfordernden Initiativen, nämlich das Jüdische Museum, in seine Verantwortung übernommen hat mit der zutreffenden Begründung, daß die Dokumentation jüdischen Lebens in Deutschland nicht Berliner Lokalgeschichte ist. Auch wird niemand kritisieren wollen, daß der Bund auch für die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas gesamtstaatlich die Verantwortung übernimmt. Dabei klammere ich den wichtigen Streit um die richtige Widmung aus, zu der es damals einen Alternativantrag im Deutschen Bundestag gegeben hat. Dieser Antrag, das Mahnmal den ermordeten Juden Europas und allen Opfern nationalsozialistischer Terrorherrschaft zu widmen, hatte leider keine Mehrheit gefunden. Seine Annahme hätte nicht nur die Serie der Nachfolgemahnmale, sondern auch die Serie der Peinlichkeiten erspart, die sich mit deren Errichtung nun verbinden. Aber daß ausgerechnet die „Topographie des Terrors“, am historischen Ort des Reichssicherheitshauptamtes, wo die vorläufige Beendigung jüdischen Lebens in Deutschland im industriellen Maßstab konzeptionell organisiert wurde, aus dieser herausgehobenen gesamtstaatlichen Verantwortung in den allgemeinen Kontext eines Gedenkstättenkonzepts einsortiert wurde, für die pau-

schal eine Fünfzig-zu-Fünfzig-Finanzierung zwischen Bund und Träger angeboten wird, angefangen bei jeder kleinen lokalen Einrichtung bis hin zu solchen exzeptionellen authentischen Stätten gesamtdeutscher und europäischer Geschichte, ist hochgradig unplausibel, um nicht zu sagen: willkürlich.

Viertens. Mein Eindruck ist sicher nicht falsch, daß eine gänzlich unbefangene Diskussion des Themas nicht möglich ist. Zur Verdeutlichung zwei Zitate. Das erste lautet wie folgt: „Der Holocaust ist ein Wert, weil er über unermeßliches Leid zu unermeßlichem Wissen geführt hat und damit eine unermeßliche moralische Reserve birgt.“ Ich finde den Satz atemberaubend. Kein Historiker könnte ihn schreiben, schon gar kein deutscher. Er ist von Imre Kertész. Der weiß, wovon er schreibt, und er weiß auch, warum.

Das zweite Zitat ist – zufällig oder nicht – auch von einem Ungarn, diesmal von einem Historiker: „Solange in Deutschland kein Konsens über die eigene nationale Erinnerungskultur entsteht, wird das Land seine innere Sicherheit nicht zurückgewinnen.“ Und er fügt eine andere Bemerkung hinzu, die ich nicht weniger aufschlußreich finde; es ist der Historiker Krisztián Ungváry: „Es fehlt bisher in Deutschland wie in Osteuropa eine Kultur, die es uns ermöglicht, über Opfer und Täter ohne Verdächtigungen zu sprechen. Die deutschen Debatten der letzten Jahre zeigen jedoch, daß es für die deutsche Gesellschaft ein



zentrales Problem darstellt, eine Sprache zu finden, die Trauer über die eigenen Opfer ermöglicht. Diese Trauer kann nicht allein den Betroffenen überlassen werden, sie muß Teil der nationalen Erinnerungskultur werden. (...) Wäre das in Deutschland möglich“, schreibt Ungváry, „könnte dies auch für andere Länder als Anregung dienen, die eigene Erinnerungskultur zu gestalten.“

Auf die deutsche Geschichte so, wie sie war, schon gar im letzten Jahrhundert, kann man wohl schwerlich stolz sein. Aber unseren Umgang mit dieser Geschichte können wir vorzeigen.

Information:

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
e-mail: joerg.gauger@kas.de
(darüber kann auch die Broschüre bezogen werden)

Musikstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung

Kommentar I zur Musik-Studie der Initiative „Bildung der Persönlichkeit“

von Hermann Wilske (aus *neue musikzeitung*, Ausgabe 5/2005)

Ohne jeden Zweifel gehört die gemeinhin auch Konrad-Adenauer-Studie genannte Schrift zur Neuorientierung des Musikunterrichts zu den bedeutendsten Untersuchungen der letzten Jahrzehnte überhaupt. Sie setzt viele Schwerpunkte gerade in solchen Feldern, welche die Musikpädagogik in der Bundesrepublik Deutschland schon lange geräumt hat. Der ästhetische Wert der Musik sei ins Zentrum der musikalischen Bildung zu rücken, ein ausgeprägtes Quali-

tätsbewusstsein hinsichtlich Komposition, Interpretation und technischer Ausführung von Musik zu entwickeln. Subjektives Musikempfinden und individueller Geschmack stünden objektiver Analyse und sachlich begründeter Orientierung in der musikalischen Vielfalt gegenüber.

Als wünschenswerte Rahmenbedingungen werden in der vorliegenden Studie zuweilen Forderungen erhoben, die selbst die Musikpädagogischen Verbände schon verschämt suspendiert haben – etwa die des zweistündigen Pflichtfachs in allen Jahrgangsstufen. Bedenkenswert sind auch die Vorbehalte gegen die kurzatmige Förderung einzelner „Showprojekte“ an Schulen: In der Tat nämlich ist dem oft voraussetzungslosen Unterricht in der Schule vielfach eine AG-Situation an die Seite getreten, in der die notwendige Nachhaltigkeit für Stimmbildung in Chören oder Klangkultur der Orchester nicht länger gegeben ist.

Als Konsequenz dieser Situation ist eine deutliche Verminderung des klassischen Repertoires zu beobachten, während die gleichzeitige Zunahme von Ad-hoc-Produktionen im Pop- oder Musicalbereich keinesfalls nur Schülervorlieben reflektieren, sondern zugleich Spiegel all dessen geworden sind, was im Rahmen schulischer Möglichkeiten noch realisiert werden kann.

Es tut der richtungsweisenden Bedeutung der Studie keinen Abbruch, wenn die Zusammenfassung musikpädagogischer Konzepte im 20. Jahrhundert

mehr als lückenhaft ausgefallen ist. Gleiches gilt für den Kanon verpflichtender Musikwerke, der im Anhang aufgeführt ist – insbesondere im Bereich der Populärmusik wären obligatorische Unterrichtsinhalte sinnvoll gewesen, die den ambitionierten Zielvorgaben der Studie weitaus besser entsprochen hätten als ein Kompendium von überwiegend kommerziell geprägter Rockmusik. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist vielmehr die Formulierung eines Kanons an sich, ganz im Sinne jener bedenkenswerten Kritik an den in jüngster Zeit formulierten Lehrplänen und Bildungsstandards („zu wenig konkrete Formulierungen und inhaltlich zu große Freiheit; das führt schnell zu Beliebigkeit und ‚Gleichgültigkeit‘“).

In ihrer Gesamtheit ist die Studie nichts Geringeres als eine Steilvorlage und Diskussionsgrundlage überall dort, wo an Perspektiven zur Verbesserung des Musikunterrichts gearbeitet wird – auch und gerade für Verbandsvertreter im Diskurs mit dem zuständigen Ministerium.

Exemplarisch sei abschließend das Singen herausgegriffen, dem in der Studie wieder eine deutliche Präferenz eingeräumt wird. Mehr als je zuvor ist Eltern und Bildungsplanern in jüngster Zeit offenbar schmerzlich bewusst geworden, was man durch den Verlust des gemeinsamen Singens verloren hat. Diese Studie ist ein Glücksfall für den nötigen Aufbruch in der Schulmusik. Die aus ihr resultierenden Möglichkeiten sollten nicht verpasst werden.



Ebd. findet auch ein scharfer ablehnender Kommentar von Jürgen Vogt („Alter Wein in alten Schläuchen“).

Information:

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
[http://www.kas.de/publikationen/2005/5929_dokument.html]

b) Veranstaltungen

Erfolgreicher Auftakt der KAS-Kulturarbeit im ersten Halbjahr

Die Kulturabteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung startete in das erste Halbjahr des Jahres mit geballter Kraft. Nach der eleganten Soirée für den österreichischen Schriftsteller *Christoph Ransmayr*, dem die diesjährige Hommage für eine herausragende Persönlichkeit des deutschsprachigen Kulturlebens gewidmet war, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf den großen internationalen Kulturabend 2005; Gastland in diesem Jahr: *Israel*. Aus Anlass des fünfzigjährigen Bestehens der deutsch-israelischen Beziehungen rückte die Konrad-Adenauer-Stiftung das lebendige, vielseitige und international ausgerichtete Kulturleben eines Landes in den Focus, das jenseits von Klezmermusik und Shtetltromantik mit Überraschungen aufwartet. Die Kultur Israels vereint Tradition und Innovation, sie knüpft an ein viertausend Jahre altes jüdisches Erbe an und lebt in einem seit mehr als fünfzig Jahren existierenden modernen Staat fort: in aufregenden Verschmelzungen, spannenden und spannungsvollen Brüchen und in erstklas-

sigen Neuschöpfungen. Die Ausdrucksformen sind dabei kaum weniger vielfältig als die Bevölkerung selbst, die aus mehr als 100 Ländern und fünf Kontinenten stammt.

Der Abend, zu dem der Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wilhelm Staudacher, und der Botschafter des Staates Israel, S.E. Simon Stein, einluden, bot den etwa 450 Gästen aus Politik und Kultur ein Programm, das selbst im verwöhnten Berlin einer kleinen Sensation gleich kam. Das Klavierduo Sivan Silver und Gil Garburg, das in den internationalen Konzerthäusern dieser Welt das Publikum von den Stühlen reißt, sorgte ebenso für frenetischen Applaus (so die „WELT“) wie die Lesung von Zeruya Shalevs Literatur durch die Schauspielerin Simone Kabst. Stolz war die Stiftung, dass sie noch vor der großen Ausstellung „Die neuen Hebräer“ im Martin-Gropius-Bau den dort vertretenen bildenden Künstler Gal Weinstein aus Tel Aviv in einer exklusiven Schau präsentieren durfte. Ein Kulturabend der Superlative, der die Reihe der vielen Feierlichkeiten zu diesem besonderen Geburtstag eröffnete.

Der *Literaturpreis* der Konrad-Adenauer-Stiftung ging in diesem Jahr an Wulf Kirsten. In der würdigen und zugleich heiteren durch den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Dr. Bernhard Vogel, vorgenommenen Ehrung, die traditionsgemäß in Weimar stattfindet, wurde ein außergewöhnlicher Schriftsteller ausgezeichnet. Sein Werk, insbesondere der lyrische Teil seines Oeuvres, –

darin war sich die Jury unter Vorsitz von Professor Birgit Lermen einig – ist als ein unterschiedenes Votum für die „Kunst als Tochter der Freiheit“ (Schiller) zu verstehen. Die Laudatio auf Wulf Kirsten hielt der ehemalige Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung, Dr. Manfred Osten. Gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung lud auch in diesem Jahr der Ministerpräsident des Freistaates Thüringen zu einem anschließenden Empfang. Wulf Kirsten, der aus der Nähe von Meißen stammt und der sich in den Wendejahren auch politisch engagierte, war der nunmehr dreizehnte Träger eines Literaturpreises, der sich (mit Euro 15.000 dotiert) als eine feste Instanz im literarischem Leben des Landes etabliert hat.

Dem Nachbarland *Schweiz*, das 2006 Gastland des Internationalen Kulturabends sein wird, wendete sich in Sachen Literatur die Kulturabteilung bereits in diesem Jahr zu. Die Schweizer Gegenwartsliteratur stand im Mittelpunkt einer deutsch-schweizerischen Tagung in Eichholz, die Wissenschaftler und Lehrer aus beiden Ländern zusammenführte, um über Phänomene und Phantom einer „schweizerischen“ Literatur zu referieren und diskutieren. Michael Böhler, Corina Caduff, Gerhard Lauer u.a. sprachen über Wertkritik bei Frisch und Dürrenmatt, über den Umgang mit der NS-Vergangenheit, über europäische Identität sowie über das Verhältnis von Sprache und Nation in der viersprachigen Schweiz. Der Rektor der Universität Bonn, Matthias Winiger, er-



öffnete die Tagung mit einem Grußwort. Die Veranstaltung, die kontrovers über die Aussagekraft nationaler Kategorien debattierte, fügte sich in die Reihe „Begegnung mit dem Nachbarn“, die in den Vorjahren bereits mit den österreichischen, den niederländischen und den französischen Nachbarstaaten veranstaltet wurde. Eine Lesung von und mit Adolf Muschg beschloss im Wissenschaftszentrum in Bonn ein Gespräch, das fortgesetzt werden möchte.

Nach Fortsetzung verlangt auch die Wertediskussion, die sich längst in den Arbeiten junger bildender Künstler reflektiert und manifestiert. „Familienbilder“ nannte sich eine Ausstellung, die aus der Perspektive von Arno Bojak (Malerei) und Corinna Schnitt (Video, Fotografie) unterschiedliche Vorstellungen von Familie widerspiegelte. Noch bevor in Frankfurt eine große Ausstellung die Sehnsucht nach Romantik nachwies, konnte die Stiftung „Projektionen eines Idylls“, so der Untertitel der Schau, in Berlin vorstellen, die trotz aller neuen Entwürfe am Bild der tradierten Familie festhalte – die ironische Brechung dabei fest im Blick. Beide Künstler werden durch den Else-Heiliger-Fonds der Stiftung gefördert, dessen Anfangsbuchstaben (EHF) längst zu einem Gütesiegel geworden sind. 500 Bewerbungen gilt es in diesem Jahr für das Stipendium zu sichten und zu bewerten.

Neben diesen herausragenden Veranstaltungen kooperierte die Kulturabteilung bei unterschied-

lichen anderen Projekten und setzte auch ihr Engagement für die deutsche Musikwirtschaft fort (s. den Beitrag von Steffen Kampeter, S. 45 ff.) und die mannigfaltigen bildungspolitisch relevanten Entwicklungen, die sich aus neuen technologischen Entwicklungen in diesem Bereich ergeben.

Information:

*Dr. Hans-Jörg Clement,
Leiter Hauptstadtkultur,
HA Begabtenförderung und Kultur,
e-mail: hans-joerg.clement@kas.de*

Stipendium

Rom-Stipendium: KAS-Altstipendiat Andreas Maier tritt im Februar 2006 das begehrte Villa Massimo-Stipendium in Rom an. Der 1967 in Bad Nauheim geborene, inzwischen vielfach ausgezeichnete Schriftsteller, der im letzten Jahr seine von der KAS geförderte Promotionsarbeit über Thomas Bernhard vorlegte, hat sich einen Namen mit kritisch-satirischen Heimatromanen gemacht. Zuletzt erschien „Kirillow“ (2005), ein Roman über die Welt junger Sinnsucher aus Deutschland und aus Russland nach dem Ende der Utopien.

Information:

*PD Dr. Michael Braun,
HA Begabtenförderung und Kultur,
e-mail: michael.braun@kas.de*

„KULTUR MACHT NRW“

Die Ergebnisse aus einem anhaltenden inhaltlichem Diskurs mit Kennern, Freunden und Fachleuten aus der Kultur-Szene zur

Neuausrichtung der Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen stellte der neue NRW-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers bereits vor der Wahl auf einem Kulturforum der Konrad-Adenauer-Stiftung vor.

„Die qualitative Neuausrichtung der Kulturpolitik muss sich auf fünf Bereiche konzentrieren: Die Schulen, die Hochschulen, den öffentlichen Raum, die öffentlichen Kultureinrichtungen und die freie Szene“, sagte Rüttgers vor mehr als 300 Gästen, die auf die Einladung unter dem Thema „KULTUR MACHT NRW“ in das Düsseldorfer „tanzhaus nrw“ gekommen waren.

Mit seiner Forderung nach einem Bekenntnis zu unserer Kultur erntete Rüttgers großen Applaus. „Der Staat entscheidet in Kunst und Kultur nicht über richtig oder falsch, bedeutend oder unbedeutend. Aber er soll ein eindeutiges Bekenntnis zu unserer Kultur ablegen und Strukturen erhalten oder schaffen“, so Rüttgers.

Entscheidend für unsere Kultur sei eine erweiterte und vertiefende künstlerische und kulturelle Bildung an den Schulen, Hochschulen und Akademien. Es müsse eine Rückgewinnung unserer Kultur gelingen, um die Gefahr von Irrationalismus, Fundamentalismus und Fanatismus abzuwenden. Rüttgers betonte die allgemeinverbindlichen Werte als Kultur einer Gesellschaft. Er warnte, dass zu einem Zeitpunkt, zu dem die öffentlichen Kassen leer seien, auch noch die kulturpolitischen Leitlinien im Land verloren gegangen seien: „Die Beliebigkeit ist zur Norma-



lität geworden“, so Rüttgers weiter. An dieser Stelle müsse es endlich einen kulturellen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen geben. Kultur sei unter der rot-grünen Landesregierung zu einem bloßen Haushaltsposten geworden.

Es werde zwar viel verwaltet, aber wenig gestaltet. Die Einstellung, das Abendland werde schon nicht untergehen, wenn Kulturetats gekürzt werden, kritisierte Rüttgers scharf. „Die nordrhein-westfälische Kulturpolitik muss neu mit Leben erfüllt und strukturiert werden. Sonst droht dem Land, seinen Regionen und den Menschen der Verlust eines wichtigen Teils ihrer Identität. Politik muss den neuen und alten Ausdrucksformen des Geistes Freiraum verschaffen“, sagte Rüttgers und kündigte an, nach einem Wahlsieg die Mittel zur Kulturförderung mittelfristig von derzeit 70 Millionen Euro zu verdoppeln. Ideen, die in der Diskussion u.a. mit Prof. Dr. Franz-Xaver Ohnesorg (Köln, Leiter des Klavierfestivals Ruhr), Prof. Dr. Thomas Sternberg (Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“), Dr. Sabine Fehleemann (Direktorin des Von-der-Heydt-Museums, Wuppertal), Matthias Hartmann (Intendant am Schauspielhaus Bochum), sowie Berttram Müller (Direktor des „tanzhaus nrw“) gerne aufgegriffen wurden. Aus dem Kreis der Referenten bekommt jetzt einer die Chance, aus der neuen Staatskanzlei praktische Politik daraus zu machen: Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, der bisherige Kulturdezernent in Düsseldorf, den Rüttgers zum Kultur-Staats-

sekretär berufen hat. Mit ihm plant das BWK Düsseldorf für den Januar 2006 nun eine Folgeveranstaltung.

*Information:
Dr. Martin Michalzik,
vorm. Leiter des Bildungswerks
Düsseldorf,
(Tel. 0211) 83 68 056-0*

Profil durch Kultur Durch wen oder was entsteht kulturelle Identität?

*Kommunalpolitisches Themen-
seminar im Bildungszentrum
Schloss Eichholz
vom 8. bis 10. Juli 2005*

Öffentlich geförderte Kulturpolitik agiert auf der Leistungsebene im Spannungsfeld zwischen privatwirtschaftlichen und privat-gemeinnützigen Anbietern. Auf der Finanzierungsebene gerät sie als sogenannte freiwillige Leistung in Konkurrenz zu allen anderen Politikfeldern der Daseinsvorsorge. Diese Situation führt oft zur Desorientierung des traditionellen Kulturangebotes verbunden mit einem Legitimationsdruck bis hin zur Infragestellung des öffentlichen Kulturauftrags, zumal unter dem Verdikt der äußerst angespannten Haushaltslage.

Gründe genug für die im Seminar aufgeworfenen fokussierten Fragestellungen „Kultur warum?“ und „Kultur für wen?“

Die Auseinandersetzung geschah auf unterschiedlichen Ebenen und aus unterschiedlichen Perspektiven.

Schon der Einstieg in das The-

ma mit der Suche nach einer oder der deutschen Identität in Deutschlandbildern in Lyrik, Literatur und Liedgut der vergangenen Jahrhunderte bis in die aktuelle Literaturszene seit der Wiedervereinigung enthüllte Unsicherheiten und Ambivalenzen im Umgang mit Begriffen wie nationale oder deutsche Identität. „Deutschland ist eine verspätete Nation, die nicht aufholen will. Wir haben uns immer noch nicht zu uns selbst aufgemacht und überlassen es gerne anderen, uns als Gemeinwesen in einem Staat von 82 Millionen Menschen zu definieren.“ Dabei könnte doch Heimat und Identität in deutscher Sprache und Dichtung gefunden werden, im „Sprachland“, das über die politischen Grenzen hinaus definiert werden kann.

Die Suche nach Identität lässt sich von dieser abstrakten Ebene durchaus hinunterbrechen auf die kommunale und regionale Realität. Die Auseinandersetzung mit Geschichte, die Suche nach dem „Eigenen einer Stadt oder Region“, die Definition von Wünschen und Leitbildern für die Zukunft liegen den vorgestellten kommunalen und regionalen kulturpolitischen Konzepten zugrunde.

Zielführend war entweder die sogenannte Aufmischung von außen (Intendanten, Sponsoren) oder die Aktivierung von innen heraus über Partizipationsinstrumente. So wurden über die etablierten Institutionen hinaus Einrichtungen entdeckt, die viel Entwicklungspotential enthielten.

Kulturpolitik und Kulturverwaltung brauchen Partner, die an der Profilierung von Standort



und Region und an der Steigerung von Lebensqualität interessiert sind. Prominente Einzelpersonen mit Apparaten und Durchsetzungskraft sind unbedingt hilfreich, wenn auch nicht überall vorhanden. In diesem Fall sind die kulturengagierten Bürgerinnen und Bürger ein wertvolles Potential, das aber – und dies sei deutlich festgehalten – professionell gepflegt werden muss. Der Kulturbereich lebt aber auch von den geschützten Räumen, den „Brutstätten und Besessenen“, denen Zeit zum Experiment gegeben wird.

Gerade in diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage nach Evaluierung von Kulturarbeit, ein sensibles aber unter den herrschenden Rahmenbedingungen unumgängliches Thema, dem sich die öffentlich geförderten Kulturinstitutionen und Projekte bei einer zunehmenden Binnendifferenzierung des Publikums und breitem privaten Konkurrenzangebot stellen müssen. Dabei ist eine Erkenntnis der Publikumsforschung so klar wie ernüchternd: Wir reden von 50 % der Bevölkerung, die überhaupt die vorhandenen Kultureinrichtungen nutzen. Die sogenannten Nichtnutzerbefragungen könnten also zukünftig an Bedeutung gewinnen, wenn es für die Kulturpolitik neue Handlungsfelder und Aufgaben zu entdecken gilt. Wir werden in weiteren geplanten kulturpolitischen Themenseminaren diese Entwicklung verfolgen.

Information:

Monika Gründler,
HA Politische Bildung (Eichholz),
e-mail: monika.gruendler@kas.de

Kulturarbeit im Ausland

Die kulturelle Arbeit der HA Internationale Zusammenarbeit dokumentieren wir in der nächsten Ausgabe.

Stipendien

Künstler-Stipendien des Else-Heiliger-Fonds (EHF)

Zehn Jahre bevor Else Heiliger 1993 im Alter von 91 Jahren starb, bestimmte sie die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Alleinerbin ihres Vermögens. Sie tat dies mit der Maßgabe, damit bedürftige deutsche Künstler zu unterstützen und zu fördern. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat einen Fonds eingerichtet, der den Namen Else Heiligers trägt und damit an das herausragende, uneigennützig Engagement einer besonderen Persönlichkeit erinnert.

Einmal im Jahr vergibt seitdem ein Beirat Arbeits- und Studienstipendien an bedürftige Künstler und Schriftsteller.

Nachfragen sind zu richten an:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Dr. Hans-Jörg Clement
Leiter Abteilung Kultur
Konrad-Adenauer-Stiftung
Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin
Tel.: (0 30) 2 69 96 – 220
e-mail: ursula.moss@kas.de

Ausblick 2006

Else-Heiliger-Fonds im Focus der Kulturarbeit 2006

Die Arbeit der Kulturabteilung im Jahr 2006 wird sich vor allem auf den Else-Heiliger-Fonds und sein Bestehen über 2009 hinaus konzentrieren. Traditionsgemäß wird der aktuelle Stipendiatenjahrgang in einer großen Ausstellung parallel zum ART FORUM, der Messe für zeitgenössische Kunst in Berlin, präsentiert. EHF-Stipendiaten der unterschiedlichen Kultursparten werden sich darüber hinaus zum dritten Mal zu einer Werkstatt in Cadenabbia treffen, um sich einem Thema zu widmen, das die gesellschaftspolitisch relevante Rolle von Kunst und Kultur beleuchtet. Erstmals soll es 2006 zu einer EHF-Ausstellung mit künstlerischen Arbeiten kommen, die nicht mehr als 1.000 Euro kosten. Der Erlös der Verkaufsausstellung, die hohe Öffentlichkeitswirkung haben soll, wird dem Fonds zugute kommen.

Zu einem Highlight der Kulturarbeit 2006 wird zweifellos der Internationale Kulturabend, der im kommenden Jahr die Schweiz präsentiert. Die mit der Botschaft zusammen konzipierte Veranstaltung zeigt u.a. Annelies Strba, deren fotografische und filmische Arbeiten international euphorisch rezensiert werden. Aktuelle Literatur und Musik werden wie in den Vorjahren für einen herausragenden Abend sorgen, zu dem der Botschafter und der Generalsekretär begrüßen werden. Die Internationalen



Kulturabende, die es sich zur Aufgabe machen, Länder und ihre zeitgenössische Kultur fern der folkloristischen Klischees vorzustellen, gehören zu den erfolgreichsten Veranstaltungen der Stiftungsarbeit.

Im literarischen Teil des Kulturprogramms der KAS wird die bewährte Folge der Veranstaltungen fortgesetzt: mit der (14.) Verleihung des Literaturpreises der Konrad-Adenauer-Stiftung in Weimar, der (XII.) Autorenwerkstatt in Cadenabbia,

der (V.) „Begegnung mit dem Nachbarn“ über Zeitgenössische Literatur und Kunst aus Dänemark (in Zusammenarbeit mit der Kgl. Dänischen Botschaft), dem (IV.) „Dialog der Religionen“ über das Judentum. Auch die Reihe „Literatur und Verantwortung“ mit dem „Rheinischen Merkur“ wird fortgesetzt.

Daneben findet unter dem Titel „Theater gegen das Vergessen“ ein Theaterseminar in Berlin statt. Flankiert wird das Programm, zu dem auch Publikationen ausgewählter Tagungsergebnisse gehören (u.a. der Budapester Germanistenkonferenz „Literatur, Werte und Europäische Identität“), von (Lehrer-)Tagungen und Lesungen.

Information:

Dr. Hans-Jörg Clement /
PD Dr. Michael Braun

Letzte Meldungen

Am 25. Juli 2005 führte *Dr. Angela Merkel*, Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein Interview mit der FAZ („Westwärts streift der Blick, ostwärts streicht das Schiff“), aus dem wir folgende Passagen übernehmen:

Wie schätzen Sie die Überformung der klassischen Musikkultur durch die Popmusik heute ein? Müssen wir Kinder, die mehrstimmige Kanons singen können, heute mit der Lupe suchen?

Das sollte man differenzierter sehen. Es gibt auch heute noch eine nicht unsignifikante Gruppe von jungen Leuten, die im Musikunterricht oder dank der „Jugend musiziert“-Wettbewerbe oder durch ihre Ausbildung in den Musikschulen recht gut dabei sind. Wenn ich überblicke, was ich mir jetzt von der Enquetekommission Kultur habe erzählen lassen, muß ich sagen: Man sollte nicht zu schnell zu schlecht über die Jugend heute sprechen (...)

Heißt das, man müßte, statt zu meckern, lieber erst einmal Kenntnis davon nehmen, was heute vorhanden ist an kulturellem Leben?

Genau. Denn zu einem Teil findet das wohl auch im verborgenen statt. Klassische Musik ist im Augenblick nicht so sehr „in“, aber trotzdem sehnen sich viele

Menschen danach, auch ihr eigenes Stück Kultur zu gestalten (...). Ich glaube, das größte Problem ist, daß die Möglichkeit der technischen Wiedergabe heute so perfekt geworden ist, daß dadurch eine Art Schamgrenze entsteht: Wieso sollte ich versuchen, mit meiner armseligen, kleinen Stimme ein einfaches Kirchenlied zu singen, wo ich doch andererseits die musikalischen Höchstleistungen auf den wunderschönsten DVDs und CDs jederzeit ohne jedes Rauschen genießen kann? Meine Sorge ist, daß dieser Run auf die Höchstleistung die Breitenbeteiligung in der Kultur fast ein bißchen behindert.

Was kann man dagegen tun? Muß nun die kulturelle Bildung - darüber hat ja auch die Enquetekommission gesprochen - in den Schulen besonders gestärkt werden?

Sie ist sicherlich nicht überstark und auch regional unterschiedlich. Das hängt sehr von den Lehrerpersönlichkeiten ab, die das zu den Kindern bringen. Man muß auf jeden Fall alles dafür tun, daß musikalische Bildung nicht als „out“ abgetan wird und als nicht mehr modern oder nicht zeitgemäß dasteht (...) Ob es um die Musik, um Sport oder um das Werken geht, überall gilt: Um Höchstleistungen akzeptieren zu können, muß ich mich selbst einer Herausforderung gestellt haben, bei der ich meine Grenzen erreiche. Das ist



von der Sache her etwas ganz anderes, als wenn ich eine mathematische Formel lerne und still etwas auf einen Zettel schreibe. Es geht bei den meisten musischen Tätigkeiten um ein Gemeinschaftserlebnis, bei fast allen um eine ganzheitliche Ausdrucksweise: Ich muß meine Expressivität einbringen, meine eigene Scheu überwinden.

Die Bombenanschläge in London sind, ebenso wie die vorangegangenen Terroranschläge der Islamisten, Anschläge auf unsere abendländische Kultur im weitesten Sinne. Wie können wir uns wappnen dagegen?

Diese Frage haben wir eigentlich schon beantwortet. Es ist doch so: Um unsere eigene Kultur verteidigen zu können, muß ich sie erst einmal wertschätzen. Und um sie zu schätzen, muß ich sie erst einmal kennen. Hier wird eine sehr breite Diskussion notwendig sein: Was zeichnet eigentlich unsere Kultur aus? Was bedeutet es, eine offene Gesellschaft zu haben? Was würden wir uns nehmen, wenn wir diese offene Gesellschaft nicht hätten, diese individuelle Freiheit und Ausdrucksfähigkeit? In der DDR konnte man erleben, wie bei einer Beschränkung der Freiheit auch die gesamte Ausdrucksstärke des Menschen abnahm. Ich glaube, daß wir uns insgesamt und im allgemeinen heute durchaus über die Möglichkeiten und den Wert unserer kulturellen Ausdrucksfähigkeit bewußt sind, aber ich denke auch, daß manches - inklusive der religiösen Dimension - verschüttet ist. Einer meiner

Mathematikdozenten hat immer gerufen: „Wenn Sie nichts im Kopf haben, womit wollen Sie dann denken?“ Damit will ich sagen: Wenn wir selbst keine eigene kulturelle Erfahrung mehr haben, dann können wir auch über kulturelle Dinge nicht nachdenken. Und deshalb muß die kulturelle Bildung viel mehr in die Breite gehen.

Plädieren Sie aus diesem Grund für die Festschreibung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz?

Ich bin bei Änderungen des Grundgesetzes ganz vorsichtig. Ich will, daß die Arbeit der Enquetekommission auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt wird. Aber über ein Staatsziel Kultur habe ich noch keine abschließende Meinung. Ich glaube nicht, daß die kulturelle Betätigung in Deutschland schlagartig besser wird, wenn wir die Kultur zum Staatsziel erklären.

Sie sind aber in diesem Sinne zitiert worden ...

Die Mitglieder unserer Enquetekommission haben sich für das Staatsziel Kultur ausgesprochen, als sie ihren Zwischenbericht an Bundestagspräsident Thierse übergaben. Ich habe lediglich unterstützend gesagt, daß ich die Fortsetzung der Enquetekommission möchte.

Kompetenzteam

Dr. Norbert Lammert, MdB, wurde von Parteichefin Angela Merkel für die Kultur in das Kompetenzteam berufen, was auf positive Resonanz in den Feuilletons stieß.

HINWEIS DER REDAKTION

Da wir im Rahmen unserer Presseschau möglichst viele Zeitschriften, Presseerklärungen, Resolutionen etc. auswerten und aufnehmen wollen, bitten wir auch in dieser Nummer um entsprechende Zusendung.

Damit verbinden wir unseren herzlichen Dank für die gute Resonanz auf diese Bitte in der vorangegangenen Ausgabe.

Zugleich möchten wir betonen, dass Meldungen in der Presse nicht überprüft werden können und Berichte und Diskussionsbeiträge nicht mit der Redaktion oder der Stiftung zu identifizieren sind. Vielmehr ist es unser Ziel, die öffentliche Debatte und ihre Themen möglichst umfassend, freilich auch pointiert zu dokumentieren.